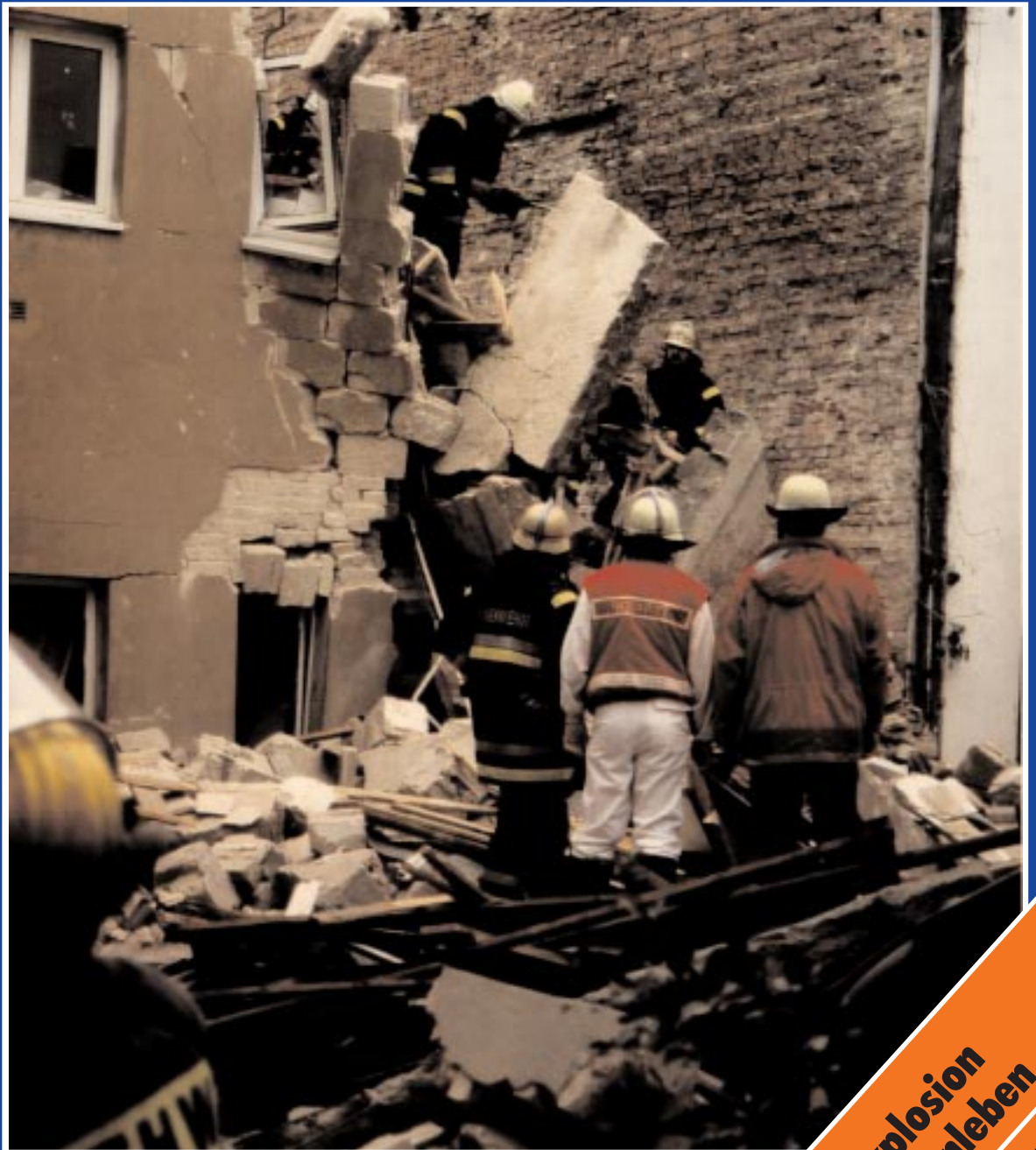


# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



1-99

**Berlin: Gasexplosion  
fordert Menschenleben  
Hoher Besuch beim  
THW in Fürth**



**Verehrte Leserinnen, verehrte Leser,**

*Otto Schily, der neue Bundesminister des Innern, bekundete bereits sein Interesse und seine Verbundenheit mit Organisationen des Katastrophenschutzes (siehe Bericht S. 3). Das ist nicht selbstverständlich.*

*Neu in dieser Funktion ist auch der für Katastrophenschutz, Zivilschutz und zivile Verteidigung zuständige Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Klaus-Henning Rosen, den wir in diesem Heft vorstellen (vgl. S. 2).*

*Nicht neu war hingegen der Gefährrentyp, der uns zu Jahresbeginn betroffen hat: Schnee. Er beschäftigte uns schon vor genau 20 Jahren intensiv mit der Schnee-Katastrophe in Norddeutschland. Diesmal jedoch durch Lawinen in den alpinen Ski-Gebieten. Die Lehre auch diesmal: Es ist stets eine Summe von Umständen, die zum Unglück führt: Klimafragen, Bausünden (wo und wie wird gebaut), Sorglosigkeit der Menschen (Touristen), finanzielle Interessen einzelner Gruppen (Hotellers und Reisebüros) und davon abhängiger Regionen.*

*Im Gefolge der ersten trat auch diesmal die zweite Plage auf: Hochwasser.*

*Beide Elemente zeigen, daß es falsch ist, nur einzelne Ursachen - vor allem vorbeugend - bekämpfen zu wollen. Es ist ein Netzwerk, das im Ganzen aufgelöst werden muß.*

*Zur Vernetzung kommt schließlich das Problem internationaler Zusammenarbeit: beim Schnee die Notwendigkeit zur Nachbar-Hilfe von außen, nachdem der Schaden eingetreten ist (Zusammenwirken von Suchtrupps, Stellung von Transportmitteln, besonders Hubschrauber). Beim Wasser ist schon vorbeugend das überregionale und übernationale uneigennützig Planen und Handeln nötig: Beispiel: Überflutungsgebiete am Oberlauf des Rheins verbindern größere Schäden rheinabwärts.*

*Apropos Wasser: die Ereignisse von 1997 (Oder), 1995 (Rhein) und 1993 (Rhein) waren ja fast schon vergessen. Der Katastrophenschutz war wieder zur Stelle. Ihm sei gedankt! In den betroffenen Gebieten haben die Menschen routiniert zu handeln gelernt, teilweise auch privat besondere Vorsorge getroffen: Vorräte, Boote, Organisation von Nachbar-Hilfe, Erlernen von Fertigkeiten usw....*

*Ein Problem jedoch ist seit 1995 und 1997 keiner Lösung nähergekommen: die unterschiedliche versicherungsmäßige Deckung des Überschwemmungs-Risikos durch Versicherungen im Osten und Westen Deutschlands: im Osten versichert, im Westen nicht.*

**Bis zum nächsten Mal  
Ihr H.-W. Roth**

## Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz ..... 2

## Politik und Gesellschaft

**„Ein bedeutendes Beispiel für Mitmenschlichkeit“**  
Bundesinnenminister Otto Schily besucht das Technische Hilfswerk in Fürth ..... 3

**Ein weitreichender Themenrahmen**  
Tagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin ..... 5

**„Katastrophenschutz in Europa“**  
Ein Workshop öffnet Grenzen ..... 11

## Aus der Praxis

**Großeinsatz in Berlin**  
Gasexplosion fordert sieben Menschenleben ..... 13

**Ein Kapitel ging zu Ende**  
Abbau der Zivilschutzsirenen und Auflösung der Warnämter beendet ..... 16

**Hilfe durch „rollende Arztpraxen“**  
DRK und IKRK setzen neue Technik im Kosovo ein ..... 17



Mit dem Einsatz bei einer Hausexplosion in Berlin beschäftigt sich unser Beitrag ab Seite 13.

# INHALT

# 1-99



Mit den „rollenden Arztpraxen“ setzt das Rote Kreuz eine neue Technik ein, nachzulesen ab Seite 17.

## Aus den Organisationen

<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b> .....	34
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b> .....	36
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b> .....	37
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b> .....	40
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b> .....	43
<b>Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundes- republik Deutschland e.V.</b> .....	45
<b>Technisches Hilfswerk</b> .....	48

## Technik und Wissenschaft

<b>Telekommunikation - ein hochaktuelles Thema</b> Bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen sind Probleme nicht selten .....	19
<b>Der Erde wird der Puls gefühlt</b> Erdbebenprognose gestaltet sich besonders schwierig .....	21
<b>Viel Sicherheit für wenig Geld</b> Rauchmelder können Leben retten .....	23
<b>Verteilung ist Ländersache</b> „Platzhalter“ zur Vermeidung von Lücken im Fahrzeugbestand.....	25
<b>Aus der Industrie</b> Aktuelle Produktinformationen .....	26

## Aus- und Weiterbildung

<b>Neues Konzept in Kraft</b> Neuregelung der ergänzenden Zivilschutzausbildung.....	29
---	----

## Rubriken

<b>Rundblick</b> .....	49
<b>Für Sie gelesen</b> .....	53
<b>Termine</b> .....	56
<b>Zuletzt</b> .....	57

Auf den Seiten 31 und 32 befinden sich ein heraustrennbarer Bestellschein und eine Übersicht über die vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebene Neue Schriftenreihe zur Zivilschutzforschung.

## Abteilung unter neuer Leitung

Klaus-Henning Rosen heißt der neue Leiter der Abteilung O im Bundesinnenministerium, die unter anderem für den Bereich der zivilen Verteidigung einschließlich des Katastrophenschutzes zuständig ist.

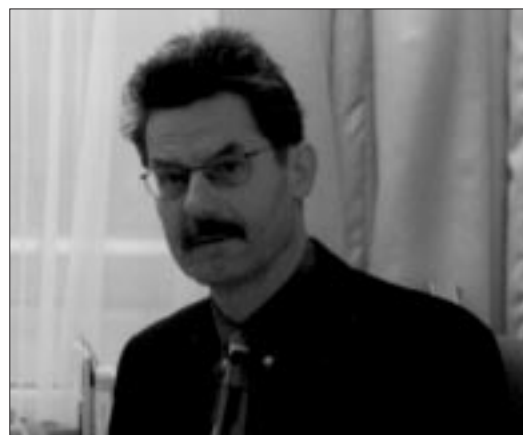
Der gebürtige Düsseldorfer (60) begann seinen beruflichen Werdegang nach dem Besuch des Gymnasiums in Mülheim an der Ruhr mit einer kaufmännischen Lehre in einem Unternehmen der Elektroindustrie. Nach Abschluß des darauf folgenden Jurastudiums war er als Richter, Ministerialbeamter im Justiz- und Sozialministerium sowie als Staatsanwalt in Baden-Württemberg tätig.

1973 wechselte Klaus-Henning Rosen mit dem Eintritt in das Bundeskanzleramt in den Bundesdienst. Von 1976 bis 1989 war er Berater des Altbundeskanzlers Willy Brandt sowie Leiter dessen Abgeordnetenbüros im Deutschen Bundestag. Es folgte die Tätigkeit als Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Nach dessen Auflösung trat er 1991 in das Bundesministerium des Innern ein, zunächst in einen Beraterstab für die neuen Bundesländer, ab 1992 als Leiter einer Unterabteilung in der Abteilung O. 1998 wurde er zum Stellvertreter des Leiters und im November zum Leiter der Abteilung O ernannt.

Der Ministerialdirektor - verheiratet, zwei Kinder - hält sich in seiner Freizeit durch Rudern fit. Seit 1989 ist er Mitglied des Rates seiner Gemeinde und Fraktionsvorsitzender. Sein ehrenamtlicher Einsatz in einer Flüchtlingshilfestiftung rundet das Bild eines vielseitig engagierten Menschen ab.

Klaus-Henning Rosen leitet nun die Geschehnisse der Abteilung O im Bundesinnenministerium.

(Foto: Roth)



## Gratulationen zum 70. Geburtstag

Wenn einer Geburtstag hat, dann gibt es etwas zu feiern. Und wenn der Jubilar noch Hinrich Struve heißt, Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes ist und darüber hinaus 70 Jahre alt wird, dann darf die Feier auch schon mal etwas größer ausfallen.

Hinrich Struve hatte Ende Februar zu seinem „runden“ Geburtstag eingeladen und alle Freunde und Bekannte waren der Einladung nach Bredstedt (Schleswig-Holstein) gefolgt. Zu den Gratulanten gehörten u.a. DFV-Präsident Gerald Schäuble, der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein, Uwe Eisenschmidt, und DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker.

DFV-Präsident Gerald Schäuble (links) gratuliert seinem Vorgänger Hinrich Struve zum Geburtstag.

(Foto: Steuer)



Die Verbände des deutschen Brandschutzes trauern um

**Prof. Dipl.-Ing. Ernst Achilles**

der am 6. Februar 1999 im Alter von 69 Jahren verstarb.

Ernst Achilles, 1963 bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt eingestellt, wurde bereits 1966 zu deren Leiter berufen. Er hat die BF Frankfurt in seiner 23jährigen Amtszeit zu höchstem nationalem und internationalem Ansehen gebracht.

Mit Überzeugung hat er stets seine Person und seine persönliche Ausstrahlung eingebracht und für den deutschen Brandschutz unendlich viel geleistet. Viele technische Entwicklungen verschaffen seinem Lebenswerk bleibendes Gewicht.

# „Ein bedeutendes Beispiel für Mitmenschlichkeit“

Bundessenminister Otto Schily besucht das Technische Hilfswerk in Fürth

Bundessenminister Otto Schily besuchte am 20. März auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dr. Jung (SPD) das THW in Fürth, um sich über die Ausstattung, Ausbildung sowie die Unterbringung im dortigen Ortsverband zu informieren. Im Anschluß daran zog er vor Vertretern der örtlichen Feuerwehren und Hilfsorganisationen eine kurze Zwischenbilanz zur Neuordnung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz und des Technischen Hilfswerks und führte folgendes aus:

**Bundessenminister Otto Schily spricht den Helfern der Fürther Hilfsorganisationen Dank und Anerkennung aus.**

(Foto: Roth)



„Meine Damen und Herren, der Rundgang und die Besichtigung der ausgestellten Geräte waren beeindruckend. Es ist bemerkenswert, welche große Anzahl Menschen sich ehrenamtlich in ihren Organisationen einsetzt.

Auf Engagement für das Gemeinwohl ist eine Gesellschaft angewiesen, wenn sie demokratisch funktionieren und im lebendigen Austausch mit ihren Bürgerinnen und Bürgern bleiben will. Wie ein solches haupt- und ehrenamtliches Engagement aussehen kann, zeigt die Arbeit Ihres Ortsverbands. Ich freue mich deshalb, Ihnen, den Mitgliedern des THW Fürth, heute dafür danken zu können, daß Sie in Ihrer Freizeit gemeinsam mit dem Staat Verantwortung für das Gemeinwohl, für den Schutz der Zivilbevölkerung in Krisenfällen, übernehmen.

Sie - wie alle Angehörigen dieses Standorts -, engagieren sich in den Feuerwehren, in den Einrichtungen der Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks; Sie übernehmen damit Aufgaben der Gefahrenabwehr, der Notfallhilfe

bis hin zur öffentlichen Fürsorge. Ihr Engagement entspricht beispielhaft der Idee vom Wechselspiel zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern, die dem Begriff „Aktivierender Staat“ zugrundeliegt. Ihre Leistung für das Gemeinwohl, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist außerdem deshalb doppelt beispielhaft, weil sich hinter den Bezeichnungen ‚Feuerwehr‘ oder ‚Technisches Hilfswerk‘ schnelle und professionelle Hilfe verbirgt, weil diese Namen für Qualität stehen.

Welchen Beitrag leisten wir, leistet der Staat, zu diesem Engagement? Wie ergänzen und unterstützen wir Ihre Leistungen?

Um die Strukturen zu straffen, um z.B. im THW in kleineren Einheiten effizienter zu arbeiten, haben wir den Katastrophenschutz im Zivilschutz und das Technische Hilfswerk neu geordnet, wobei für uns die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der Anlaß für diese Reform waren. Bund und Länder sind

sich darin einig, die Vorkehrungen für die zivile Verteidigung möglichst schnell auf das unbedingt Notwendige zu bündeln, nicht zuletzt auch wegen knapper Mittel.

Wir kooperieren dabei eng mit den Ländern. Wenn auch die Verantwortlichkeit für die Vorsorge zum Schutz der Bevölkerung, etwa bei Katastrophenfällen und terroristischen Anschlägen, grundsätzlich bei den Ländern liegt, so unterstützen wir diese bei ihrer Aufgabe der Gefahrenabwehr doch nach Kräften. Zu einer abgestimmten Arbeit gehört auch, daß wir als Bund mit dem neuen Zivilschutzgesetz die zersplitterten Regeln zusammengefaßt und starre Vorgaben aufgehoben haben.

Zu dieser ergänzenden Zusammenarbeit gehört weiterhin, daß der Bund die Mitwirkung von Helfern und ihren Organisationen beim Katastrophenschutz der Länder unterstützt: Wir finanzieren Einsatzfahrzeuge wie die Ausstattung und Ausbildung zum Zweck des Zivilschutzes, ge-

mäß dem Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes von 1997. Wir finanzieren als ergänzende Ausstattung rund 9.500 Einsatzfahrzeuge mit Beladung für den Einsatz im Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und in der Betreuung. Für diese mobile Hilfe sind bereits rund 7.900 Fahrzeuge vorhanden, wobei wir den Bestand ergänzen wollen, vor allem im ABC- und im Betreuungsbereich.

Die bessere Organisation und Abstimmung hat auch Folgen für die hauptamtlich Beschäftigten. Der Staat übernimmt hier seine Verantwortung - wie auch für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Wartung und Pflege der Bundesausstattung erfolgen in der Regel in privatwirtschaftlichen Betrieben, deshalb finanziert der Bund mit Ablauf des Jahres 1999 die Zentralwerkstätten der Länder nicht mehr mit, was auch Personalabbau bedeutet. Wir konnten erreichen, daß von den ehemals 557 Bediensteten seit 1994 bislang 514 Mitarbeiter, das sind 92 Prozent, anders beschäftigt werden.

Die Basis für den Katastrophenschutz bilden nach wie vor die ehrenamtlichen Helfer. Wir finanzieren ihnen z.B. in Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes eine ergänzende Zivilschutzausbildung. Um diese integriert am Standort auf Kreisebene und an Schulen zu vermitteln, haben wir gemeinsam mit den Ländern, den Hilfsorganisationen und kommunalen Spitzenverbänden eine neue Kostenregelung sowie eine Neukonzeption der Zivilschutzausbildung erarbeitet; die Neuerungen werden seit Beginn dieses Jahres umgesetzt:

- Führungskräfte und Ausbilder im Katastrophenschutz werden im Rahmen der Zivilschutzaufgaben an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler ausgebildet. Indem wir den gesamten Ausbildungsbereich solcherart gestrafft ha-

ben, sind die vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen der Länder überflüssig geworden.

- Ebenfalls seit Anfang dieses Jahres wirkt die Verbesserung in der Verwaltung: Um die Aufwendungen für Fahrzeuge und Helfer am Standort abzugelten, haben wir die Kostenfrage folgendermaßen geregelt: Der Bund weist den Ländern Haushaltsmittel in Form von angemessenen Pauschsätzen zur Selbstbewirtschaftung zu. Den privaten Organisationen haben wir außerdem den Nachweis der Ausgaben und der Belegpflicht erleichtert. Für die Abrechnung und den rechnungsmäßigen Nachweis insgesamt orientieren wir uns an den berechtigten Forderungen nach Verwaltungsvereinfachung.

Nachdem ich nunmehr unseren Einsatz als Bundesregierung dargestellt habe, möchte ich noch einmal Bedeutung und Qualität der Arbeit des THW, und damit Ihrer Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hervorheben.

Wie unverzichtbar Ihre Leistungen sind, um den Katastrophenschutz der Länder und Kommunen z.B. im Bereich der Bergung zu verstärken, machen uns die Bilder von den Einsätzen des THW beim Oder-Hochwasser 1997, beim ICE-Unglück in Eschede oder der Havarie des Frachters ‚Pallas‘ vor der schleswig-holsteinischen Küste deutlich. Darüber hinaus verfügt die Bundesanstalt über Potentiale für humanitäre Hilfeinsätze im Ausland. Zur Erfolgsbilanz gehört deshalb die Auslandshilfe mit einem Einsatz in 41 Projekten in 14 Ländern allein in 1998, wobei Schwerpunkte im Balkan, in Afrika und in Mittelamerika lagen.

Das THW hilft nicht nur erfolgreich im Ausland, sondern leistet mit seinen nunmehr kleineren, dafür höher spezialisierten Einheiten auch wertvolle Hilfe bei der friedensmäßigen Gefahrenabwehr im Inland.

Das ehrenamtliche Engagement der rund 44.000 Helfer,

17.000 Reservehelfer und 10.000 Junghelfer in 665 Ortsverbänden mit einem breiten Spektrum und Know-How vorrangig technischer Berufe ist neben der Arbeit der Hauptamtlichen das Fundament für den Erfolg und das Ansehen des THW.

Meine Damen und Herren, es ist gerade in der heutigen Zeit durchaus nicht selbstverständlich, daß sich Bürger freiwillig und ohne Entgelt aus- und fortbilden lassen, damit sie in Notfällen anderen Menschen helfen können. Ich schätze deshalb Ihre Einsätze als vorbildliche und unverzichtbare Arbeit für die Allgemeinheit und als ein bedeutendes Beispiel für Mitmenschlichkeit, indem Sie Hilfe und Beistand nicht anderen überlassen, sondern selbst aktiv werden. Ich freue mich auch darüber, daß sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen, vor allem das Verhältnis der Feuerwehren zum THW, deutlich verbessert hat. Ihre Arbeit als ehren- und hauptamtliche Helfer macht das THW zu einem unverzichtbaren Instrument des humanitären Engagements der Bundesregierung.

Ich wünsche Ihnen, den Vertretern der Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie Ihren Angehörigen weiterhin viel Kraft und Erfolg für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe.“

Im Anschluß an den Vortrag des Ministers hatten die Zuhörer Gelegenheit, Fragen an Schily zu stellen. Dabei wurden überwiegend Fragen der Dislozierung von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes angesprochen. Der Minister wies darauf hin, daß die örtliche Zuweisung Sache des jeweiligen Bundeslandes sei. (*Red.: In diesem Zusammenhang spielt auch die „Platzhalter“-Problematik eine Rolle; vgl. dazu Seite 25.*)

Soweit es bürokratische Hemmnisse in seinem Bereich geben sollte, werde er für Abhilfe sorgen, versicherte der Minister.

# Ein weitreichender Themenrahmen

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V.

Von Wolfgang Wagner, Apotheker für Klinische Pharmazie, und Sybille Ryska

Mit einem breitgefächerten Spektrum an Themen befaßte sich die 9. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e. V. (DGKM e. V.) am 12. und 13. September 1998 in Tübingen unter der Leitung von Prof. Dr. med. B. D. Domres: Internationale Katastrophenhilfe - Humanitäre Einsätze - Luftrettung - Krankenhaus-Katastrophenplanung - Tropenmedizin - Infektiologie und Seuchengefahr - Telemedizinische Simulation.

Prof. Dr. med. Horst Dieter Becker, Äztl. Direktor der Abtlg. Allgemeinchirurgie der Eberhard-Karls Universität, Tübingen, eröffnete den Kongreß und stellte in den Mittelpunkt seiner Grußworte die Bemühungen um die Einrichtung eines Lehrstuhles für Katastrophenmedizin in Tübingen. Damit würde der Katastrophenmedizin ein festes wissenschaftliches Fundament für Forschung und Lehre in Deutschland gegeben. Mit dem Aufbau dieses neuen Lehrstuhles soll Prof. Dr. med. B. D. Domres betraut werden, der als international geachteter Experte einen vielfältigen und persönlichen Erfahrungsschatz aus der Katastrophenmedizin und humanitären Hilfe einbringen kann.

Prof. Bernd D. Domres, Präsident der DGKM e.V., erläuterte die Ziele und Aufgaben der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. und stellte die Organisation als ein gemeinsames Haus mit vielen Sektionen vor. Zur Katastrophenmedizin gehören die Pharmazie für Not- und Katastrophenfälle, Aufgaben der Krankenhausplanung, Stressmanagement, Qualitätsmana-

gement, zivil-militärische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, humanitäre Hilfe und die Ausbildung auf der Hochschulebene. Die DGKM e.V. versteht sich als Nahtstelle zwischen Notfallrettung und Katastrophenmedizin; ihre Mitglieder wirken interprofessionell und interdisziplinär zum Wohle des Bürgers im Rahmen der Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr.

In seinem Vortrag „International Disaster Management (WHO, UN)“ stellte Prof. S. W. A. Gunn, M.D., Altpräsident der World Association for Disaster and Emergency Medicine (WADEM), fest: Am Anfang wurde die Katastrophenmedizin wissenschaftlich, medizinisch und in der Gesellschaft mißverstanden und behindert. Sie ist nun wissenschaftlich verankert, verfügt international über ein erfahrenes Gremium von Praktikern und ruht auf vier wesentlichen Pfeilern: 1. Präventive Planung, 2. Mobilisierung von Hilfsaktionen, 3. Koordination der Hilfe, 4. Wiederaufbau in Schadensregionen. Die medizinischen Fachdisziplinen sowie Epidemiologie, Ernährungswissenschaften, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, Notfallvorsorge, Akuthilfe und Rehabilitation nach Schadensereignissen müssen alle unter dem Begriff des Notfall- und Katastrophenmanagements zusammengefaßt werden. Katastrophenmedizin ist Teil der humanitären Medizin und hat das Ziel, Friedensmedizin zu sein.

Jan Pfeil, Geographisches Institut der Universität Bonn, stellte unter dem Thema „Das Mittelrheingebiet als Multihaazardraum“ ein Forschungspro-

jekt zu den soziologischen und ökonomischen Auswirkungen eines Vulkanausbruches am Laacher See vor, einem noch aktiven Vulkan in der Region Neuwied/Koblenz, dessen Schlot sich nach dem letzten Ausbruch vor 12.000 Jahren mit Wasser gefüllt hat. Geophysiker berechnen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines erneuten Ausbruches mit  $1,9 \times 10^{-6}$  pro Jahr, entsprechend einer statistischen Häufigkeit eines vulkanischen Ereignisses in ca. 520.000 Jahren. Trotz der geringen Wahrscheinlichkeit eines Vulkanausbruches soll erforscht werden, wie Menschen Naturrisiken mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, aber mit hohem Schadenspotential annehmen. Das Ergebnis zeigt eine hohe Sachkenntnis in Bezug auf das vulkanische Risiko sowie eine Identifikation mit der Gefährdung in der Region. Grundsätzlich wird der Vulkanismus aber weniger als Risiko sondern mehr als Landschaftsphänomen erlebt. Eine Minderheit projiziert die Möglichkeit eines Vulkanausbruches sogar in eine relativ nahe Zeit. Insgesamt wird das Bedrohungspotential aufgrund der Unwahrscheinlichkeit aber als gering eingestuft. Ein Vulkanausbruch am Laacher See würde enorme Verwerfungen im Mittelrheingraben verursachen und hätte primär Auswirkungen auf das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich, das Rheinhochwasser und Rhein-Ruhr-Zentrum. Unvorstellbare Ascheablagerungen von mehreren Metern im näheren Schadensgebiet, die im Raum Berlin noch etwa 10 cm ausmachten, würden in Deutschland eine Katastrophe ohne Beispiel ge-

nerieren. Für dieses Szenario mit tiefgreifenden Ein- und Auswirkungen auf eine hochtechnisierte Region will die Forschungsgruppe ein allgemeines Konzept zur „Partizipativen Risikovorsorge“ erstellen, das in der Bevölkerung als Katastrophenprävention akzeptiert wird.

„Wehrmedizin im Wandel von der Katastrophen- zur Einsatzmedizin“ war das Thema von *Generaloberstabsarzt Dr. med. Karl W. Demmer*, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Von 1956 bis 1989 waren alle Vorbereitungen der Bundeswehr auf die bündnisgemeinsame Verteidigung Deutschlands gegen einen Angriff des Warschauer Paktes ausgerichtet. Konventionelle, aber auch nukleare Kampfgeschehen mit hohen zivilen und militärischen Ausfallzahlen und massiver Zerstörung der Infrastruktur hätten mit den klassischen Bedingungen einer Katastrophe auf heimatlichem Boden stattgefunden. Dabei wäre es zu einem Mißverhältnis zwischen der Zahl der Verwundeten und den vorhandenen Behandlungsmöglichkeiten gekommen. Aufgrund der qualitativen und gravierenden quantitativen Mängel wäre der Sanitätsdienst der Bundeswehr im Kriegsfall nur zu einer eingeschränkten medizinischen Versorgung in der Lage gewesen. Diese hätte sicher nicht dem Stand der Wissenschaft und Technik entsprochen und wäre primär auf das Überleben möglichst vieler ausgerichtet gewesen. Demmer: „Wir haben glücklicherweise das Funktionieren der sanitätsdienstlichen Versorgung im Krieg mit einem Massenansturm an Verwundeten nicht unter Beweis stellen müssen.“ Jetzt sollen durch modifizierte Behandlungsverfahren und Abläufe auch unter erschwerten Bedingungen Behandlungsergebnisse nach dem Stand der Wissenschaft erzielt werden. Für jeden verwundeten oder erkrankten Soldaten sollen im Einsatz die gleichen Standards

der zivilen medizinischen Versorgung wie in Deutschland sichergestellt werden. Fast alle Bereiche des Sanitätsdienstes der Bundeswehr sind tiefgreifend verändert worden. Die Sanitätssoldaten werden zu qualifizierten Ersthelfern ausgebildet, die Unteroffiziere im Sanitätsdienst erhalten eine rettungsdienstliche Ausbildung und die Ärzte eine Qualifizierung in der Notfallmedizin. Die Materialbeschaffung soll im Einsatz die Arbeitsbedingungen für eine hoch qualifizierte Versorgung sicherstellen. Die Truppenverbandplätze werden durch Rettungsstationen ersetzt; die Lazarette in der Einsatzregion stellen eine abschließende Versorgung von Mehrfachverwundeten nach individualmedizinischen Grundsätzen sicher. Das ganze System kann durch Rettungszentren erweitert werden. Die deutlich reduzierten Reservelazarettgruppen werden schon im Frieden unter dem Aspekt der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vertraglich mit zivilen Partnerkrankenhäusern verbunden. Im Katastrophenfall oder im Krieg kann das Krankenhaus durch Personal und Material der Reservelazarette für die Pflege und Nachbehandlung von Kranken und Verletzten eine Entlastung erfahren. Die Leistungsfähigkeit und die Richtigkeit des neuen Konzeptes hat der Sanitätsdienst der Bundeswehr in seinen Auslandseinsätzen beeindruckend unter Beweis gestellt.

Die Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr erläuterte *Generalarzt Dr. med. Peter K. Fraps*, Kommandeur der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr in München, in seinem Vortrag „Peace keeping-Einsätze der UN - Erfahrungen in Kambodscha und Jugoslawien“. Der Sanitätsdienst bei UN-Friedensmissionen wird durch Multinationalität und durch unterschiedliche Kulturen und Religionen beeinflusst. Zusätzlich muß

man sich hinsichtlich Diagnostik und Behandlung auf extreme Klimaregionen einstellen. Unter kriegsähnlichen Bedingungen wird das „Seltene“ häufig und das „Häufige“ selten. Humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung muß unter allen Umständen mit Augenmaß und Vernunft erbracht werden, um den Menschen das sogenannte („typisch deutsche“) „Helfersyndrom“ und Enttäuschungen zu ersparen. Der Sanitätsdienst soll sich dabei neutral verhalten, Unparteilichkeit demonstrieren und keine Bevölkerungsgruppen bevorzugen, was aber bereits in Kambodscha ad absurdum geführt wurde. Denn „winning hearts and minds“ und „civic action“ heißen die neuen Begriffe und Verhaltensweisen von Blauhelmsoldaten mit und ohne Rot-Kreuz-Armbinde. Damit wurde UN-Soldaten schon das Leben gerettet, und Friedensbemühungen wurden positiv gestaltet. Der Sanitätsdienst der Bundeswehr hat in den Auslandseinsätzen seine Leistungsfähigkeit und Professionalität permanent gesteigert und bei den Vereinten Nationen einen hervorragenden Ruf. Keine andere Streitkraft der Welt hat so viel und vor allem so bewußt in einen Sanitätsdienst investiert wie die Deutsche Bundeswehr.

„Technische Hilfe bei Katastrophen - INSARAG“, unter diesem Titel erläuterte *Dipl.-Ing. Dietrich Löpke*, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Bonn, die Arbeit der Internationalen Search and Advisory Group INSARAG als Teil des operativen Koordinierungssystems der Vereinten Nationen. INSARAG ist ein informelles Netzwerk von Praktikern und Institutionen in der internationalen Katastrophenhilfe, die wesentlich zur Verbesserung der Koordinierung internationaler Hilfe beitragen wollen. Nur die Kenntnisse über die Ressourcen, Strukturen und Defizite der hilfeleistenden und der hilfesuchenden Länder ermöglichen eine bessere operative Koordinierung und



damit eine effektivere Hilfeleistung. Das Netzwerk schafft Kontakte zu Experten in katastrophengefährdeten Ländern, erarbeitet Grundsätze und Richtlinien für die Katastrophenhilfe. Es focussiert diese auf den Bedarf vor Ort und nicht auf die Ressourcen der hilfeleistenden Länder, um das Instrumentarium der operativen Koordinierungsmaßnahmen zu verbessern.

*Dipl.-Ing. Siegfried Steiger*, Gründer der Björn-Steiger-Stiftung und Initiator der Deutschen Rettungsflugwacht e.V. (DRF) setzte sich mit dem Thema „Argumente für die Luftrettung im Jahre 2000“ auseinander. Rettungshubschrauber gehören zu den leistungsfähigsten Rettungsmitteln, und die Mitarbeiter in der Luftrettung verzeichnen prozentual die höchsten Reanimationserfolge. Belastet wird dieser Zweig des Rettungswesens aber immer wieder mit Kostenargumenten wie „Luftrettung ist teuer“. Die Wirtschaftlichkeit für die Zukunft der Luftrettung ist eng verbunden mit der Lösung organisatorischer Fragen. Dazu gehören bundeseinheitliche Kriterien für den Einsatz von Rettungshubschraubern und Ambulanzflugzeugen, Probleme im Notfallmeldewesen, die geringe Anbindung der Luftrettung an Krankenhäuser der Maximalversorgung, sowie der 24-h-Einsatz, nach Möglichkeit im Allwetterflug. Die Luftrettung wird langfristig immer eine Ergänzung des bodengebundenen Rettungsdienstes innerhalb der Notfallhilfe bleiben. Neue Möglichkeiten der Technik werden der Luftrettung dabei auch einen neuen Stellenwert geben.

„Europaweite Luftrettung“, damit ergänzte *Dr. med. Claude Wetzel*, European Aeromedical Institute (EURAMI), Strasbourg, den vorangegangenen Vortrag. Der Lufttransport in Europa hat sich in den letzten zehn Jahren meist flächendeckend, jedoch unterschiedlich entwickelt. Viele Lufttransporte werden immer

noch mit multi-purpose-Hubschraubern durchgeführt. Rettungshubschrauber sollten ausschließlich für das Rettungswesen eingesetzt werden und nicht abwechselnd für andere Tätigkeiten; sie müssen auch im Hinblick auf die Patienten weiterentwickelt werden. Bei einem Einsatzradius von 60 km sollte die Netzplanung auf Dauer im Rahmen einer staatenübergreifenden Gesamtplanung erfolgen, verbunden mit einem Konzept für die Hilfsfristen. Alle Einsätze, ganz gleich ob Primäreinsätze, Verlegung oder Langstreckentransporte, sollten wie in Frankreich nur über die Rettungsleitstellen angefordert werden können; ein kommerzieller Wettbewerb ist dabei auszuschließen. Für Intensivtransporte sollten Ambulanz-Hubschrauber oder besser Intensiv-Hubschrauber zur Verfügung stehen. Im Alltag und besonders in Katastrophensituationen sollte man auf ein grenzüberschreitendes Rettungswesen mit gleichen Sicherheits- und Qualitätsstandards in Europa zählen können. Durch internationale Normierungsarbeit und Erfahrungsaustausch könnten Hubschrauber im Vergleich zu bodengebundenen Rettungsmitteln ebenfalls preiswert und sicher Transporte durchführen.

Unter dem Thema „ISDM- Curriculum on Education and Training in Disaster Medicine“ führte *Prof. Dr. med. Bernard Nemitz*, Amiens, aus, daß Ausbildung und Übung nicht nur ganz wesentlich, sondern unerlässlich für die Katastrophenhilfe sind. Das Personal muß in die Funktionen der Organisationsabläufe sowie in die Handhabung der Ausstattung eingewiesen sein. Die Ausbildung der Ärzte in Katastrophenmedizin muß eine Pflichtaufgabe mit Grundkursen im Medizinstudium und Weiterbildung für die Ärzte in allen medizinischen Ausbildungsstätten und Lehrkrankenhäusern sein. Gleiches gilt auch für die Aus- und Fortbildung des Rettungspersonals.

Einheitliche Richtlinien für die Ausbildung und Übung in der Katastrophenmedizin können auch die internationale Zusammenarbeit voranbringen. Ziel der 1975 gegründeten Internationalen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (ISDM) ist, die Katastrophenmedizin durch internationalen Austausch und wissenschaftliche Erfahrungsanalysen zu bereichern und damit die Wirksamkeit medizinischer Hilfeinsätze zu steigern. Mit den internationalen Curricula fordert das wissenschaftliche ISDM-Komitee bewußt sehr hohe Maßstäbe für diese Aus- und Fortbildung. Sie sind die Voraussetzung für ein gutes Katastrophenmanagement und gute Katastrophenschutzplanung, und sie müssen der Bewältigung von schwierigen und außergewöhnlichen Situationen dienen.

In seinem Vortrag „Modeling Medical Disaster Management“ erläuterte *Prof. Dr. med. Jan De Boer*, Abteilung Traumatologie am Akademischen Lehrkrankenhaus der Freien Universität Amsterdam, seine mathematischen Modelle für das medizinische Katastrophenmanagement. Nach dem Prinzip von „Ordnung im Chaos“ können sie helfen, das medizinische Katastrophenmanagement aus der Phase empirisch gewonnener Erkenntnisse herauszuführen. Die Bewältigung eines Großschadensereignisses ist abhängig von der Schwere der Schädigungen im Unglücksgebiet, den Hilfsmöglichkeiten mit ihrer Kapazität und Verfügbarkeit, der Transportkapazität sowie den Behandlungsmöglichkeiten der Krankenhäuser. Den Grenzpunkt zwischen Großschadensereignis und Katastrophe bestimmt er, indem er die Anzahl der Opfer mit einem durchschnittlichen Schweregrad an Verletzungen und die medizinische Hilfskapazitäten zueinander ins Verhältnis setzt. De Boer befaßte sich weiterhin mit den Möglichkeiten einer realistischen Schätzung der Anzahl von

Opfern bei Großschadensereignissen, die allgemein entweder zu hoch oder zu niedrig eingeschätzt werden. Um die Anzahl klinikpflichtiger Verletzter bei Großschadensereignissen zu ermitteln, benötigt man 1.) Kennzahlen der Personen in den beweglichen und unbeweglichen Objekten der Schadensregion, und 2.) den sog. S-Faktor, der den durchschnittlichen Schweregrad von Verletzungen und medizinischer Behandlungsdauer kennzeichnet. Er wird dargestellt als  $S = (T1-T2) : T3$ . Die Kapazität der medizinischen Versorgungskette muß für den Schadensraum als die „Medical Rescue Capacity“, für die Transportphase als die „Medical Transport Capacity“ und für die Klinikbehandlung als die „Hospital Treatment Capacity“ ermittelt werden. Medizinische Notfallplanung, Triage, Behandlungsschemata sowie Krankenhausalarm- und einsatzplanung waren die Begleitthemen des Vortrages.

*Dr. med. Michel Debacker*, Lehrbeauftragter für Katastrophenmedizin an der Universität von Leuven (B), widmete sich der „Triage im Katastrophenfall“. Bei einer Katastrophe herrscht ein Mißverhältnis zwischen dem Bedarf an medizinischer Versorgung und dem verfügbaren Personal, Material und Gerät. Um das Überleben möglichst vieler Patienten zu ermöglichen, muß über medizinische Prioritäten in der Behandlung, beim Transport und bei der Evakuierung entschieden werden. Die Prinzipien der Triage werden immer wieder als unpersönlich, inhuman und typisch militärisch klassifiziert. Die Triage erfordert aber ein Handeln jenseits normaler ethischer Grundsätze der Individualbehandlung. Dieses wird meist noch erschwert durch die medizinische Unerfahrenheit jüngerer Ärzte, die erstmals in einen solchen Einsatz kommen. Triageverfahren für den Massenansturm von Patienten müssen national und international standardisiert werden. Die Triage-Methoden ha-

ben bislang nur aufgrund militärischer Erfahrungen ihre Wirksamkeit beim Massenansturm von Patienten bewiesen; nun müssen sie an die Katastrophenpathologie und die zivile Logistik angepaßt werden. Ein vierstufiges Triage-Modell soll dabei möglichst vielen Patienten objektiv den größtmöglichen Nutzen einer medizinischen Versorgung zukommen zu lassen:

T1: Sofortige Behandlung von Notfallpatienten mit einer Störung der Vitalfunktion, aber mit hohen Überlebenschancen und dem Bedarf lebensrettender Eingriffe, die keine große Zeit beanspruchen.

T2: Verzögerte Versorgung bei notwendiger Behandlung im Krankenhaus, wenn der klinische Zustand ohne Lebensgefahr eine Verzögerung der Behandlung verträgt. Unterstützende Maßnahmen sollen die Folgen der verzögerten Behandlung minimieren.

T3: Minimalversorgung für geringfügig verletzte oder erkrankte Patienten, die nur wenig Fürsorge brauchen.

T4: Aussichtslose Fälle, also Schwerverletzte, Polytraumatisierte oder Patienten mit sehr geringen Überlebenschancen, sollen nicht allein ihrem Schicksal überlassen werden; ihr Leiden soll gemindert werden. Eine definitive Versorgung kann erfolgen, sobald der Massenansturm von Patienten unter Kontrolle ist.

*Prof. Daniel I. Sessler* von der University of California, San Francisco, referierte über „Prehospital Warming of Disaster Victims“. Die Körpertemperatur wird durch thermoregulatorische Reflexe aufrecht erhalten. Hypothermie kann durch Erkrankungen, Vergiftungen oder Traumen entstehen; in kaltem Wasser kann sie bedrohlich werden. Eine milde Hypothermie verringert den Widerstand gegen Wundinfektionen durch eine Hemmung von Immunsystem, Blutplättchenfunktion und Gerinnungskaskade. Weiterhin setzt sie die Metabolisierung vieler

Arzneimittel herab. Die meisten Todesfälle traumageschädigter Unfall-Hypothermie-Opfer beruhen auf Infektion und ventrikulärer Arrhythmie. Intraoperativ kann der Verlust von metabolischer Wärme nur wenig durch erwärmte und angefeuchtete Luft ausgeglichen werden. Die Zufuhr kalter Infusionsflüssigkeit sollte vermieden werden; auf 37° C erwärmte Infusionslösungen beugen einer Hypothermie vor. Unterkühlte, die bei Bewußtsein sind und eine relativ hohe Kerntemperatur haben, zittern; das erhöht die Kerntemperatur und bewirkt aber gleichzeitig metabolischen Stress. Die Methode der Körper-zu-Körper-Erwärmung bringt nur marginale Effekte. Der größte Temperaturverlust erfolgt über die Haut; dem kann man einfach durch Zudecken begegnen. Mehrere Decken erhöhen dabei den Effekt nicht. Aktive Heizsysteme können intraoperativ recht effektiv sein; am Schadensort außerhalb der Klinik ist der Einsatz aber technisch problematisch und kaum durchführbar.

*Oberstarzt Dr. med. Hanspeter Bubser*, Bundeswehrkrankenhaus Berlin, erläuterte in seinem Vortrag „Der Krankenhaus-Katastrophenplan“ die erforderlichen Organisationsstrukturen für Krankenhäuser bei Großschadensfällen. Diese müssen bereits vor dem Schadensereignis geschaffen werden, damit sie im Ernstfall auch funktionieren. Standard-Rahmenpläne müssen individuell auf jede Klinik und ihr Organisationsgefüge ausgerichtet werden. Sie betreffen die Alarmierung des Krankenhauspersonals, die Verkehrsregulierung sowie die Registrierung, Betreuung und Versorgung der Patienten und Angehörigen. Ergänzt werden sie durch Mitarbeiterregistrierung und Einzelanweisungen für die Fachbereiche des Krankenhauses. Der gesamte Katastrophenplan ist nur für die leitenden Mitarbeiter bestimmt. Alle Abteilungen, Funktionsberei-

che und Versorgungseinrichtungen erhalten nur ihre Detailpläne, damit der Organisationsrahmen überschaubar bleibt.

*Dr. med. Michael Römer* vom Universitätsklinikum Rudolf Virchow / Charité, Berlin stellt in seinem Referat „Alarmierung von Mitarbeitern im Katastrophen-/Großschadensfall“ die Grundzüge für ein Alarmierungskonzept vor, das bei einem Massenanfall von Patienten die personelle Kapazität zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung unverzüglich bedarfsgerecht erweitert. Grundlegende Fehler bei der Alarmierung können schnell zu enormen Problemen im Klinikbetrieb führen. Abhängig vom jeweiligen Schadensereignis muß die Erweiterung der Personalkapazität eines Krankenhauses in verschiedenen Stufen möglich sein. Für eine Alarmierung stehen drei Systeme zur Verfügung:

Über die „Einweg-Alarmierung“ werden alle Mitarbeiter gleichzeitig alarmiert ohne Möglichkeit einer Rückmeldung, Unterbrechung oder Differenzierung.

Mit dem „Schneeball-System“ wird der Alarm von Mitarbeiter zu Mitarbeiter weitergegeben.

Die „Listen-Alarmierung“ ermöglicht eine abgestufte und differenzierte Erweiterung der Personalkapazität.

Die Alarmierungskette eines Krankenhauses muß gut vorbereitet und technisch gut ausgerüstet sein. Die Mitarbeiter des Telefondienstes müssen in der Alarmierungsarbeit intensiv geschult werden. Das Alarmierungskonzept ist ein wesentlicher Grundstein für den Katastrophenplan eines Krankenhauses und für ein effektives Notfallmanagement.

„Vollelektronischer Alarmierungsplan – eine Innovation des Unfallkrankenhauses Graz“, damit stellte *Dr. med. Martin Leonhardt* ein innovatives Computer-Alarmierungssystem vor. Es ist seit November 1997 im Einsatz und kann

bei einer Notfall-Alarmierung die Bediensteten des UKH via Telefon in kürzester Zeit einberufen. Die autorisierten Personen lösen mittels Computer-Password den Telefonalarm aus. Es stehen fünf verschiedene Alarmierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die gespeicherten Rufnummern der Mitarbeiter werden automatisch ausgewählt. Die Angerufenen werden über den Einsatz informiert und quittieren den Anruf durch Eingabe einer Telefonnummer, die in der Einsatzleitung des UKH registriert wird. So kann jederzeit die Zahl der Anrufe und Rückmeldungen ermittelt werden. Für etwa 500 Anrufe pro Stunde stehen acht simultane Rückrufleitungen zur Verfügung. Die hohe Funktionstauglichkeit des Systems bietet gegenüber allen mündlichen Telefonanrufen den Vorteil der höheren Alarmierungskapazität, der exakten Nachvollziehbarkeit des Verfügungsstandes und des Abrufens von speziellen Teams.

*Dipl.-Psych. Dr. med. Hans-Joachim* Jessen, Chirurgische Klinik im Luise-Henrietten-Stift/Kliniken Lehnin, stellte die Ergebnisse einer „Auswertung von vier Katastrophenübungen an Berliner Krankenhäusern“ vor, in der die Praktikabilität der Pläne überprüft wurde. Alle Übungen (mit Kosten zwischen 11.000 und 35.000 DM) zeigten erhebliche Schwachstellen und Defizite in der Notfallplanung von Krankenhäusern auf. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

Erarbeitung von praktikablen, auf die Klinikabläufe ausgerichteten Alarm- und Einsatzplänen,

Festlegung von Aufgabenbereichen und der Weisungsbefugnis von Funktionsträgern, eindeutige Personalkennzeichnung,

permanentes Training des notfallmedizinischen Personals.

In der Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, die DGKM solle die Erarbeitung

von Rahmenplänen für die Krankenhausnotfallplanung mit einer Arbeitsgruppe umsetzen.

*Prof. Dr. med. Jürgen Knobloch*, Institut für Tropenmedizin am Universitätsklinikum Tübingen, berichtete über den „Transport von Patienten mit direkt übertragbaren Tropenkrankheiten mit hoher Letalität“. Howard et al. formulierten 1996 den Leitsatz: „In der Erwartung von Infektionskrankheiten müssen wir auf das Ungewöhnliche und das Unbekannte vorbereitet sein.“ Das wird seit dem Auftreten der Marburg-Krankheit 1967, dem Lassa-Fieber 1969 und dem Ebola-hämorrhagischen Fieber 1976 sowohl von politischer als auch infektiologischer Seite allgemein akzeptiert. In Kooperation mit den USA und der WHO existiert in der Europäischen Union ein Frühwarnsystem für tropische Infektionskrankheiten mit hoher Letalität; es gibt jedoch keine Richtlinien für den Transport solcher Patienten. Auch im Entwurf des Infektionsschutzgesetzes, das 1999 das Bundesseuchengesetz ablösen soll, sind nur die viralen hämorrhagischen Fieber und die Lungenpest als quarantänepflichtig vorgesehen. Der Transport von Infektiösen mit hochletalen Krankheiten ist nach Kenntnis von Professor Knobloch weder national noch international geregelt. Das National Advisory Committee for Aeronautics (NACA) hat mehrere Stufen unterschiedlicher Transportvoraussetzungen für die Flugrettung definiert, die sich an der Schwere einer Erkrankung orientieren. Der Infektionsschutz bleibt dabei unberücksichtigt; jedoch gibt es Desinfektionspläne für Transporte Infektöser. Bis NACA-Stufe 3 können solche Patienten mit Linienflugzeugen, ab Stufe 4 sollen sie mit Ambulanzflugzeugen transportiert werden. Es wurden verschiedene Transportisolatoren für Hochinfektiöse entwickelt; sie sind ausgestattet mit virusdichten HEPA-Filtern

(high efficiency particulate air filter) und geeignet zum Luft-, See- und Landtransport. Zum Teil haben sie eine Versorgungsschleuse und negative Druckluftzirkulation, die sowohl den Patienten als auch die Umwelt vor Infektionen schützen können. Es werden auch Laborisolatoren und Personal-Respiratoren angeboten. Einfache Gummi-Gesichtsmasken mit HEPA-Filtern haben den Vorteil größerer Beweglichkeit des Versorgungspersonals. Sie können mit Einwegkleidung und Handschuhen kombiniert werden. Unerlässlich sind virusdichte Respiratoren, die eine mehrtausendfache Reduktion des Infektionsrisikos gegenüber aerogen übertragene Viren bewirken. Der übliche Papier-Mund- und Nasenschutz mit einer Effizienz von 1:2 bleibt weitgehend unwirksam. Gegen eine Verschleppung infektiösen Materials durch Sekrete und Exkrete ist ein sicherer Schutz nur mit geschlossenen und insgesamt desinfizierbaren Systemen zu erreichen. Hochinfektiöse sollen aber möglichst vor Ort behandelt und abgesondert werden, um neue Infektionsketten zu vermeiden. Patientenverlegungen sollten nur nach strengsten Indikationsstellungen durchgeführt werden.

*Elwyn E. Roberts* stellte „High Security Isolation Systems for Patient Repatriation“ vor. Unterdruckisolationssysteme sind entwickelt worden zur Isolation von Patienten, die an hochinfektiösen oder kontagiösen Krankheiten leiden, um ein Höchstmaß an mikrobiologischer Sicherheit beim Patientenkontakt zu erzielen. Roberts stellte folgende Systeme vor: Hochleistungsrespiratoren mit HEPA-Filtern, Transportisolatoren mit einem flexiblen Plastikzelt und HEPA-Filtern ausgestattet, die für Tragen geeignet sind, Flugtransport-Isolatoren mit Unterdruckluftzirkulation, Krankenbett-Isolationssysteme, die auf einem Unterdruckzelt basieren, sowie damit kombinierbare Labor-

und Untersuchungsisolationsysteme zur Patientenbehandlung.

Der Vortrag von *Dr. Rainward Bastian* „DIFÄM - ethische Aspekte bei Medikamentenspenden“ galt den Aufgaben und Zielen des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission e.V., Tübingen. Seine internationale Hilfe ist durch das christliche Lebens- und Handlungsideal geprägt, daß alle Menschen dem Bilde Gottes gleich geschaffen sind. Die Achtung und Würde vor den Menschen muß sich auch in der Humanitären Hilfe widerspiegeln. Die Gesundheit darf daher auf keinen Fall im Medizinbetrieb zu einer lieferbaren Ware verkommen, und Arzneimittel dürfen als wichtiges Hilfsmittel nicht auf einen Selbstzweck reduziert werden. Die Erfahrungen des DIFÄM zeigen, daß der beste Wille zur Hilfe alleine nicht ausreicht. Allzuleicht kehrt sich gut gemeinte Hilfe in Schaden um. Das DIFÄM hat im Einklang mit den Leitlinien für Arzneimittelspenden der WHO vom Mai 1996 Richtlinien für die Arzneimittelhilfe entwickelt. Darin werden zwei Ziele formuliert:

Verbesserung der Versorgung mit unentbehrlichen Arzneimitteln und Medizinprodukten. Arzneimittel werden mit der erforderlichen pharmazeutischen Beratung für christliche Einrichtungen in Übersee und vor allem für mittellose Patienten beschafft,

Optimierung des Arzneimittelgebrauchs (nicht nur in armen Ländern). Bewußtseinsbildende Aktivitäten sollen einen kritischen Umgang mit Arzneimitteln fördern. Fachkräfte des DIFÄM arbeiten mit Beratungs- und Beschaffungsstellen, arzneikritischen Verbraucherverbänden und Pharmazeuten in wirtschaftlich armen Ländern zusammen.

Die Leitlinien für Arzneimittelspenden wurden in einer gemeinsamen Broschüre vom Deutschen Institut für Ärztliche Mission e.V. (DIFÄM) und dem Bischöflichen Hilfs-

werk Misereor e.V. herausgegeben und können von Interessenten dort abgerufen werden.

Spektakulärer Abschluß der Tagung war eine life-übertragene „Demonstration von Telemedizin-Anwendungen in Flugzeugen“. Ein Experimentalflugzeug des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt DLR wurde per Funkverbindung über den Satelliten ITALSAT mit einer Bodenstation in Rom angeschlossen. Eine breitbandige Kommunikationsverbindung mittels ISDN-Leitungen ermöglichte die Übertragung der Daten von der Bodenstation zum Klinikum in Tübingen. In Kooperation mit der Abteilung Allgemein Chirurgie der Universität Tübingen (*Prof. Dr. med. H. D. Becker*, Telemedizin) und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (*Dr. E. Lutz*, Nachrichtentechnik) wurden die Möglichkeiten einer Telekonferenz mit hoher Qualität in beiden Richtungen zum Flugzeug aufgebaut und synchron Biosignale (EKG, Blutgruppen, Puls, Sauerstoffsättigung und Ultraschallbilder) vom Partner übermittelt. Gleichzeitig konnten die Flugdaten online übertragen werden. Es konnten folgende Szenarien übermittelt werden:

- Reanimationsübung an einer Puppe durch einen Laien an Bord des Flugzeuges,
- Patientenüberwachung mittels eines Multifunktions-Monitors: An Bord gemessene Daten zu Blutdruck, Herzfrequenz, Sauerstoffsättigung, EKG, Pulskurve, Atemkurve wurden nach Tübingen weitergeleitet,
- Sonographie eines Patienten durch einen unerfahrenen Mediziner unter Video-Kontrolle.

Im Rahmen des europäischen Projektes ABATE wird ein geostationiertes Satellitensystem für Europa geplant, das breitbandige Datenübertragungsdienste bis zu zwei Megabits pro Sekunde zu mobilen Geräten zu See-, Luft- und Boden-Fahrzeugen bereitstellen wird.

# „Katastrophenschutz in Europa“

Ein Workshop öffnet Grenzen

Von Dr. med. Johann Wilhelm Weidringer, Bayerische Landesärztekammer,  
und Wolfram Geier, Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland, Bundesverband

Die Abstimmung über Möglichkeiten der grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung bei Katastrophen und Großschadensereignissen in Europa war eine der Zielsetzungen eines Experten-Workshops zur Katastrophenmedizin auf dem Gebiet der Europäischen Union. Repräsentanten aus 15 europäischen Nationen beteiligten sich an dieser dreitägigen Veranstaltung vom 10. bis zum 12. Februar 1999. Neben Frankreich hatten vor allem die Niederlande und die Abteilung Zivilschutz der Generaldirektion XI der Europäischen Kommission diesen Workshop organisiert.

Das französische Innenministerium hatte als adäquaten Tagungsort sein nationales Institut für Studien zur Zivilen Sicherheit (INESC) in Nainville-les-Roches, vor den Toren Paris gelegen, zur Verfügung gestellt.

Nach Grußworten hochrangiger Vertreter aus den französischen Ministerien für Inneres (V. Convert), für Gesundheit (Dr. Ph. Hrouda) sowie Zivile Verteidigung und Zivilschutz (Dr. B. Viala) vermittelte der Repräsentant der zuständigen Europäischen Kommission in Brüssel, P. Alevantis (Griechenland) die Inhalte des EU-Programmes zur Harmonisierung der (katastrophen-)medizinischen Hilfe in Europa. Eingebunden wird dieses Unterthema in das generelle Aktionsprogramm der EU zum Zivil- bzw. Katastrophenschutz.

Neben den Workshops zur Katastrophenmedizin wurden

und werden Arbeitstagen zu anderen relevanten Themen, wie „Information und Warnung“ oder „Vom Notfall zur Krise“ in Deutschland durchgeführt. Im Laufe des Jahres 1999 werden nach Vorstellung der EU und der am Programm beteiligten Mitgliedsstaaten alleine zum Thema „Katastrophenmedizin“ mehrere Folgeworkshops und eine bedeutende internationale Konferenz in Amsterdam angeboten. Für die EU gilt auch auf diesem Sektor das Subsidiaritätsprinzip. Strenge Reglements sind nicht beabsichtigt. Die Harmonisierungsbestrebungen und die jeweiligen Aktionsprogramme bauen ausschließlich auf einem breiten Konsens der Beteiligten auf, dessen Herstellung in einigen Fällen durchaus mit intensiver Diskussion und Arbeit verbunden ist.

An zwei Vormittagen wurden jeweils zunächst Großschadensereignisse und Katastrophen im Rahmen von detaillierten Referaten von am Einsatz beteiligten Führungskräften dargestellt:

*D. Digibattista:*  
*Tribüneneinsturz*  
*im Fußballstadion Bastia*  
*(Korsika/Frankreich)*

*D. Th. Sharpe, M.D.:*  
*Brand im Fußballstadion*  
*Bradford (Großbritannien)*

*Dr. E. Hills:*  
*Das ICE-Unglück*  
*in Eschede (Deutschland)*

*Col. L. Quintyn:*  
*Fähren-Untergang*  
*Seebrügge (Belgien)*

*Dr. B. Viala:*  
*Tankzug-Explosion*  
*„N'Sam“ in Kameroun*  
*(Frankreich)*

In einzelnen Workshops zu den Themenkreisen organisatorische, medizinische, psycho-soziale sowie rechtliche/finanzielle Aspekte bei der Katastrophenhilfe wurde in gemischt-nationalen Arbeitsgruppen ein erster Versuch unternommen, sich zu Unterschieden und vor allen Dingen Gemeinsamkeiten in den jeweiligen Hilfeleistungssystemen untereinander auszutauschen und dies danach dem Plenum vorzutragen.

In jedem Fall waren die Arbeitsgruppen dazu geeignet, ein tiefer gehendes Verständnis für Hilfeleistungsstrukturen bei Großschadensereignissen und Katastrophen in europäischen Partnerländern zu entwickeln. Einige europäische Staaten verfügen über ein relativ einheitlich strukturiertes Hilfeleistungssystem rettungsdienstlicher sowie katastrophenschutzbezogener Art, teils sogar mit nationalen Notfallplänen, wie beispielsweise Portugal. Die materiellen und personellen Grundlagen sowie die zugrunde liegenden Aus- und Fort- bzw. Weiterbildungskonzepte sind sehr unterschiedlich. Eine Verknüpfung mit dem verfügbaren finanziellen Volumen für Rettungsdienst und Katastrophenschutz, bezogen auf das jeweilige nationale Bruttosozialprodukt, wurde bisher nicht erarbeitet. Gerade auch unter der Fragestellung des volkswirtschaftlichen Nutzens der Vorhaltung der Gefahrenabwehrpotentiale und

der Ausgaben für diese Vorhalten besteht ein großer Forschungsbedarf in Europa.

Am Nachmittag des zweiten Seminartages wurden am Fallbeispiel eines angenommenen Großunfalles durch Entgleisen eines Hochgeschwindigkeitszuges die jeweiligen nationalen Hilfeleistungsmöglichkeiten wiederum in Arbeitsgruppen konkretisiert und am letzten Seminartag im Plenum vorge-tragen sowie diskutiert.

An der Abschlußbespre-chung des Workshops, wäh-rend derer ausführlich die fall-bezogenen nationalen Hilfelei-stungskonzepte im Hinblick auf Gemeinsamkeiten hinter-fragt wurden, nahmen auch die Mitglieder der sogenann-ten „Core-Group“ aus mehr-eren Staaten Europas teil, die für die zuständige EU-Kom-mission bereits eine Serie von Workshops in mehreren Staa-ten Europas vorbereitet haben.

Schon während des Work-shops hatten die Vertreter Deutschlands in der Arbeits-gruppe den Eindruck, daß vor allen Dingen Frankreich sowie Österreich sehr stabile natio-nale Systeme für den Einsatz bei Katastrophen etabliert ha-ben und diese auch internatio-

### Für das laufende Jahr sind folgende weitere Veranstaltungen geplant:

März 1999 (Spanien):	Kurs über internationale Module in der Katastrophenmedizin
April 1999 (Schweden):	Workshop „Train the Trainer“
Mai 1999 (Deutschland):	Kommunikationsprobleme zwischen staatlichen Stellen und der Bevölkerung
Juni 1999 (Niederlande):	Workshops zu organisatorischen Aspekten der medizinischen Hilfeleistung sowie Workshops über Notfall- und Katastrophenmedizin und der Besuch von katastrophenmedizinischen Einrichtungen
September 1999 (Frankreich):	Teilnahme an einer Stabsübung
Oktober 1999 (Schweden):	Workshop über Management in der Katastrophenmedizin

nal bekanntlich zum Einsatz bringen. Darüber hinaus war sehr deutlich zu spüren, daß die zuständige EU-Kommission in Brüssel nachhaltig an einer Harmonisierung katastro-

phenmedizinischer Hilfelei-stungskonzepte in Europa interessiert ist - sicherlich im Rahmen eines Bildes, in dem dieser Themenkreis nur ein Mosaikstein darstellt.

Helfen ist  
unsere Aufgabe



Allen Menschen, die Hilfe brauchen.

- In der Bundesrepublik Deutschland wie im Ausland.
- Rund um die Uhr.  
Schnell. Fachmännisch. Gemeinnützig.
- Jedes neue Mitglied ist willkommen.
- Jede Spende hilft Bedürftigen.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto  
**1 8 8 8**  
Postgiroamt Köln  
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen,  
schreiben Sie an den Arbeiter-Samariter-Bund  
Stülzburgstraße 140 · 50 937 Köln

# Großeinsatz in Berlin

Gasexplosion fordert sieben Menschenleben - 3.000 Helfer im Einsatz

Von Irene Kölbl

Am 4. August 1998 brachte eine Explosion ein viergeschossiges Wohngebäude in Berlin-Steglitz völlig zum Einsturz. Um die Überlebenschancen der im Schutt vermuteten vermißten Menschen nicht zu mindern und die Helfer nicht zu gefährden, mußten die Überreste des Hauses überwiegend per Hand abgetragen werden.

Sieben Menschen kamen bei dem Unglück ums Leben. Einer Mieterin gelang es, sich selbst aus den Trümmern zu befreien; einen Mann, zu dem über lange Zeit Sprechkontakt bestand, brachte die Feuerwehr nach viereinhalb Stunden nahezu unverletzt in ein Krankenhaus.

### Einsatz-Management

Rund 60 Stunden waren Kräfte der Polizei, der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr, des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), des Technischen Hilfswerks (THW) und der Notfallseelsorge im laufenden Wechsel tätig. Die insgesamt etwa 3.000 Helfer räumten ungefähr 2.000 Tonnen Schutt von Hand.

Nachdem die Meldung des Explosionsunglücks um 6:03 Uhr in der Feuerwehrleitstelle eingegangen war, wurden verschiedene Löschzüge und Sonderfahrzeuge entsandt. Wenig später übernahm Landesbranddirektor Albrecht Broemme die Einsatzstelle und ließ unter

Koordination der Feuerwehr weitere Fachkräfte hinzuziehen. Die Einsatzleitung formierte sich im Einsatzleitwagen (ELW 3) der Berliner Feuerwehr.

### Katastrophenschutz-Spezialisten

#### - Rettungshunde

Eine knappe Stunde nach Einsatzmeldung traf die ASB-Rettungshundestaffel vor Ort ein. 13 Teams, die mit ihrer Sucharbeit im Trümmergelände begannen.

Die Hunde, die gelernt haben, in entsprechendem Terrain in Not geratene Menschen ohne vorherige Ge-



Die Trümmer werden von Hand zu Hand weitergereicht: Polizei (oben rechts), Feuerwehr (rechts) und Technisches Hilfswerk (links) im gemeinsamen Einsatz.

ruchspure zu erkennen und die auf die Trittsicherheit des Untergrundes achten, finden hier Verschüttete wesentlich schneller auf als jedes technische Ortungsgerät. Sie sind geschult, mit ihrem ausgeprägten Geruchssinn Menschen durch Trümmer von mehreren Metern Höhe wahrzunehmen und dies anzuzeigen. Hier gilt: Der erste Hund sucht, ein zweiter Hund bestätigt.

Nachdem das DRK mit seinen Rettungshunden ebenfalls an der Einsatzstelle angekommen war, konnte der Trümmerkegel aufgeteilt und die Suche umfassender gestaltet werden. Wie alle anderen Einsatzkräfte begaben sich auch diese Helfer stundenlang in ein Wechselbad der Gefühle zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Zur Ablösung standen später neue Teams des THW Ronneberg bereit.

### - Beistand für „Leidtragende“

Außerdem war das DRK mit einigen Schnell-Einsatzgruppen (SEG) Sanitätsdienst und Betreuung zugegen, die sich um unverletzte Betroffene kümmerten. Die SEG Betreuung nahm Mieter, die sich selbst aus den Trümmern retten konnten, oder Menschen, die zur Unglückszeit nicht in ihren Wohnungen waren, an zwei Standorten in Empfang, um ihre vorübergehende Unterbringung zu organisieren. Für Familien aus den Nachbarhäusern, die ihre Wohnungen verlassen mußten, war kurzfristig Unterkunft bereitzustellen. Angehörige baten ebenfalls um Unterstützung. Gleichzeitig sicherte das DRK die Versorgung aller Helfer.

### - Hilfe in der Krisensituation

Evangelische und katholische Notfallseelsorger waren als „menschliche Erste Hilfe“ Ansprechpartner für die Trauernden. Sie spendeten Trost und Kraft in der seelischen Not und richteten Worte der Aufmunterung auch an die Einsatzkräfte.



Trotz aller Technik kann auf die empfindliche Nase des Rettungshunds nicht verzichtet werden.

### - Beseitigung von Gefahren

Das THW setzte verschiedene Technische Züge ein; eine Fachgruppe Bergung führte erste Sicherungs- und Abstützarbeiten an der Unglücksstelle durch und leuchtete mit zunehmender Dunkelheit das Gelände aus. Die Fachgruppe Ortung verwendete akustische Gerätschaften zur Erkundung der Unglücksstelle. Die Fachgruppe Räumen unterstützte durch Anheben, Zerkleinern oder Beseitigung großer Trümmer das Vordringen zu den Verschütteten. Zusätzlich wurde eine Gruppe südhessischer THW-Helfer alarmiert, die zusammen mit einem Spezial-Sonargerät aus Darmstadt eingeflogen wurde.

### Sicherheit und Ordnung

Nachdem die Einsatzstelle abgesperrt und die Pressevertreter an bestimmte Standorte verwiesen waren, setzte die Polizei mehrere Hundertschaften (Bereitschaftspolizei und Polizeianwärter) zusammen mit anderen Einsatzkräften beim Abtragen des Trümmerberges ein.

Für die Kriminalbeamten der Brandermittlungskommission und des Institutes für Polizeitechnische Untersuchungen (PTU) gestaltete sich die Suche nach der Unfallursache, für die jedes Trümmerstück zu begutachten war, ebenso schwierig wie die Bergung. Weitere Aufgaben waren die Identifikation der Leichen mit



Auch schweres Gerät kommt zum Einsatz.

(Fotos: Wagner)



Hilfe der Angehörigen und die Sicherstellung von Wertgegenständen.

## Fazit

Nach kriminalpolizeilichen Ermittlungen war eine Manipulation an der Gasleitung Ursache für das Schadensereignis. Gegen einen 13jährigen Jungen, der selbst Opfer der Katastrophe wurde, ergaben sich dringende Verdachtsmomente. Der Heranwachsende schien kurz vor der Explosion im Keller gewesen zu sein, denn nur seine Lunge enthielt den Duftstoff, der dem geruchlosen Erdgas beigemischt ist. Die Suche nach der abgeschraubten Gasverschlußkappe im Bauschutt als Beweisstück blieb allerdings erfolglos.

Vertreter aller vor Ort tätigen Organisationen bzw. Hilfsorganisationen waren sich darüber einig, daß die Zusammenarbeit funktioniert hatte. Nach Erledigung ihrer jeweiligen „Aufträge“ bildeten die Helfer aller Organisationen geschlossen eine Rettungskette, um gemeinsam die ihnen wichtige Rettung von Menschenleben voranzutragen.

Zeigte hier die Arbeit der alljährlich stattfindenden Schadensseminare, die Kriminaldirektor Horst Brandt seit 1991 als Leiter der kriminalpolizeilichen Katastrophenkommission vorbereitete, ihre Wirkung? Sein Leitsatz, „andere Helfer kennenzulernen, deren Zuständigkeiten zu kennen, um auf diese Weise ein konkretes Miteinander entwickeln zu können“, wurde hier jedenfalls in die Praxis umgesetzt.

### Einsatzkräfte:

1450 Polizeibeamte  
1120 Feuerwehrleute (BF/FF)  
76 DRK-Helfer  
319 THW-Helfer  
30 ASB-Helfer  
6 Notfallseelsorger

## Einsatzablauf

### 4. August 1998

- |           |  |
|-----------|--|
| 06:03 Uhr | Einsatzmeldung in der Feuerwehrleitstelle: Explosion Lepsiusstr. 57, Berlin-Steglitz; Totaleinsturz eines viergeschossigen Wohngebäudes, unbekannte Anzahl verschütteter Personen  |
| 07:30 Uhr | Bergungszüge des THW angefordert   |
| 08:52 Uhr | Bereitstellung eines zusätzlichen Kranfahrzeuges durch eine Privatfirma  |
| 09:46 Uhr | Weiträumige Absperrung der Einsatzstelle; Rettungshunde und ein Bio-Radargerät (BioRadar 402 - geringe Ausmaße, leicht und schnell aufbaubar, jedoch nur geringe Eindringtiefe) werden zur Personensuche eingesetzt; Räum- und Abstützarbeiten des THW an der Gebäuderückseite; die Versorgungsunternehmen haben den Strom abgeschaltet und die Gaszufuhr unterbrochen |
| 10:30 Uhr | Ein Mann wird aus den Trümmern befreit und mit geringen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht   |
| 12:20 Uhr | Einsatz von Großraummulden für die Räumung   |
| 17:00 Uhr | THW-Helfer und ein Spezial-Sonargerät (Sirius Version 1 - hohe Eindringtiefe, 30 m) aus Darmstadt werden eingeflogen; vermißt sind sieben Bewohner; Rettungs- und Bergungsarbeiten dauern die ganze Nacht an   |

### 5. August 1998

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| 04:08 Uhr bis 22:30 Uhr | Die gesuchten Personen werden leblos geborgen, ein Hund und eine Katze lebend aus den Trümmern befreit |
| 22:35 Uhr               | Einsatz-Nachsorge-Team der Berliner Feuerwehr wird für Debriefing von THW-Helfern angefordert          |

### 6. August 1998

- |           |  |
|-----------|--|
| 06:00 Uhr | Verstärkter Einsatz von technischen Räumgeräten                        |
| 11:45 Uhr | Bauaufsicht gibt gesperrte Wohnungen in den Nachbarhäusern wieder frei |
| 16:30 Uhr | Beendigung der Bergungs- und Aufräumarbeiten                           |

# Ein Kapitel ging zu Ende

### Abbau der Zivilschutzsirenen und Auflösung der Warnämter beendet

Einst galten sie als die Heuler der Nation. Fast 40 Jahre lang brachten sich mehr als 60.000 Zivilschutzsirenen bei den jährlichen Sirenenprobebetrieben der Bevölkerung in Erinnerung. Außer der ständigen Mitbenutzung für Feuerwehr und Katastrophenschutz kamen sie jedoch für ihre eigentliche Aufgabe, die Warnung der Bevölkerung im Verteidigungsfall, glücklicherweise nicht zum Einsatz.

Die neuen politischen Rahmenbedingungen, das Fortschreiten der Technik und letztlich auch der Zwang zur Sparsamkeit machten Zivilschutzsirenen für die Warnung im Zivilschutzfall nicht mehr erforderlich. Ab 1993 wurden sie schrittweise abgebaut. Die Gemeinden in den alten Bundesländern konnten sie kostenlos für Zwecke des Katastrophenschutzes übernehmen. Die Zivilschutzsirenen in der ehemaligen DDR wurden nach der Wiedervereinigung ebenfalls nur noch teilweise für Brand- und Katastrophenschutz zwecke weiterverwendet.

#### Letzte Sirenen abgebaut

Im Dezember 1998 wurden die letzten ZS-Hochleistungsirenen in Bayern und Nordrhein-Westfalen abgebaut und verschrottet. Damit waren von dem im Jahre 1993 noch vorhanden etwa 54.000 ZS-Sirenen des bundeseigenen Warndienstes über 20.000 Sirenen, 62.000 Sirenenweichen, 10.400 Warnstellenweichen und 7.700 Warngestelle demontiert. Dieser Abbau kostete mehr als 60 Millionen DM.

Allerdings wurden auch 34.000 ZS-Sirenen von den Gemeinden kostenlos über-



Sirenen sind für den Zivilschutz entbehrlich geworden.

nommen und stehen damit für die Alarmierung der Feuerwehren und auch für Katastrophenschutz zwecke weiterhin zur Verfügung. Zusammen mit den übernommenen Sirenen des Warndienstes der ehemaligen DDR werden damit mehr als 40.000 Sirenen bundesweit von den Gemeinden für die örtliche Gefahrenabwehr eingesetzt.

#### Potential nicht übersehen

Wenn sich diese Zahlen auch in den nächsten Jahren verringern werden, wird hier doch ein Potential vorhanden bleiben, das bei den zur Zeit laufenden Untersuchungen über die technologischen Möglichkeiten der Warnung der Bevölkerung im Verteidigungsfall nicht übersehen werden sollte.

Mit dem Abbau der letzten Zivilschutzsirene erfolgte im Jahre 1998 auch die letzte Auflösung eines ehemaligen Warnamtes. Am 2. September 1998 wurde das Warnamt X (Weilheim) dem Allgemeinen

Grundvermögen des Bundes zugeführt. Warnamt V (Linnich) war das erste von zehn Warnämtern, welches geschlossen und am 1. Januar 1996 dem Ressortvermögen des Bundesministeriums für Finanzen zufiel.

Die restlichen folgten, auch das in Berlin-Karlshorst in einem Mietobjekt neu eingerichtete Warnamt V (Berlin) wurde bald wieder aufgelöst und wird jetzt vom Bundesamt für Strahlenschutz als ODL-Meßnetzknotten genutzt. Zur Zeit sind zwei ehemalige Warnamtsliegenschaften bereits verkauft, zwei andere werden durch andere Bundesbehörden genutzt, eine fünfte Liegenschaft ist für private Zwecke vermietet. Fünf Liegenschaften warten auf Interessenten.

#### Warnauftrag erfüllt

So laut einst die Warnämter mit ihren Sirenen heulten, so still und leise sind beide verstummt. In den Zeiten des „Kalten Krieges“ erfüllten sie zusammen mit ihren freiwilligen Helfern und hauptamtlichen Mitarbeitern ihren Warnauftrag.

In der Neuordnung des Zivilschutzes wurde für einen Warndienst kein Platz mehr gesehen, die klassische Sirenenwarnung soll für den Verteidigungsfall überwiegend durch die Rundfunkwarnung ersetzt werden. Dies ist nicht unbestritten, aber politischer Wille und mit dem nunmehr vollzogenem Abbau der letzten Strukturen des alten Warnsystems bundesweit auch entsprechend vollzogen.

# Hilfe durch „rollende Arztpraxen“

DRK und IKRK setzen neue Technik im Kosovo ein

Von Rainer Schramm

Seit Monaten kennt man die Bilder aus dem Fernsehen, aus Zeitungen und Illustrierten - Bilder von brennenden Dörfern, Bilder von alten, verzweifelten Menschen und weinenden Kindern auf der Flucht durch tiefen Schnee. Bilder von Soldaten im Kampfanzug mit ihren Waffen im Anschlag.

Man kennt aber auch die Bilder von Verhandlungszentren in Frankreich, Belgien, USA und Deutschland, elegant gekleideten Diplomaten und wieder Soldaten, diesmal im feinen Tuch.

All diese Bilder treffen auf den Kosovo zu, eine Region Europas, die für Weinliebhaber durch das Amselfeld schon immer ein Begriff war.

Seit die dort lebenden Serben und Albaner jedoch der Meinung sind, daß sie ethnisch nicht mehr zusammenpassen, wird dieser Konflikt mit Waffengewalt ausgetragen. Nun ist der Kosovo Synonym für einen Krieg, den so keiner in Europa wollte.

Die Folge davon sind Tote, Verwundete und 500.000 Menschen, die seit Monaten systematisch aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Zynisch spricht die serbische Seite von „ethnischer Säuberung“. Es ist zu befürchten, daß uns dieses Thema noch längere Zeit beschäftigen wird.

Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgefordert, nicht nur militärisch die Aggressionen in der Region zu unterbinden sondern auch für humanitäre Hilfe zu sorgen.



Drei der neuen Fahrzeuge - ein weiteres befindet sich schon im Einsatz - machen sich auf den Weg zu ihren Bestimmungsorten.



Zu jedem der „rollenden Arztpraxen“ (Hintergrund) gehört ein Sattelzug, der Medikamente und Verbandmaterial mitführt.



## Aus der Praxis



Blick in den Innenraum.



Behandlungsstuhl mit Arzt-Rollstuhl.



EKG, Defibrillator und Ultraschallgerät.



Beatmungsgerät.



Windgenerator und Solaranlage.



Aktivkohlefilter für die Wasserversorgung.

mitte vom Roten Kreuz (IKRK) eingesetzt. Jedes Praxisfahrzeug wird von einem Satellit, der mit Medikamenten und Verbandmitteln für mehrere Monate beladen ist, begleitet.

Die „rollenden Arztpraxen“ stehen in ihrer Ausrüstung in keiner Weise einer modern ausgestatteten Praxis in Deutschland nach. An der Untersuchungsfläche stehen dem Arzt und seinen beiden Helfern Ultraschall- und EKG-Gerät, Defibrillator und Beatmungsgerät in dem zweckmäßig eingerichteten Fahrzeug zur Verfügung.

Das Arztbesteck sowie der Tagesbedarf an Arznei- und Verbandmitteln sind handlich und übersichtlich in Einbau-Wandschränken untergebracht.

Für den Einbau der Gerätschaften hat man sich für einen Mercedes-Benz 614 D mit geschlossenem Hochdach-Kasten entschieden. Das 140 PS starke Fahrzeug verfügt über einen 80-Liter-Frischwassertank und einen ebenso großen Abwassertank. Der Behandlungsraum sowie die Wassertanks werden mit Gas beheizt.

Die Innenbeleuchtung kann mit 12 Volt oder 230 Volt betrieben werden. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, Strom über eine Solaranlage oder einen windbetriebenen Generator zu erzeugen. Die beiden Anlagen sind auf dem Dach des Fahrzeuges installiert.

In den wenigen Wochen ihres Einsatzes haben die vier Arztpraxen der bedrängten Bevölkerung im Kosovo unschätzbare Hilfe geleistet. Die militärische Entwicklung wird diese Hilfsmaßnahme des DRK nicht zum Stillstand bringen. Vom IKRK eingesetzt, werden die vier rollenden Arztpraxen den Menschen im Kosovo in verstärktem Maße zur Seite stehen.

Speziell zur ärztlichen Versorgung der Vertriebenen hat das Deutsche Rote Kreuz vier „rollende Arztpraxen“ konzipiert und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung durch die Firma Patberg in Osnabrück bauen lassen.

Die vier Fahrzeuge werden durch das Internationale Ko-

# Telekommunikation - ein hochaktuelles Thema

Bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen sind Probleme nicht selten

Von Dipl.-Ing. Helmut Strunk

Die ICE-Katastrophe von Eschede machte einmal mehr deutlich, wie schnell im Bereich der Telekommunikation die Grenzen erreicht werden. Das Thema ist keineswegs neu; der aufmerksame Beobachter/Auswerter von Übungen und Großeinsätzen der letzten Jahrzehnte stößt immer wieder auf Aussagen wie: „Der Zusammenbruch oder die Überlastung der Fernmeldeverbindungen haben das Geschehen nachteilig beeinflusst.“ Woran liegt es, wenn wir heute immer noch derartige Probleme beklagen müssen?

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß Art und Leistungsfähigkeit der Telekommunikationsmittel, soweit es die öffentlichen Netze betrifft, sich in erster Linie nach dem Markt richten. Das heißt, die Leistungsfähigkeit der Telefon- und Mobilfunknetze richtet sich (ausschließlich) nach dem alltäglichen Bedarf.

Beispiel: An einem Ort sind 100 (Mobilfunk-)Anschlüsse vorhanden, ereignisbedingt werden aber 300 benötigt. Tatsächlich können noch nicht einmal die vorhandenen 100 gleichzeitig genutzt werden, da die Netze aus wirtschaftlichen Gründen so ausgelegt sind, daß nur Verbindungen für eine beschränkte Teilnehmerzahl gleichzeitig hergestellt werden können.

### Wie ist Abhilfe möglich?

#### **BOS-eigene Netze der Gegenwart**

Die Funknetze der Behörden und Organisationen mit

Sicherheitsaufgaben (BOS) sind nicht allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut, sondern hier sind gewisse Reserven für besondere Lagen in der Regel eingeplant. Aber auch hier können die Grenzen im Einzelfall schnell erreicht sein. Da Betreiber dieser Funknetze die BOS selbst sind, haben sie auch die Möglichkeit, im Bedarfsfall die Netze mit eigenen Mitteln kurzfristig zu verstärken. Schalten zusätzlicher Kanäle, Errichten und Betreiben zusätzlicher temporärer Relaisfunkstellen können im Einzelfall wirkungsvolle Verbesserungen darstellen.

Ähnliches gilt für die Telefonfestnetze. Hier sind die BOS, entsprechende Ausstattung vorausgesetzt, durchaus in der Lage, kurzfristig in Zusammenarbeit mit z. B. der

*Zum Verfasser: Dipl.-Ing. Helmut Strunk ist Referent für Telekommunikation in der Leitung des Technischen Hilfswerks (THW), Bonn. Seit vielen Jahren im Bereich der Telekommunikation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) tätig, ist er darüber hinaus Vertreter des THW und des Bundesamtes für Zivildschutz (BZS) im Unterausschuß Führungs- und Einsatz-Mittel (UAFEM) des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz (IMK) sowie im Ausschuß Informations- und Kommunikationswesen des Arbeitskreises V der IMK.*

Deutschen Telekom zusätzliche Telefonanschlüsse im Schadensgebiet einzurichten.

Wenn die Möglichkeiten der BOS bei Ereignissen in der Vergangenheit nicht, nicht immer oder nicht rechtzeitig genutzt wurden, so liegt die Ursache vermutlich darin, daß dem unverzichtbaren Telekommunikationsmanagement (früher: Fernmeldeinsatz) häufig erst im nachhinein die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Die personellen und materiellen Mittel stehen, wenn auch inzwischen nach Auflösung der Fernmeldeeinheiten des Katastrophenschutzes in eingeschränktem Umfang, auch heute zur Verfügung (z. B. die Fachgruppen Führung und Kommunikation des Technischen Hilfswerks).

#### **BOS-eigene Netze der Zukunft**

Mit Hochdruck arbeiten die BOS in ganz Europa an der Verwirklichung eines europaweiten digitalen Funknetzes für die Sicherheitsbehörden. Die an dieses Netz gestellten Anforderungen machen deutlich, daß es sich hierbei um ein Netz handeln wird, das den besonderen Belangen der BOS Rechnung tragen soll und eben kein nach ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten strukturiertes Netz sein wird.

Aber auch dieses Netz wird aus Kostengründen nicht flächendeckend Kommunikationskapazität in einem Umfang vorhalten, wie sie in extremen Lagen erforderlich sein

wird. Hier wird es also ebenfalls mobile Netzverstärkungskomponenten geben müssen, die in Sonderlagen, sozusagen als vierte Blaulichtkomponente (nach dem ersten Polizei-, Rettungsdienst- und Feuerwehrfahrzeug) für die Sicherstellung der mobilen Telekommunikation der BOS sorgt.

## Öffentliche Netze

Bei aller Eigenvorsorge der BOS wird man in besonderen Lagen nie auf öffentliche Netze verzichten können und wollen. Es kommt also darauf an, die öffentliche Netze so zu gestalten, daß gewisse Vorkehrungen für Katastrophenfälle getroffen werden.

So gab es zur Zeit der Deutschen Bundespost bereits die sogenannte Richtlinie F 215, nach der sichergestellt werden konnte, daß bestimmte lebensnotwendige Telefonanschlüsse im Ausnahmefall von Abschaltmaßnahmen ausgenommen wurden. Abschaltmaßnahmen müssen dann ergriffen werden, wenn das Telefonnetz durch ein ereignisbedingtes Gesprächsaufkommen überlastet wird. Von den Abschaltmaßnahmen ausgenommene Anschlüsse haben dann den Vorteil, daß ihnen somit das Telefonnetz sozusagen vorrangig zur Verfügung steht.

Heute ist an die Stelle der Richtlinie F 215 die Telekommunikationssicherstellungsverordnung (TKSiV) getreten. Diese TKSIV verpflichtet die Deutsche Telekom AG und andere bestimmte Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Telekommunikation in besonderen Fällen, z. B. bei Katastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, bevorrechtigten Aufgabenträgern, soweit sie lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, bei der Inanspruchnahme bestimmter Telekommunikationsdienstleistungen Vorrechte einzuräumen, wenn deren Versorgung (mit Telekommunikationsdienstleistung) gefährdet oder anders nicht zu sichern ist.

Konkret müssen die o. g. TK-Unternehmen für bevorrechtigte Aufgabenträger

- Anschlüsse an das Telekommunikationsnetz,
- Wählverbindungen,
- Entstörungen von Anschlüssen vor allen anderen Anschluß-, Verbindungs- oder Entstörungswünschen herstellen oder durchführen.

Bevorrechtigte Aufgabenträger im Sinne der TKSIV sind u. a.

- Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden,
- Katastrophenschutz- und Zivilschutzorganisationen,
- Hilfs- und Rettungsdienste.

Die TKSIV gilt es also, mit Leben zu erfüllen, sie betrifft sowohl Festnetz- als auch Mobilfunkanschlüsse.

## Was ist zu tun?

Um die Vorrechte in Anspruch nehmen zu können, müssen Vorbereitungsmaßnahmen getroffen werden. Konkret muß das jeweilige Telekommunikationsunternehmen beauftragt werden, die vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen.

Der formgebundene Auftrag (Anlage 1 zur TKSIV) ist über die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) an das jeweilige Telekommunikationsunternehmen zu richten.

Anschrift:

Regulierungsbehörde für  
Telekommunikation  
und Post  
- Außenstelle Kassel -  
Vorrangregistrierung  
Postfach 10 04 40  
34004 Kassel  
Telefon 05 61 / 7 29 22 69

Die Regulierungsbehörde entscheidet über die Erteilung einer Registrierungsnummer und leitet den Auftrag an das Telekommunikationsunternehmen weiter. Die RegTP teilt dem Bevorrechtigten (Auftraggeber) die Registrierungsnummer mit, unter der dieser dann

auch unmittelbar bei dem entsprechenden Telekommunikationsunternehmen Aufträge erteilen kann.

Zu beachten ist, daß für jedes Telekommunikationsunternehmen, bei dem Vorbereitungsmaßnahmen zur Einräumung von Vorrechten beauftragt werden, ein gesonderter Auftrag gem. Anlage 1 TKSIV erteilt werden muß.

Die nach der alten Richtlinie F 215 des Bundesministers für Post und Telekommunikation (BMPT) festgelegten Bevorrechtigungen bleiben bis zum 31. 12. 2000 in Kraft und können bis dahin kostenfrei auf das neue Verfahren umgestellt werden.

## Bevorrechtigung - ein Allheilmittel?

Sicherlich nicht! Je nach Ereignis kann sehr schnell allein die Zahl der Bevorrechtigten die Kapazität zum Beispiel eines Mobilfunknetzes am Ort des Geschehens übersteigen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß in § 4 der TKSIV „Aufgabenträger in Presse und Rundfunk“ gleichberechtigt mit allen anderen bevorrechtigten Aufgabenträgern genannt sind.

## Zusammenfassung

Der Telekommunikationseinsatz bei größeren Unglücken oder Katastrophen bleibt auch im Telekommunikationszeitalter eine Herausforderung. Wegen der Fülle der Möglichkeiten ist das Telekommunikationseinsatzmanagement nicht einfacher, sondern schwieriger geworden. Es gilt, neben der klassischen Fernmeldeeinsatzplanung und -durchführung den durch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Insbesondere der oft spürbaren Euphorie der scheinbar unbegrenzten Telekommunikationsmöglichkeiten ist die nüchterne Analyse und Bewertung der Realitäten entgegenzuhalten.

# Der Erde wird der Puls gefühlt

Erdbebenprognose gestaltet sich besonders schwierig

Von Uwe Seidenfaden, Deutscher Forschungsdienst

Beim Schutz gegen die Auswirkungen von Naturkatastrophen soll nach den Zielen der Vereinten Nationen der Vorsorge künftig eine größere Bedeutung zukommen. Besonders schwierig ist das bei der Erdbebenprognose. Man kann sicher sein, daß sich Beben wie das letzte Schadenbeben in Deutschland, das sich am 13. April 1992 im deutsch-niederländischen Grenzgebiet bei Roermond ereignete und bei dem ein Sachschaden von 250 Millionen DM entstand, auch in Zukunft wiederholen werden. Die Wahrscheinlichkeit, mit der das in den verschiedenen Regionen Deutschlands und Europas auftritt, kann den Gefährdungskarten entnommen werden, die Forscher vom GeoForschungsZentrum Potsdam jetzt zusammenstellten.

Im Rahmen eines von den Vereinten Nationen initiierten globalen Programms zur Einschätzung der Erdbebengefährdung untersuchten die Potsdamer Wissenschaftler das entsprechende Gefährdungspotential in Ost-, Mittel- und Nordeuropa. Die Ergebnisse sollen auch bei der Erarbeitung einer künftigen EU-Baunorm berücksichtigt werden.

Der Zeitraum zwischen dem Jahr 1990 und dem Jahr 2000 wurde von den Vereinten Nationen als Internationale Dekade zur Reduzierung der Auswirkungen der Naturkatastro-

phen (International Decade for Natural Disaster Reduction - IDNDR) deklariert. Damit will die Organisation weltweit das öffentliche Bewußtsein für Prävention und Reduzierung der Risiken schärfen. Voraussetzung einer Risikoreduzierung sind jedoch zunächst verbesserte Abschätzungen der Gefährdung durch Naturkatastrophen. Bei Erdbeben- und Vulkankatastrophen, bei denen in diesem Jahrhundert bereits rund zwei Millionen Menschen ihr Leben verloren, ist das nicht leicht, denn die Entwicklung bis zum großen Desaster ist nur selten mit deutlich beobachtbaren Veränderungen verbunden.

Schon seit mehreren Jahrzehnten ist bekannt, daß entlang der Kontaktzonen der Lithosphärenplatten das Bebenrisiko besonders hoch ist. An den tektonischen Plattenrändern bilden sich Spannungen in den Gesteinen, deren plötzliche Entlastung zu Erdbeben führt. Doch auch auf den Platten können Schwächezonen mit einem erhöhten Bebenrisiko existieren. Beispiele für derartige geologische Bruchzonen in Deutschland sind der Rheintalgraben und die Schwäbische Alb.

In anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in Westafrika, ist noch verhältnismäßig wenig über die lokalen Beben abseits der bekannten tektonischen Plattenränder bekannt. Zwar gibt es in den meisten Staaten, darunter auch in Deutschland, bereits Erdbebenkataloge, doch wurden diese stets unter

nationalen Prämissen angefertigt. Die Unterschiede resultieren unter anderem aus abweichenden Methoden in der Datenaufbereitung und durch die unterschiedliche Qualität der Ausgangsdaten. Die Integration von Erdbebendaten, die auch weit in die Vergangenheit reichende Erdbebenereignisse einschließen, in einem grenzüberschreitend nach einheitlichen Kriterien ausgerichteten Gefährdungskatalog, ist keineswegs einfach.

Die Mitarbeiter des GeoForschungsZentrums Potsdam, eine von insgesamt 16 deutschen Großforschungseinrichtungen, befassen sich im Rahmen des globalen UN-Programms zum Schutz vor den Auswirkungen der Naturkatastrophen (Global Seismic Hazard Assessment Program = GSHAP) mit der Berechnung von Erdbebengefährdungskarten. Der Verantwortungsbereich eines dafür am GeoForschungsZentrum Potsdam gegründeten Regionalzentrums für die GSHAP-Region 3 betrifft Mittel-, Nordwest-, Nord- und Osteuropa zugleich. Die Forschungen sollen grundlegende Informationen für eine einheitliche erdbebengerechte Baunorm in allen EU- beziehungsweise EFTA-Staaten liefern.

Ein wesentlicher Teil der vor fünf Jahren begonnenen Arbeit war zunächst die Analyse und Neubewertung von Bebenschäden nach historischen Aufzeichnungen, so Forschungsleiter Dr. Gottfried Grünthal. In Deutschland ge-

hen die Berichte über starke Erdbebeneignisse bis zu tausend Jahre zurück. Die historischen Aufzeichnungen boten den Seismologen eine reichhaltige Fundgrube. Doch manche Berichte enthielten auch Fehldeutungen, wie sich bei den Analysen herausstellte.

Ein Beispiel dafür ist das vermeintliche Erdbeben, das sich am 26. September 1693 in Marktbreit (Bayern) ereignete. Nach eingehendem Quellenstudium kamen die Forscher zu der Überzeugung, daß es sich nicht um ein Beben, sondern um einen starken Sturm handelte, der die starken Verwüstungen anrichtete. Neu bewertet wurde unter anderem auch ein Beben bei Bielefeld im Jahre 1612, von dem bisher nicht angenommen wurde, daß es mit großen Schäden an Gebäuden verbunden war.

Die Analysen der historisch verbrieften Schäden ermöglichen eine nachträgliche Einstufung der Bebenstärke nach der seismischen Intensitätsskala. Die Forscher gehen dabei nach einer Checkliste vor, die einzelnen Intensitätsgraden bestimmte Auswirkungen wie Risse am Mauerwerk und Gebäudeeinstürze zuordnet. Berücksichtigt werden mußte auch die geologische Beschaffenheit des Untergrundes in den Regionen. Ein lockerer Boden stellt zum Beispiel ein größeres Risiko dar, denn er kann die Intensität der seismischen Schwingungen verstärken, und das kann wiederum zu größeren Schäden an Bauwerken führen.

In den vom GeoForschungsZentrum Potsdam untersuchten Bereichen Europas ermittelten die Forscher mehr als 200 seismische Herdregionen. Um aus den Daten Gefährdungskarten herstellen zu können, die Aussagen über die regionale Wahrscheinlichkeit eines Bebens ermöglichen, wird schließlich im Computer die Landschaft mit einem Punktraster in Abständen von

zehn mal zehn Kilometer überzogen.

Ähnlich wie Klimaforscher, die mit Hochleistungsrechnern zahlreiche Wechselwirkungen zwischen der Atmosphäre, dem Land und den Ozeanen modellieren, müssen die Seismologen die Einflüsse der Herdregionen zu jedem einzelnen Rasterpunkt kalkulieren, denn auch weit entfernte Erdstöße können durch unterschiedliche Dämpfungen des Bodens mitunter noch in großen Entfernungen deutliche Auswirkungen zeigen.

Das Ergebnis der mühsamen Forscherarbeit sind dann regionale Karten, die angeben, mit welchen Bebenintensitäten in einer Region in einem bestimmten Zeitraum zu rechnen ist. Als ein Gefährdungsniveau werten die Forscher dabei die Wahrscheinlichkeit des Auftretens oder Überschreitens von Erschütterungsstärken von zehn Prozent in 50 Jahren.

Für den deutschen Raum zeigt die bereits weitgehend abgeschlossene Auswertung ein erhöhtes Bebenrisiko in der Niederrheinischen Bucht bei Aachen, im südlichen Teil des Oberrheinalgrabens sowie auf der Schwäbischen Alb. Vor Erdbeben nahezu sicher ist man in Europa vor allem im Norden Deutschlands, in Teilen Niedersachsens, Mecklenburg-Vorpommerns und in Schleswig-Holstein.

Die größten Gefahrenrisiken durch Erdbeben innerhalb von Mitteleuropa drohen dagegen in den Alpenländern. Kaum Auswirkungen auf Deutschland haben die Bebenherde in Südkandinavien. Sie sind wahrscheinlich die Folge des Rückzugs der Eiszeitgletscher vor rund 20 000 Jahren.





# Viel Sicherheit für wenig Geld

### Rauchmelder können Leben retten

Es ist schon seltsam: In jedem größeren Betrieb ist die Installation von Brandmeldesystemen selbstverständlich, im Wohnbereich in der Bundesrepublik ist sie jedoch noch weitgehend unbekannt. Angesichts der Tatsache, daß durch Brände (besonders jene, die in der Nacht ausbrechen) im Wohnbereich jährlich mehrere tausend Menschen zu Schaden kommen und die Volkswirtschaft mehrere Milliarden Mark aufwenden muß, ist das weit verbreitete Fehlen von Rauchmeldern in diesem Bereich völlig unverständlich.

In anderen Ländern hingegen, z.B. in England und Norwegen, sind Rauchmelder in fast allen Haushalten montiert. In einigen Ländern ist die Installation von Rauchmeldern in Privatwohnungen und Häusern sogar behördlich vorgeschrieben. In diesen Ländern führte die vermehrte Installation von Rauchmeldern im Privatbereich zu einem dramatischen Absinken der Zahl der Todesopfer und Verletzten.

Es kann nicht bestritten werden, daß sich die Bauordnungen in Deutschland von jenen anderer Länder unterscheiden, in denen Rauchmelder vorgeschrieben sind. Tatsache ist aber, daß der Rauch die größte Gefahr bei einem Brand im Privatbereich darstellt.

Denn anglo-amerikanischer Rauch unterscheidet sich nicht von deutschem Rauch. Überall gibt es ungefähr das gleiche Mobiliar, die gleichen Vorhänge, die gleiche Verkabelung usw. Es ist der Rauch, der für die Menschen am gefährlichsten ist, da bekanntlich die Mehrheit der Todesopfer und Verletzten im Brandfall eine



Rauchmelder lassen sich schnell und einfach installieren.

Rauchgasvergiftung erleidet. Durch den Rauch ist man nicht mehr in der Lage, sich und seine Familie rechtzeitig retten zu können.

Die Rauchmelder, die auf dem deutschen Markt für den Privatbereich angeboten werden, funktionieren nach dem Streulichtprinzip (enthalten also keine Radioaktivität). Es gibt zwar auch Ionisationsrauchmelder für Wohnungen und Häuser, diese werden aber in Deutschland aufgrund gesetzlicher Entsorgungsbestimmungen nicht angeboten. Die Installation von optischen Rauchmeldern wird umso mehr auch von Feuerwehren und Feuerversicherungen bevorzugt.

#### Welche Normen gibt es?

Es gibt innerhalb der EU keine einheitliche Norm. Eine Norm wird derzeit ausgearbeitet, sie tritt voraussichtlich Ende des Jahres in Kraft. Die Briten, die sich sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, haben ihre eigene Norm (BS 5446 Teil 1 1990). Der Markt in England für

Rauchmelder für den Wohnbereich umfaßt jährlich einige Millionen Stück, die BS-5446-Norm wird von diversen Behörden mancher EU-Länder als eine gute Basis akzeptiert.

Die qualitativ hochwertigen Rauchmelder, die auf dem deutschen Markt angeboten werden, entsprechen mindestens der britischen Norm. Außerdem müssen die Rauchmelder das CE-Zeichen tragen.

Andere Genehmigungen hängen von der Bauart ab. Für die 9 Volt batteriebetriebenen optischen Rauchmelder ist ein GS-Seichen üblich. Da der Markt für die anderen Typen nicht so verbreitet ist, ist eine deutsche Genehmigung für die 12-Volt- und 230-Volt-Rauchmelder nicht üblich. Für diese Geräte ist auch die britische Norm ein guter Qualitätsmaßstab.

#### Wie funktioniert so etwas?

Die Rauchmelder, die nach dem Streulichtprinzip funktionieren, sind vom technischen Aufbau her alle sehr ähnlich. Im Prinzip befinden sich in

der Rauchkammer eine Lichtquelle und ein Lichtempfänger. Das Licht wird nach oben gestreut und, falls Rauch vorhanden ist, wird das Licht, das reflektiert wird, vom Lichtempfänger wahrgenommen - dadurch wird ein lauter Alarm (85dB) ausgelöst.

9-Volt-Rauchmelder werden mit einer Batterie, einer Gebrauchsanleitung, Schrauben und Dübeln geliefert. Die Geräte sind zur Selbstmontage bestimmt und können problemlos nachträglich montiert werden. Empfehlenswerte Rauchmelder warnen vor einem notwendigen Batteriewechsel. Normalerweise piepst das Gerät 30 Tage lang einmal pro Minute, wenn die Batterie ausgetauscht werden muß. Einige 9-Volt-Rauchmelder werden, um die Verlässlichkeit des Gerätes zu erhöhen, mit einem Batteriestecker ausgestattet, damit ein Verpolen der Batterie nicht möglich ist. Außerdem gibt es Produkte mit einer Schutzeinrichtung, die verhindert, daß das Gerät ohne Batterie verschlossen werden kann. Alle guten Rauchmelder haben einen eingebauten Prüfkopf, der die Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Gerätes erleichtert.

Die Netzanschlußgeräte der Markenhersteller sollten zumindest eine BS-415-Genehmigung haben. Diese britische Norm beinhaltet die Bestimmungen über die elektrische Sicherheit des Produktes. Außerdem sollten die 230-Volt-Rauch- bzw. -Wärmemelder immer mit einer Art Notstromversorgung versehen werden. In den nach dem neuesten Stand der Technik ausgestatteten Geräten wird die Notstromversorgung durch aufladbare Lithiumzellen gewährleistet. Die 230-Volt-Rauchmelder sind auch mit einem Prüfkopf ausgestattet und haben außerdem eine LED, welche die Funktionsfähigkeit anzeigt.

Die 230-Volt-Rauchmelder werden aufgrund der unter-

schiedlichen Bauweisen in den meisten Ländern nur in Neubauten installiert. Damit eine eigene Leitung für die Rauchmelder vorhanden ist, sollten die Melder schon bei der Planung des Wohnhauses berücksichtigt werden. Natürlich sollten die Geräte nur von Fachpersonal installiert werden.

Die Installation von 230-Volt-Rauchmelder stellt einen wichtigen Beitrag zur Brandsicherheit in einer neuen Wohnhausanlage dar. Die zusätzlichen Kosten, die durch die Installationen entstehen, sind im Vergleich zu den Gesamtbaukosten minimal und für die Bauträger ein zusätzliches, Verkaufsargument.

12-Volt-Rauchmelder, die an Alarmanlagen angeschlossen werden, sind auch in der Bundesrepublik Mangelware. In England ist es üblich, an eine Alarmanlage für das Haus bzw. die Wohnung auch 12-Volt-Rauchmelder anzuhängen, damit die Sicherheit der Bewohner auch im Brandfall gewährleistet wird. Die 12-Volt-Rauchmelder werden normalerweise mit einer Relaisfunktion geliefert. Da die Produkte eine sinnvolle Ergänzung zu einer normalen Alarmanlage darstellen, sind sie für die Errichterfirmen, die Alarmanlagen installieren, besonders interessant.

## Tandembetrieb möglich?

Bessere Wohnungsrauchmelder bieten die Möglichkeit des sogenannten Tandembetriebs. Um eine größere Wohnfläche zu schützen, können durch eine einfache Verkabelung mehrere, normalerweise bis zu zwölf, Geräte aneinander angeschlossen werden. Sobald nur ein einziger der Sensoren Rauch erfaßt, ertönt der Alarm aus allen angeschlossenen Geräten.

## Schutz auch für Gehörlose?

Es gibt Rauchmeldersysteme für Gehörlose, die auch

ans Netz angeschlossen werden. Das System besteht aus einer Zentrale mit einem eingebauten Blitzlicht, einem oder mehreren Rauch- bzw. Wärmemeldern und einem Vibrationsgeber, der unter das Kopfpolster gelegt wird.

## Wieviele Rauchmelder?

Es ist ratsam, in einer Wohnung mindestens einen Rauchmelder zu installieren, und zwar im Flurbereich, um die Schlafzimmern zu schützen. In einem Haus empfiehlt es sich, mindestens einen Rauchmelder pro Stockwerk anzubringen. Die Installation eines Rauchmelders im Kinderzimmer wird auch von den Feuerwehren die sich mit dem Thema Brandschutzerziehung intensiv befassen, besonders empfohlen. Es ist auch wichtig, daß in der Küche kein Rauchmelder montiert wird, da Fehlalarme durch Wasserdampf ausgelöst werden können. In besonders staubigen Räumen ist ebenfalls von der Montage eines Rauchmelders abzusehen. In diesen Räumen sollten Wärmemeldern im Tandembetrieb mit einem Rauchmelder außerhalb des Zimmers montiert werden.

## Was kosten die Geräte?

Die 9-Volt-Rauchmelder der Markenhersteller kosten den Endverbraucher in Deutschland weniger als DM 100. 12-Volt- und 230-Volt-Produkte kosten je nach Ausführung ca. DM 150. Mit anderen Worten: Viel Sicherheit für wenig Geld.

*Dipl.-Ing. Paul O'Donohoe  
Marketing Manager  
des irischen  
Rauchmelderherstellers  
EI Company Ltd.  
Büro Düsseldorf  
Telefon (0211) 890 3296  
Fax (0211) 890 3999*

## Verteilung ist Ländersache

### „Platzhalter“ zur Vermeidung von Lücken im Fahrzeugbestand des Katastrophenschutzes

Mit der Neukonzeption des Katastrophenschutzes haben sich gegenüber dem alten System des erweiterten Katastrophenschutzes zahlreiche Änderungen ergeben. So fällt vor allem die Reduzierung auf nunmehr neun verschiedene Fahrzeugtypen ins Auge:

- LF 16-TS
- SW 2000-Tr
- ABC-ErkKW
- Dekon-LKW P bzw. G
- ArztTrKW
- KTW
- BtLKW
- FKH
- BtKombi

Grundgedanke der Neukonzeption ist der möglichst weitgehende Verzicht des Bundes auf Vorgaben. So ist das ehemalige Instandhaltungssystem des KatS mit eigenen Zentralwerkstätten aufgegeben worden. Ersatzbeschaffungen von einzelnen Ausstattungsgegenständen werden soweit wie möglich dezentral erfolgen. Auch die früheren Spezifikationen bezüglich Bekleidung der KatS-Helfer wurden weitgehend aufgegeben. Die Bekleidung richtet sich jetzt nach dem Standard der jeweiligen Trägerorganisation.

Dadurch soll vor allem die Integration der Bundesfahrzeuge in vorhandene friedensmäßige Einheiten erleichtert werden. Daneben wird das Verwaltungsverfahren vereinfacht. Damit verbunden ist der Verzicht auf eigenständige Bundeseinheiten. Durch Ausstattung aller neuen Katastrophenschutz-Fahrzeuge mit Funkgeräten wird die Voraussetzung für den direkten Kon-

takt zur Leitstelle gegeben. Ein flexibler Einsatz der einzelnen Fahrzeuge ist dadurch möglich.

Die Umstellung des Systems sollte in der Art erfolgen, daß von den vorhandenen Fahrzeugen der im Neukonzept benötigten Typen die jeweils neuesten in den einzelnen Ländern auf die neue Stärke angerechnet werden und im Bundesbestand verbleiben. Erklärtes Ziel des Bundesministeriums des Innern war es, keinem Land Fahrzeuge zu entziehen. Daher fand grundsätzlich keine länderübergreifende Umverteilung statt. Daneben wurde den Ländern die Möglichkeit gegeben, die überzähligen Fahrzeuge kostenlos zu übernehmen und auf eigene Kosten weiter zu betreiben.

Eine strikte Anrechnung der vorhandenen Fahrzeuge der jeweiligen Art hätte jedoch für die bundesseitig vorzuhaltende neue Stärke erhebliche Fahrzeugfehlbestände zur Folge gehabt. Diese Lücken hätten bei der angespannten Finanzlage auf absehbare Zeit nicht geschlossen werden können.

Daher wurde die sogenannte „Platzhalter-Regelung“ getroffen: Überhangfahrzeuge anderer Typen werden auf die offenen Positionen des Neukonzepts angerechnet und vom Bund finanziert.

Anfänglich als Übergangslösung bis zur Auslieferung der neuen originären Fahrzeuge gedacht, wurde inzwischen aus praktischen Gründen festgelegt, daß die „Platzhalter“ bis zur Aussonderung im Bestand bleiben. Darüber hinaus ist der Kreis der als „Platzhalter“ in Frage kommenden Fahrzeuge

über das ursprünglich ange-dachte Maß hinaus erweitert worden.

In der Tabelle sind „Platzhalter“ und originäre Position zusammengefaßt.

„Platzhalter“	originäre Position
überzählige LF 16-TS	SW 2000-Tr
SanGrKW	ABC-ErkKW
FüKW	ABC-ErkKW
FuKW	ABC-ErkKW
überzählige ArztTrKW	BtLKW
überzählige KTW	BtLKW
SanGrKW	BtKombi

Während einige dieser „Platzhalter“ gut geeignet sind, die neue Aufgabe zu erfüllen (z.B. SanGrKW als BtKombi), können andere die neue Funktion eingeschränkt (ArztTrKW als BtLKW, KTW als BtLKW) wahrnehmen.

Bei aller - auch berechtigter - Kritik an der „Platzhalter“-Regelung muß doch auch gesehen werden, daß hierdurch ein erhebliches Fahrzeugpotential durch den Bund vorgehalten und finanziert wird. Mit Ausnahme der LF 16-TS auf Position SW 2000-Tr darf allerdings bei allen „Platzhaltern“ nur die Ausstattung auf Bundeskosten gewartet und ersatzbeschafft werden, die auch auf dem originären Fahrzeug vorhanden wäre.

Die Alternative zu dieser Regelung wäre angesichts der allgemeinen Haushaltslage ein längerfristiger Fahrzeugfehlbestand des Katastrophenschutzes im Zivilschutz.

Bedingt durch den weitgehenden Verzicht des Bundes auf Vorgaben sind allein die Länder zuständig für die Verteilung der Bundesfahrzeuge auf die Standorte.

Durch den Verzicht auf eigene Bundeseinheiten, die damit verbundene Umverteilung von Fahrzeugen und die teilweise eingeschränkte Verwendbarkeit der „Platzhalter“-Fahrzeuge kann die Situation eintreten, daß ein - bedingt einsetzbares - „Platzhalter“-Fahrzeug noch bis zur Aussonderung am alten Standort verbleibt, das Ersatzfahrzeug dann aber dem neuen Standort zugewiesen wird.

## Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

### Mit Hochdruck gegen Brände

Der neue Auer/MSS Hi-Press ist ein tragbarer Hochdruck-Feuerlöscher insbesondere für den Einsatz bei Wohnungs-, Klein- und Entstehungsbränden. In Größe und Form der Kübelspritze nachempfunden, vereint der neue Löscher überlegene Wirkung und minimalen Wiederbefüllungsaufwand.

Die Löschwirkung wird durch den Einsatz von Hochdruck erreicht. Dabei wird das Löschmittel unter hohem Druck in feinste Wassertropfen zerstäubt, die durch ihre große Oberfläche Hitze besser absorbieren können als Wasser bei herkömmlichen Löschmethoden. Mit nur 0,7 l Löschmittelzusatz bei 10 l Gesamtbefüllung erfüllt das Gerät die Anforderungen nach EN 3.

Die maximale Wurfweite des stufenlos dosierbaren Löschrstrahls von 12 m ermöglicht dem Feuerwehrmann zudem einen sicheren Abstand zum Brandherd.

Die mühelose Wiederbefüllung in kürzester Zeit macht das Gerät im Ernstfall sofort erneut einsatzbereit und ermöglicht ferner eine effektive und preiswerte Durchführung von Übungen.

Auergesellschaft GmbH, Postfach 620,  
12006 Berlin, Telefon (030) 6886-0,  
Fax (030) 6886-1517



### Flexible Ölsperre

Wo immer Öl in Gewässern ausläuft, ist schnelle Hilfe gefragt. Bislang jedoch scheiterte diese Hilfe gerade in unwegsamen Gebieten allzu oft am großen Volumen und Gewicht der handelsüblichen Ölsperren. Jetzt bietet ein Hamburger Unternehmen mit „Flexi-Boom“ eine Neuentwicklung als Lösung an.

In einer 80 x 80 x 80 cm großen Abrollbox ist der 100 m lange aufblasbare Schwimmkörper untergebracht. So müssen jetzt nur zwei Personen zur Stelle sein, um die ca. 100 kg schwere Box, die in jedem Kombi-Pkw Platz findet, einzusetzen.

Dazu wird der Schwimmkörper mit Hilfe eines Kompressors und einer 12-Volt-Batterie in 30 Minuten aufgeblasen. Zur Ausbringung der Ölsperre reicht dabei ein kleines Boot wie es auf jedem Öltanker, auf einem Binnenschiff oder im Hafen zu finden ist.

Die Sperre ist an beiden Enden mit Kauschen versehen, durch die mehrere Einheiten bei Bedarf miteinander verbunden werden können. Kostenintensives Reinigen der Ölsperre entfällt, da sowohl der leuchtend orange Schwimmkörper als auch die Abroll-Box aus 100 % PE bestehen und damit umweltfreundlich verbrannt werden können.

Riensch & Held GmbH & Co.,  
Hans-Dunker-Straße 1, 21035 Hamburg,  
Telefon 040/73424-153,  
Fax 040/73424-182

### Guter Durchblick

Mit der Wärmebildkamera „Talisman“ bietet sich ein wirkungsvolles Instrument zur Früherkennung von Brandherden. Die Kamera eignet sich sowohl zum Aufspüren von versteckten Brandherden als auch zum Auffinden von Personen - selbst bei dichtem Rauch, Nebel oder Dunkelheit.

Die Kamera setzt die Wärmeenergie, die von unterschiedlich temperierten Gegenständen ausgestrahlt wird, in ein sichtbares Bild um. Dabei liefert sie durch ihre exakte Temperaturauflösung (bis zu 0,05 ° C) auch bei hohen Objekttemperaturen eine sehr gute Bildqualität - selbst bei gleichzeitigem Einsatz von Löschwasser. Ein optionales Fernthermometer ermittelt die Oberflächentemperatur und blendet diese in die Wärmebildanzüge ein.

Die handliche Kamera (Gewicht etwa 2,2 Kilogramm) ist während des Löscheinsatzes bequem mitzuführen, für eine einfache Handhabung sorgt zusätzlich die Einknopfbedienung.



Für das Anvisieren des zu untersuchenden Objekts dient ein Kameraobjektiv. Die Video-Overlay-Version (Option) ermöglicht per Knopfdruck das direkte Umschalten vom Wärmebild in ein reales Bild. Das Beobachten kann somit aus sicherer Entfernung zum Brandherd geschehen.

**Dräger Sicherheitstechnik GmbH,**  
Revalstraße 1, 23560 Lübeck,  
Telefon 049 451 8 82-21 85,  
Telefax 049 451 8 82-31 22

## Zulassung erhalten

„Firesorb MF“, der neu entwickelte Löschwasserzusatz für die Brandklasse A, hat jetzt die behördliche Zulassung unter der Nr. PL-1/98 erhalten. Damit ist der Weg frei für den Einsatz im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz.

Firesorb wird dem Löschwasser zugesetzt. Es entsteht ein Gel, das an senkrechten und waagerechten Flächen sowie an Decken haftet. So bildet es eine Barriere, die das Feuer nicht oder nur schwer überwinden kann.

Mit der Zumischung werden erhebliche Löschwassermengen eingespart. Ein Liter Wasser mit 1 - 2 % Zusatz vermischt, hat die Löschkraft von zwei Litern Wasser, dadurch erhöht sich die Löschwassermenge um das Doppelte.

Firesorb kann auch von Flugzeugen und Hubschraubern zur großflächigen Brandbekämpfung oder zur Verhinderung der Brandausbreitung, beispielsweise bei Industrie-, Wald- und Steppenbränden eingesetzt werden.

**GSB, Günter Kolb, Leipziger Str. 21,**  
92318 Neumarkt, Telefon (09181) 48690,  
Fax (09181) 486799

## Neues Einsatzboot

Das neue Einsatzboot der Feuerwehr Chieming ist 7,50 m lang. Das Aluminiumboot hat eine Breite von 2,45 m bei



einem Einsatzgewicht von ca. 2,0 to.

Das von der Firma Reich in Roßtal hergestellte Boot wurde mit einem MerCruiser V 8 Magnum und einem Castoldi-Jet Mod. 06 ausgestattet und erreicht damit eine Geschwindigkeit von über 75 km/h. Damit ist es der Feuerwehr möglich, in kürzester Zeit ihren Einsatzort zu erreichen.

Da auf dem Chiemsee sehr oft mit starkem Wellengang zu rechnen ist, wurde speziell auf die Rauhwassereigenschaft des Bootes Wert gelegt. Für die Bedürfnisse der Feuerwehr ist das Boot mit einer Halterung für die TS 8/8, einen Löschwasseransaugstutzen und Halterungen für B-Strahlrohre ausgestattet.

Auch auf den Umweltschutz wurde großer Wert gelegt. Der mit einer Einspritzanlage ausgestattete Motor ist umweltfreundlich, darüberhinaus wurden der Motor und der Jet-Antrieb speziell abgedichtet und mit biologisch abbaubarem Öl gefüllt.

**Josef Reich GmbH, Jahnstraße 6,**  
90574 Roßtal, Telefon (09127) 92 42,  
Fax (09127) 56 61

## Erkennt auch Brandgase

Der neue Mehrsensoren-Brandmelder „Magic.Sens“ kann neben Rauch und Hitze auch Brandgase erkennen. Die dabei eingesetzte Gasdetektion ist ein sehr aussagefähiges Entscheidungskriterium, das die

Ansprechempfindlichkeit und Funktionssicherheit eines Melders wesentlich erhöht. Mit diesem Verfahren erfolgt die Branddetektion schneller und zuverlässiger als bei herkömmlichen Meldern.

Der neue Melder kombiniert die Gasdetektion mit bekannten Sensortechniken wie Temperatur-(Differential-/Maximalwert) und Streulichtmessung sowie mit einem neuen Auswertalgorithmus. Diese Technik verringert die Zahl der Täuschungsalarme wesentlich und verhindert kostenintensive Fehleinsätze.

**Robert Bosch GmbH, Postfach 10 60 50,**  
70049 Stuttgart,  
Telefon (0 71 91)13-23 51,  
Telefax (0 71 91)13-44 44



## Neue Leiter für Wiesbaden

Die Feuerwehrgerätefabrik Albert Ziegler in Giengen/Brenz hat in der Weiterentwicklung wendiger Hubrettungsfahrzeuge einen großen Schritt getan. Die neue Dreh-



leiter DLK 23-12 von Ziegler/Camiva weist einen Wendekreis von nur 14,1 m auf – ein Wert, der von keinem anderen Hersteller erreicht wird. Ausgeliefert wurde das Fahrzeug an die Berufsfeuerwehr der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.

Gerade bei der Menschenrettung kommt es oft auf Sekunden an. Ein so wichtiges Fahrzeug wie die Drehleiter muß daher schnell die Einsatzstelle erreichen können, selbst wenn die Zufahrten eng und verwinkelt sind. Um zeitaufwendige Fahr- und Rangiermanöver abzukürzen, ist eine lenkbare Hinterachse hilfreich.

Der Einschlagwinkel der Hinterachse verstärkt bei Kurvenfahrten bis 30 km/h die Lenkwirkung und verringert damit den Wendekreis bei Vor- und Rückwärtsfahrt. Eine zum Lenkeinschlag der Vorderachse gegenläufige Einstellung der Hinterachse, die dem Fahrzeug beim Rangieren den sogenannten „Hundegang“ ermöglicht, ist ebenfalls wählbar.

Für die neue DLK dient als Basis ein Fahrgestell von Mercedes-Benz, Typ 1524 mit 4190 mm Radstand. Die Fahrzeugbreite beträgt nur 2,38 m, die Länge liegt ohne Haspel bei 9,69 m.

Im Fahrzeug ist ein Generator mit einer Leistung von 7,2 kVA eingebaut, der sowohl vom Hauptsteuerstand als auch vom Korbsteuerstand aus zugeschaltet werden kann. Ein zusätzlicher Viertakt-Motor mit Hydraulikaggregat für den

Notbetrieb der Leiter bietet doppelte Sicherheit.

Die BF Wiesbaden hat mit ihrer neuen Drehleiter jetzt ein Fahrzeug erhalten, das auch schwierigen Situationen im fließenden wie im ruhenden Verkehr gewachsen ist. Die bisherigen Erfahrungen führten dazu, daß eine weitere Leiter mit Hinterachslenkung bei der Firma Albert Ziegler in Auftrag gegeben wurde.

A. Ziegler GmbH & Co. KG, Postfach 1680, 89531 Giengen/Brenz

## „Fighters for Life“

So packend war Echtzeitstrategie noch nie: Man schlüpft in die Rolle des Einsatzleiters der Leitstelle von Feuerwehr und Polizei. Die „Karriere“ beginnt mit nur wenigen Einsatzfahrzeugen und Aufgaben, doch schon bald heißt es, um das Überleben zahlreicher Unfallopfer kämpfen müssen. Wie bei echten Notfällen fordert das Spiel ein Höchstmaß an Konzentration und Flexibilität, um schnell und erfolgreich alle Verletzten zu retten. Es sind 30 gefährliche Missionen, beispielsweise Orkane, Terroranschläge, Flugzeugabstürze und vieles mehr, zu bewältigen. Mit wachsendem Erfolg wird das Netz der Rettungsbasen ausgebaut und der Fuhrpark vergrößert.

Systemvoraussetzungen (Minimalkonfiguration): IBM-kompatibles System mit Pentium-Prozessor 120 MHz Takt-

frequenz, 16 MB RAM, Betriebssystem Microsoft Windows 95, SGVA-Grafikkarte, CD-ROM-Laufwerk mit 4-facher Geschwindigkeit (Original-CD-ROM muß während des Spiels in das Laufwerk eingelegt sein), Maus, 150 MB freie Festplattenkapazität.

Empfohlene Systemkonfiguration: IBM-kompatibles System mit Pentium-Prozessor 200 MHz Taktfrequenz, 16 MB RAM, Betriebssystem Microsoft Windows 95, SGVA-Grafikkarte, CD-ROM-Laufwerk mit 8-facher Geschwindigkeit (Original-CD-ROM muß während des Spiels in das Laufwerk eingelegt sein), Maus, 150 MB freie Festplattenkapazität, Sound-Blaster, kompatible Soundkarte. Um die Musik in CD-Qualität abspielen zu können, muß die Soundkarte an den CD-ROM-Controller angeschlossen sein.

Versandhaus des Deutschen  
Feuerwehrverbandes GmbH,  
53154 Bonn, Postfach 240125,  
Tel. 0228 95350-0, Fax 0228 9 5350-90

## Schnell einsatzbereit

Ein von der Firma Vetter gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Köln entwickeltes neues Dekontaminierungs-Zelt mit einer Grundfläche von 20 m<sup>2</sup> ist in kürzester Zeit einsatzbereit. Neben der integrierten Dusche mit pneumatischem Grundgerüst und Doppelwanne verfügt es über mehrere Modifikationen.

Optional kann das Zelt mit seitlichen Wülsten aufgerüstet werden, die mit Wasser befüllt oder mit einem Fahrzeug befahren werden können und somit bis zu einer mittleren Windbelastung eine Seilverspannung (problematisch bei extrem weichem oder hartem Untergrund) überflüssig machen.

Manfred Vetter GmbH & Company,  
Blatzheimer Str. 10-12, 53909 Zülpich,  
Fax 02252 / 300870

# Neues Konzept in Kraft

## Neuregelung der ergänzenden Zivilschutzausbildung

Von Klaus Preis, Bundesamt für Zivilschutz

Mit der Neuordnung des Zivilschutzes hat der Bund auch die Rahmenbedingungen für den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren, die in einem möglichen Verteidigungsfalle drohen, neu formuliert. Das Zivilschutzneuordnungsgesetz (ZSNeuOG), das am 4. April 1997 in Kraft getreten ist, regelt in Artikel 1 (Zivilschutzgesetz) unter anderem auch die Einbeziehung des Katastrophenschutzes und die Ausbildung der dort tätigen Helferinnen und Helfer im Hinblick auf den Verteidigungsfall.

Gemäß Paragraph 11 Abs. 1 Zivilschutzgesetz (ZSG) nehmen die nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen auch die Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren, die im Verteidigungsfalle drohen, wahr. Zur Erfüllung dieser Aufgaben finanziert der Bund unter anderem eine ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung. In Abstimmung mit den Ländern, den Feuerwehren und den beteiligten Hilfsorganisationen hat der Bund dazu ein „Ausbildungs- und Finanzierungskonzept“ erarbeitet, das mit Erlaß des Bundesministeriums des Innern zum 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt wurde.

### Ausbildungsarten

Die ergänzende Zivilschutzausbildung umfaßt im einzelnen die

- allgemeine Zivilschutzausbildung der Helfer,
- zivilschutzbezogene Fachausbildung der Helfer der Auf-

gabenbereiche Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung,

- Zivilschutzausbildung aller Unterführeranwärter,
- Zivilschutzausbildung aller Führeranwärter,
- Zivilschutzausbildung der Führungskräfte im Aufgabenbereich ABC-Schutz,
- Ausbildung von Helfern in Spezialfunktionen, wie
  - Sprechfunker,
  - Maschinisten,
  - Feldköche,
  - Atemschutzgeräteträger,
  - Kraftfahrer (Führerschein-erweiterung),
- zivilschutzbezogene Einweisung von Lehrkräften der Landesfeuerwehrschulen und Schulen der privaten Hilfsorganisationen,
- zivilschutzbezogene Übungen oberhalb der Standortebene.

### Ausbildungsebenen

Der qualitative Ausbildungsbedarf baut in der Regel auf einer vollständigen friedensmäßigen Ausbildung auf, die von den öffentlichen Feuerwehren, privaten Hilfsorganisationen und sonstigen Trägern des Katastrophenschutzes am Standort und an den Schulen der Träger vermittelt wird. In der Umsetzung wird die zivilschutzbezogene Ausbildung grundsätzlich in die friedensmäßige Ausbildung integriert.

Auf Standortebene werden durchgeführt die

- allgemeine Zivilschutzausbildung der Helfer,
- zivilschutzbezogene Fachausbildung der Helfer der Aufgabenbereiche Brandschutz,

ABC-Schutz (teilweise), Sanitätswesen und Betreuung,

- Zivilschutzausbildung aller Unterführeranwärter,
- Zivilschutzausbildung aller Führeranwärter,
- Ausbildung von Helfern in Spezialfunktionen, wie
  - Sprechfunker,
  - Maschinisten (teilweise),
  - Atemschutzgeräteträger (teilweise),
  - Kraftfahrer (Führerschein-erweiterung).

Die Ausbildung auf Standortebene erfolgt grundsätzlich innerhalb der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nach Landesrecht und wird dort in der Regel durch die ehrenamtlichen Unterführer und Führer wahrgenommen.

An Landesfeuerwehrschulen und Schulen der privaten Hilfsorganisationen werden durchgeführt die

- zivilschutzbezogene Fachausbildung der Helfer des Aufgabenbereiches ABC-Schutz (teilweise),
- Zivilschutzausbildung der Unterführeranwärter,
- Zivilschutzausbildung der Führeranwärter,
- Ausbildung von Helfern in Spezialfunktionen, wie
  - Maschinisten (teilweise),
  - Atemschutzgeräteträger in den Aufgabenbereichen Brandschutz und ABC-Schutz (teilweise),
  - Feldköche.

Die zivilschutzbezogene Einweisung der Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen und Schulen der privaten Hilfsorganisationen findet an der Akademie für Notfallplanung

und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz (AkNZ) statt.

Ebenso erhalten Führungskräfte im Aufgabenbereich ABC-Schutz eine Zivilschutz-ausbildung an der AkNZ. Der AkNZ obliegt ferner die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals sowie die Ausbildung der Führungskräfte des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben.

## **Ausbildungsarten im einzelnen**

### *Allgemeine Zivilschutz- ausbildung der Helfer*

Diese Ausbildung richtet sich gemäß § 11 Abs. 1 (ZSG) an die Helfer der nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen. Ziel dieser Ausbildung ist, daß alle Helfer ergänzend zu ihrer friedensmäßigen Ausbildung die rechtlichen Grundlagen und Besonderheiten eines Einsatzes im Verteidigungsfall kennen sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren und Schäden im Verteidigungsfall durchführen können. Die Ausbildung wird in die friedensmäßige Ausbildung am Standort integriert.

### *Zivilschutzbezogene Fachausbildung*

Diese richtet sich an Helfer, die für eine Verwendung in den Aufgabenbereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung vorgesehen sind.

### *Zivilschutzausbildung der Unterführeranwärter und Führeranwärter*

Helfer, die als Unterführer oder Führer vorgesehen sind, werden für ihre Funktion als Ausbilder und Vorgesetzte ausgebildet. Insbesondere erstreckt sich die Ausbildung auf die Fähigkeit, die Teileinheiten bzw. Einheiten auch unter den besonderen Einsatzbedingun-

gen des Verteidigungsfalles führen zu können.

Die Ausbildung findet an den Landesfeuerwehrschulen und den Schulen der privaten Hilfsorganisationen statt. Die Ausbildung der Führungskräfte im Aufgabenbereich ABC-Schutz wird auf Bundesebene an der AkNZ durchgeführt.

### *Ausbildung von Helfern in Spezialfunktionen auf den Bundesfahrzeugen*

Die Ausbildung von Helfern in Spezialfunktionen richtet sich an Helfer, die in einer Spezialfunktion auf den vom Bund zur Verfügung gestellten Fahrzeugen eingesetzt werden sollen:

- Sprechfunker

Helfer, die als Sprechfunker an den vom Bund zur Verfügung gestellten Fahrzeugen vorgesehen sind, sollen die Sprechfunkgeräte in Aufbau und Funktion kennenlernen, die Grundlagen der Funktechnik beherrschen und im Rahmen ihrer Teileinheiten den Sprechfunkverkehr abwickeln können. Die Ausbildung findet am Standort statt.

- Maschinisten

Die für diese Funktion vorgesehenen Helfer sollen die vom Bund zur Verfügung gestellten Fahrzeuge und deren Ausstattung sicher bedienen und pflegen können. Dazu gehören Kenntnisse über die verschiedenen Arbeitsweisen von Verbrennungsmotoren ebenso wie der praktische Umgang mit kraftbetriebenen Geräten. Die Ausbildung wird überwiegend überörtlich, aber auch an Landesfeuerwehrschulen durchgeführt.

- Feldköche

Die Helfer, die als Feldkoch vorgesehen sind, werden für die Zubereitung der erforderlichen Verpflegung zur Versorgung bedürftiger Personen an den vom Bund zur Verfügung

gestellten Feldkochherden ausgebildet. Die Ausbildung wird in der Regel an Schulen der privaten Hilfsorganisationen durchgeführt.

- Atemschutzgeräteträger

Helfer der Aufgabenbereiche Brandschutz und ABC-Schutz, die als Atemschutzgeräteträger vorgesehen sind, werden überwiegend überörtlich, aber auch an den Landesfeuerwehrschulen, für diese Funktion ausgebildet. Neben der Vermittlung theoretischer Inhalte beinhaltet die praktische Ausbildung das Tragen von Atemschutzgeräten unter erschwerten Einsatzbedingungen.

- Kraftfahrer  
(Führerscheinweiterung)

Helfer, die als Kraftfahrer an den vom Bund zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeugen vorgesehen sind, erhalten unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausbildung zur Führerscheinweiterung von der Fahrerlaubnisklasse 3 (alt) bzw. B (neu) auf die Fahrerlaubnisklassen 2 bzw. C1/C1E/C. Die Ausbildung erfolgt am Standort an privaten Fahrschulen.

Nähere Einzelheiten können dem Feinkonzept „Ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nach Landesrecht“ vom 20. März 1998 entnommen werden.

Das Feinkonzept kann beim

*Bundesamt für Zivilschutz  
Referat Information  
der Bevölkerung,  
Öffentlichkeitsarbeit  
Deutschherrenstraße 93-95  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 940 - 0*

angefordert werden.



Bundesamt für Zivilschutz

Referat Information -  
Öffentlichkeitsarbeit

Deutschherrenstraße 93

53177 Bonn

Bitte im  
Fensterbriefumschlag  
absenden oder  
per Fax übermitteln:  
02 28 / 940 29 81

INFO-SERVICE

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Bände an meine Anschrift:

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Folgende Bände  
sind lieferbar:

Band 10:  
Wolf R. Dombrowsky  
**Bürgerkonzeptionierter  
Zivil- und Katastrophenschutz**  
Das Konzept einer Planungszelle Zivil- und Katastrophenschutz  
1992, 79 Seiten, Broschur

Band 11:  
**Beiträge zur Katastrophenmedizin**  
I.1 L. Schweiberer et al.:  
*Korrelation biochemischer und klinischer Parameter mit dem morphologischen Verletzungsmuster bei schweren Mehrfachverletzungen als Grundlage der kausalen Therapie*  
I.2 M. Siebeck et al.:  
*Sekundäres Organversagen im Tierversuch- Zusammenfassender Bericht*  
II. Karlheinz Schmidt et al.:  
*Liposomale Wirkstoffsysteme in der Behandlung des progressiven Lungenversagens*

III. Horst Finger:  
*Untersuchungen zur Steigerung der unspezifischen Resistenz gegenüber bakteriellen Krankheitserregern unter besonderer Berücksichtigung von hochresistenten Bakterien*  
1993, 135 Seiten, Broschur

Band 12:  
**Biologische Dosimetrie**  
I. H. Mönig, Wolfgang Pohlitz, Ernst Ludwig Sattler:  
*Einleitung: Dosisabschätzung mit Hilfe der Biologischen Dosimetrie*  
II. Hans Joachim Egner et al.:  
*Ermittlung der Strahlenexposition aus Messungen an Retikulozyten*  
III. Hans Mönig, Gerhard Konermann:  
*Strahlenbedingte Änderung der Chemilumineszenz von Granulozyten als biologischer Dosisindikator*  
IV. Paul Bidon et al.:  
*Zellmembranänderungen als biologische Dosisindikatoren. Strahleninduzierte Membranänderung im subletalen*

*Bereich. Immunbindungsreaktionen an Lymphozyten*  
1993, 206 Seiten, Broschur

Band 13:  
H. Mönig, W. Oehlert, M. Oehlert, G. Konermann  
*Modifikation der Strahlenwirkung und ihre Folgen für die Leber*  
1993, 90 Seiten, Broschur

Band 14:  
**Beiträge zu Strahlenschäden und Strahlenkrankheiten**  
I. H. Schüßler:  
*Strahleninduzierte Veränderungen an Säugetierzellen als Basis für die somatischen Strahlenschäden*  
II. K. H. von Wangenheim, H.-P. Peterson, L.E. Feinendegen:  
*Hämopoieseschaden, Therapieeffekte und Erholung*  
III. T.M. Fliedner, W. Nothdurft:  
*Präklinische Untersuchungen zur Beschleunigung der Erholungsvorgänge in der Blutzellbildung nach Strahleneinwirkung*

kung durch Beeinflussung von Regulationsmechanismen  
IV. G. B. Gerber:  
*Radionuklid Transfer*  
1993, 268 Seiten, Broschur

❑ Band 15:  
**Beiträge zur dezentralen Trinkwasserversorgung in Notfällen**  
Teil II: Klaus Haberer und Monika Drews  
1. Einfache organische Analysenmethoden  
2. Einfache Aufbereitungsverfahren  
1993, 144 Seiten, Broschur

❑ Band 16:  
F.E. Müller, W. König, M. Köller  
**Einfluß von Lipidmediatoren auf die Pathophysiologie der Verbrennungskrankheit**  
1993, 42 Seiten, Broschur

❑ Band 17:  
**41. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**  
Vorträge  
1996, 197 Seiten, Broschur

❑ Band 18:  
L. Clausen, W. R. Dombrowsky, R. L. F. Strangmeier  
**Deutsche Regelsysteme Vernetzungen und Integrationsdefizite bei der Erstellung des öffentlichen Gutes Zivil- und Katastrophenschutz in Europa**  
1996, 130 Seiten, Broschur

❑ Band 19:  
**Radioaktive Strahlungen**  
I. B. Kromer unter Mitarbeit von K. O. Münnich, W. Weiss und M. Zähringer:  
*Nuklidspezifische Kontaminationserfassung*  
II. G. Hehn:  
*Datenaufbereitung für den Notfallschutz*  
1996, 164 Seiten, Broschur

❑ Band 20:  
**Arbeiten aus dem Fachauschuß V**  
I. D. Henschler:  
*Langzeitwirkungen phosphororganischer Verbindungen*

II. H. Becht:  
*Die zellvermittelte typübergreifende Immunantwort nach Infektion mit dem Influenzavirus*  
III. F. Hoffmann, F. Vetterlein, G. Schmidt:  
*Die Bedeutung vasculärer Reaktionen beim akuten Nierenversagen nach großen Weichteilverletzungen (Crush-Niere)*  
1996, 127 Seiten, Broschur

❑ Band 21:  
**Arbeiten aus dem Fachauschuß III: Strahlenwirkungen - Diagnostik und Therapie**  
1996, 135 Seiten, Broschur

❑ Band 22:  
Beowulf Gloebel, Christiane Graf  
**Inkorporationsverminderung für radioaktive Stoffe im Katastrophenfall**  
1996, 206 Seiten, Broschur

❑ Band 23:  
Klaus Haberer, Uta Böttcher  
**Das Verhalten von Umweltschadstoffen in Boden und Grundwasser**  
1996, 235 Seiten, Broschur

❑ Band 24:  
**42. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**  
Vorträge  
1996, 205 Seiten, Broschur

❑ Band 25:  
Klaus Buff, Helmut Greim  
**Abschätzung der gesundheitlichen Folgen von Großbränden**  
*Literaturstudie Teilbereich Toxikologie*  
1997, 138 Seiten, Broschur

❑ Band 26:  
**43. und 44. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**  
Vorträge  
1997, 326 Seiten, Broschur

❑ Band 27:  
Georg Ruhrmann, Matthias Kohring  
**Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen**

*Informationspolitik und Akzeptanz*  
1996, 207 Seiten, Broschur

❑ Band 28:  
Ronald Zech  
**Wirkungen von Organophosphaten**  
1997, 110 Seiten, Broschur

❑ Band 29:  
D. Hesel, H. Kopp und U. Roller  
**Erfahrungen aus Abwehrmaßnahmen bei chemischen Unfällen**  
1997, 152 Seiten, Broschur

❑ Band 30:  
Gerhard Matz  
**Untersuchung der Praxisanforderung an die Analytik bei der Bekämpfung großer Chemieunfälle**  
1998, 192 Seiten, Broschur

❑ Band 31:  
G. Schallehn und H. Brandis  
**Beiträge zur Isolierung und Identifizierung von Clostridium sp. und Bacillus sp. sowie zum Nachweis deren Toxine**  
1998, 80 Seiten, Broschur

❑ Band 32:  
Günther Müller  
**Kriterien für Evakuierungsempfehlungen bei Chemikalienfreisetzungen**  
1998, 244 Seiten + Faltkarte, Broschur

❑ Band 33:  
J. Bernhardt, J. Haus, G. Hermann, G. Lasnitschka, G. Mahr, A. Scharmann  
**Laserspektrometrischer Nachweis von Strontiumnukliden**  
1998, 128 Seiten, Broschur

❑ Band 36:  
M. Weiss, B. Fischer, U. Plappert und T. M. Fliedner  
**Biologische Indikatoren für die Beurteilung multifaktorieller Beanspruchung**  
*Experimentelle, klinische und systemtechnische Untersuchung*  
1998, 104 Seiten, Broschur

# AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-  
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE  
LEBENS-  
RETTUNGS-  
GESELLSCHAFT



DEUTSCHER  
FEUERWEHR-  
VERBAND



DEUTSCHES  
ROTES KREUZ



JOHANNITER-  
UNFALL-HILFE



MALTESER-  
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-  
GEMEINSCHAFTEN DER  
HELFER IN DEN REGIE-  
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN  
DES KATASTROPHENSCHUTZES  
IN DER BUNDES-  
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.  
(ARKAT)



TECHNISCHES  
HILFSWERK



# Trotz aller Widrigkeiten: Hilfe muß sein

### Der ASB im Kosovo

Die Bilder sind wohlbekannt: Menschen auf der Flucht, Tote und Verletzte, kämpfende Soldaten und Panzer, brennende Häuser, während die Weltgemeinschaft den neuen Massakern scheinbar machtlos zusieht. Nur zwei Jahre nach dem Friedensabkommen in Bosnien herrscht wieder Krieg auf dem Balkan. Im Kosovo, dort, wo der grauenvolle Bruderkrieg im ehemaligen Jugoslawien vor acht Jahren begonnen hat. Der formale Waffenstillstand, den der internationale Vermittler Richard Holbrooke im September vergangenen Jahres hastig mit der Belgrader Führung ausgehandelt hatte, hielt nicht über den Jahreswechsel. Eine neue Spirale der Gewalt droht im Kosovo, die leicht auch auf die Nachbarländer Bosnien, Albanien, Montenegro und Mazedonien übergreifen kann.

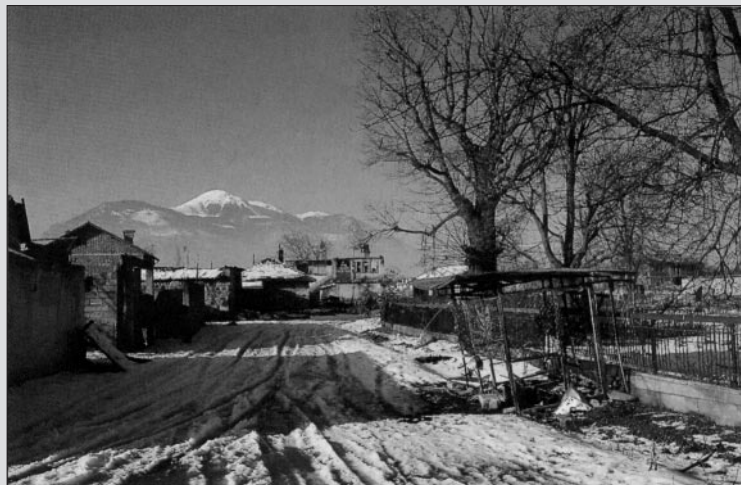
Im Februar 1999 haben die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen serbischen Sicherheitskräften und der sogenannten albanischen Befreiungsarmee (UCK) einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Und wie immer in solchen Situationen leidet die Zivilbevölkerung am meisten. Sie flieht aus ihren zerstörten Dörfern in die Wälder und in schon überfüllte Städte, kehrt zurück, wenn es eben geht, versucht irgendwie zu überleben zwischen den Fronten. Der Arbeiter-Samariter-Bund versucht, mit seiner Hilfe dieses Überleben etwas zu erleichtern, die schwierige Zeit und den harten Winter im Kosovo erträglicher zu machen.

Pristina, 7. Januar 1999: Nach einer durchwachten Nacht – in der Hauptstadt des Kosovo in der das orthodoxe Weihnachtsfest mit endlosem Gewehrfeuer begrüßt wurde – macht sich eine Delegation des ASB auf den Weg, um sich vom Fortgang der Hilfsprojekte ein Bild zu ma-

chen. Unterwegs hält Wolfgang Gressmann, ASB-Mitarbeiter im Kosovo den Wagen an und zeigt nach vorn: „Das ist das berühmte Amselfeld, daß von den Serben immer wieder in Balladen und Legenden genannt wird.“ Ein Denkmal am Ortsrand von Kosovo Polje deutet darauf hin, daß die Serben hier 1389 eine vernichtende Niederlage gegen die Türken hinnehmen mußten, die dann bis 1912 den Kosovo beherrschten. Aus serbischer Sicht war es nicht nur ein territorialer Verlust, sondern auch eine kulturell-religiöse Niederlage. Die christlich-orthodoxe Bevölkerung fühlte sich von den islamischen Eroberern unterdrückt. Deshalb ist die Schlacht auf dem Amselfeld auch heute immer noch Thema, denn wenn es sich auch nicht um eine hauptsächlich religiös geprägte Auseinandersetzung im Kosovo handelt – so fühlt sich die christlich geprägte serbische Minderheit von der islamischen albanischen Mehrheit an den Rand gedrängt, während die Albaner sich von den Serben unterdrückt sehen. Eine explosive Situation, für die noch keine Lösung in Sicht ist.

Auf dem Weg in den Ort Nekomce in der Region Glogowaz, passiert die ASB-Delegation verschiedene Kontrollpunkte der serbischen Armee und der UCK. Immer wieder gibt es Diskussionen mit den Soldaten, doch schließlich erreichen die ASB-Mitarbeiter unbehelligt das Dorf. Hier führt der ASB seit November 1998 ein Hilfsprojekt durch. Der Bürgermeister ist zur Begrüßung herbeigeeilt und eine junge Frau mit einem Baby auf dem Arm kommt ebenfalls hinzu. Es ist Hula K., die sich bedanken möchte, denn ihre Familie war eine der ersten, der geholfen wurde.

Hula K. brachte ihr Kind auf der Flucht vor den kriegesischen Auseinandersetzungen in den Bergen des Kosovo im Oktober 1998 zur Welt. Voller Panik war sie mit ihren beiden anderen kleinen Kindern aus Nekomce geflohen und verbrachte zwei Tage ohne Lebensmittel und Trinkwasser in einem Versteck im Wald, bis sie mit anderen Flüchtlingen Unterschlupf in einem Flüchtlingslager fanden. Die Männer des Dorfes blieben in den Bergen ver-



Kälte und Schnee in der Bergregion um Nekomce machen den zurückgekehrten Menschen im Winter das Leben zusätzlich schwer.



Frauen und Kinder waren wochenlang in Flüchtlingslagern, ehe sie sich trauten, in ihren Heimatort zurückzukehren.



Als erste Hilfsmaßnahme bekommen die Häuser neue Dächer, damit sie wieder Schutz vor Wind und Wetter bieten können. (Fotos: ASB/W. Gressmann)

steckt und mußten mitansehen, wie ihre Häuser systematisch unwohnbar gemacht wurden. Feuer und gezielte Explosionen zerstörten Hab und Gut, Fenster und Dächer, so daß die Häuser keinen Schutz mehr vor Wind, Kälte und Regen boten. Mit Angriffen dieser Art wollten die Serben eine vermutliche Hochburg der UCK vernichten und die Bevölkerung so einschüchtern, daß diese nicht mehr mit den Untergrundkämpfern zusammenarbeiten würde.

Patlinda, die neugeborene Tochter von Hula K. verbrachte die ersten drei Monate ihres Lebens gemeinsam mit zahlreichen Flüchtlingen in notdürftig errichteten Zelten aus Plastikfolie und Ästen, immer in Angst vor dem Artilleriefeuer der ser-

bischen Armee. Als die winterlichen Temperaturen ein Leben im Freien nicht länger zuließen, kehrte Hula K. mit ihren Kindern nach Nekomce trotz aller Furcht zurück. Doch auch ihr Haus hatte kein Dach mehr und konnte ihrer Familie kaum Schutz bieten.

Doch bald kam Hilfe, denn der ASB hatte, schon bevor die winterliche Katastrophe in den Medien zum Thema wurde, sein Büro für Wiederaufbau in Kroatien beauftragt, im Kosovo ein Hilfsprojekt einzuleiten. Bei seiner Reise durch den Kosovo erkannte Wolfgang Gressmann schnell, daß vor allem die zerstörten Häuser notdürftig winterfest gemacht werden mußten. Sofort stellte der ASB Eigenmittel von 160.000 DM zur Verfügung. Ein Büro in Pri-

stina wurde eingerichtet und Gert Widmann, erfahren durch seine Tätigkeit für die Vereinten Nationen in Albanien und Kroatien, als Mitarbeiter eingestellt. Mit Unterstützung des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, das wetterbeständige Kunststofffolien und Werkzeug zur Verfügung stellte, wurden bisher über 50 zerstörte Häuser von zurückgekehrten Flüchtlingsfamilien repariert.

Auch Hula K. bekam ein solches Dach auf ihr Haus, das sie zusammen mit ihrer Schwester und zehn Kindern bewohnt. Dank der Erfindungsgabe und der Solidarität der Dorfbewohner reichte das Material für weit mehr Häuser als kalkuliert. So setzten die Männer von Nekomce zum Beispiel bei der Reparatur der Dachstühle Äste statt Dachlatten ein.

Weitere Hilfe ist in Sicht. So berichtete Gert Widmann der ASB-Delegation, daß das im Auftrag des Auswärtigen Amtes beschaffte Feuerholz im Wert von 100.000 DM in Kürze an 700 Familien in der Region Glogowaz verteilt wird. Außerdem wird Gert Widmann viel in der Region unterwegs sein, denn auch in den Orten Kishna Reka und Komorane wird der ASB die Reparatur von Häusern unterstützen. Außerdem ist die Wiedereinrichtung einer Gesundheitsstation geplant, die wenigstens eine medizinische Grundversorgung ermöglichen würde.

Die ASB-Delegation macht sich auf den Rückweg mit der festen Überzeugung, daß die Hilfe für diese Region trotz aller Widrigkeiten wie Straßensperren, bürokratische Hindernisse und kriegerische Auseinandersetzungen lohnt. Nur durch Hilfe von außen kann sich die Lage im Kosovo wieder stabilisieren und sich das Verhältnis zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen wieder entspannen. Für Menschen aber, die noch nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben, ist es schwer, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aufrechtzuerhalten.

A. Jansen/D. Mennicken

ASB  
Arbeiter-Samariter-Bund



## DLRG setzt auf Schnelligkeit und Effizienz

Überarbeitung der Stärke- und Ausstattungsnachweisung erforderlich

Seit Jahren besteht innerhalb aller Hilfsorganisationen der Trend, die Strukturen ihrer Katastrophenschutzpotentiale zugunsten eines einheitlichen Hilfeleistungssystems zu verändern und flexibler zu gestalten. Diese Anforderungen haben eine grundlegende Überarbeitung der vorhandenen Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN) erforderlich gemacht. Wesentliche Ziele der Überarbeitung sind unter anderem die Bestrebungen, durch eine Neufassung der Standardvorgaben schneller und effizienter auf sich ändernde Voraussetzungen und Einsatzbedingungen reagieren zu können.

Für die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) stehen dabei folgende Überlegungen im Vordergrund:

1. Die bundeseinheitliche Rahmenvorgabe STAN ist als Mindestausstattung anzusehen, in der nur die innerhalb der DLRG bereits bestehenden Normen und Ausstattungsrundlagen Berücksichtigung finden. Von Detailregelungen wurde bewusst abgesehen. Eine Ergänzung der Aufgaben, Ausstattung und des Personals durch Landesverbände der DLRG oder die Träger der Einheiten aufgrund bestehender gesetzlicher Bestimmungen ist also möglich.

2. Von einer Festschreibung der Zugstärke wird abgesehen, da die Absicht besteht, die Einheiten des Katastrophenschutzes zusätzlich für Aufgaben im Rahmen der alltäglichen Gefahrenabwehr unterhalb der Katastrophenschwelle einzusetzen. Mit dieser Strategie der Maßnahmenbündelung entsteht ein Doppelnutzen mit dem Ziel der Kostenminderung. Standardeinheit ist die Wasserrettungsgruppe (WRG). Sie ist so ausgestattet, daß sie jederzeit als schnelle Einsatzgruppe - Wasserrettung (SEG-WR) selbständig einsetzbar ist.

### Aufgaben der Wasserrettungsgruppe

Zu den Aufgaben der Wasserrettungsgruppe gehören die Rettung von Menschen und Tieren aus Wasser- und Eisgefahr, die sanitätsdienstliche Versorgung auf dem und am Wasser und die Bergung von Sachgütern. Sie führt darüber hinaus Tauchaufgaben durch und unterstützt andere Einheiten, z.B. durch den Transport und die Sicherung von Einsatzkräften und Material. Bei Bedarf nimmt die Wasserrettungsgruppe Aufgaben einer Schnell-Einsatzgruppe-Wasserrettung wahr. Jede Teileinheit, Trupp oder Gruppe, ist eigenständig einsetzbar.

Die Grundeinheit Wasserrettungsgruppe besteht aus einem Bootstrupp und einem Rettungstauchtrupp. Die Aufgaben der SEG-WR sind mit denen der WRG iden-

tisch. Der wesentliche Unterschied liegt in der viel kürzeren Zeit bis zur Einsatzbereitschaft dieser Einheit. Es ist darauf zu achten, daß auch die SEG-Einheiten in Ausstattung und Ausrüstung die vorgegebene Mindestausstattung erreichen.

Wasserrettungsgruppe und SEG-WR kann auf Anforderung der zuständigen Katastrophenschutzbehörde auf der Grundlage der jeweiligen Katastrophenschutzgesetze eingesetzt werden. Gleiches gilt für Schadensfälle unterhalb der Katastrophenschwelle oberhalb der Wasserrettung. Die Alarmierung kann in diesen Fällen auch durch die zuständigen Leitstellen von Polizei oder Feuerwehr erfolgen. Weitere satzungsgemäße Aufgaben der DLRG können von den Landesverbänden je nach örtlichen Gegebenheiten in eigener Zuständigkeit übernommen werden.

Jede Teileinheit, Trupp oder Gruppe, ist eigenständig einsetzbar.

Der Wasserrettungszug der DLRG		WRZ STAN- Nr.:001 Stand: 11/90
1. Führungs- / Zugtrupp	1 1 3 1	 PKW 7Fu 7T/Fu K/3 Reserve
Die Wasserrettungsgruppe (TE 2.1.) besteht aus		
2.11 Bootstrupp	1 3 4	 MTW G/Fu K/3 Reserve
2.12 Rettungslauchtrupp	1 4 3 1	 MTW T/Fu K/3 Reserve
Wasserrettungsgruppe 2.2 wie Wasserrettungsgruppe 2.1		
3.1 Fachgruppe Sanitätsdienst	1 3 4	 KTW G/Fu K/3 Reserve  MTW T/Fu K/3 Reserve

## Arbeitsreich und konstruktiv

### 16. DFV-Verbandsausschußtagung in Bad Reichenhall

Viel vorgenommen hatten sich die Mitglieder des DFV-Verbandsausschusses, als sie sich am 5. und 6. Februar 1999 unter der Leitung von DFV-Präsident Gerald Schäuble im bayerischen Bad Reichenhall zur 16. Verbandsausschußtagung trafen. Neben zwei Fachvorträgen standen nicht weniger als 24 Tagesordnungspunkte zur Bearbeitung an.

In seinem Vortrag zur „Standardisierung eines künftigen europaeinheitlichen digitalen Sprechfunksystems“ wies Helmut Exner vom nordrhein-westfälischen Innenministerium auf die veraltete analoge Funktechnik hin, die nicht mehr den aktuellen einsatztaktischen Anforderungen entspreche. Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sollten europaweit mit einer einheitlichen Technik kommunizieren können. Mit öffentlichen Mobilfunksystemen (GSM-Netze) könnten wesentliche einsatztaktische Anforderungen der BOS nicht dargestellt werden. Eine Herstellerunabhängigkeit und Wirtschaftlichkeit sollte durch die Verwendung einer standardisierten Technik erreicht werden.

Das Vortragsthema des DFV-Fachausschußvorsitzenden Einsatz, Löschmittel, Umweltschutz, Dr. Frank Knödler, lautete „Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten“. Dr. Knödler führte aus, daß sich vor dem Hintergrund kommunaler Wirtschaftlichkeitsüberlegungen auch die Qualitätskriterien im Bereich der Feuerwehren einer Prüfung unterziehen müßten. Im Hinblick auf Hilfsfristen seien die Vorgaben in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Eine Harmonisierung der Qualitätskriterien durch den DFV sei notwendig.

Im Anschluß an die Fachvorträge berieten die Ausschußmitglieder über Inhalte, die nachfolgend in Schlagzeilen vorgestellt werden:

- Vizepräsident Ulrich Behrendt berichtete auf der Grundlage der neuesten Richtlinie über die EU-Führerscheine. Für die Feuerwehren ist dieses Thema insoweit relevant, als daß sich künftig die Fahrer von Feuerwehrfahrzeugen einer regelmäßigen arbeitsmedizinischen Untersuchung unterziehen müssen. Auf die Kommunen werden dadurch zusätzliche finanzielle Belastungen zukommen.

- Die Feuerwehr-Skimeisterschaften im Jahr 2004 finden im niedersächsischen Altenau statt.

- Das Aufgaben- und Zielpapier des DFV erscheint in einem neuen Design und ist jetzt auch im Internet auf der DFV-Homepage zu finden. Ansprechpartner zur Vorstellung des Papiers in den Ländern sind der Vorstand und der Bundesgeschäftsführer.

- Zur Havarie der „Pallas“ vor der Nordseeinsel Amrum Ende letzten Jahres erhielten die Ausschußmitglieder einen Erfahrungsbericht. Auf Initiative von Präsident Schäuble wird das Thema auch Tagesordnungspunkt im Ausschuß für Feuerwehrangelegenheiten sein.

- „Die Brandschutz 1“, der Förderpreis des Deutschen Feuerwehrverbandes, wird in diesem Jahr an-

läßlich der Delegiertenversammlung des DFV in Königswinter verliehen. Der Preis für eine vorbildliche Initiative in der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung ist mit 2.000 Mark dotiert.

- Als Ergebnis des Arbeitsbesuches von DFV-Vorstandmitgliedern in Polen erläuterte Präsident Schäuble die Vereinbarung zwischen dem DFV und der Hauptverwaltung des Freiwilligen Feuerwehrverbandes Polen. Schwerpunkte sind die Bereiche Ausbildung und Jugendaustausch.

- Der neue Vorsitzende im Fachausschuß Sozialwesen heißt Michael Riggert vom Landesverband Niedersachsen. Riggert ist Nachfolger von Lutz Kettenbeil, der dieses Amt über viele Jahre ausübte.

- Der DFV setzt auf ein neues Mitteilungsblatt für seine Mitglieder. Ziel ist die rasche Verbreitung DFV-interner Nachrichten. Die vierseitige Broschüre erscheint vierteljährlich. Zielgruppen sind die Bundesgruppen, Landesverbände sowie Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände.

- Die Feuerwehr-Aktionswoche 1999, die in diesem Jahr unter dem Motto „Feuerwehr: Ohne uns wird's brennig“ steht, wird im September in Erfurt eröffnet. Vizepräsident Ralf



### DFV-Ehrenkreuze 1998

Im Jahr 1998 hat der Deutsche Feuerwehrverband die folgende Anzahl an Ehrenkreuzen und Medaillen verliehen:

• Deutsches Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold	154 Stück
• Deutsches Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber	631 Stück
• Deutsche Feuerwehr-Ehrenmedaille	128 Stück
• Medaille für Internationale Zusammenarbeit	98 Stück
• Medaille für Internationale Zusammenarbeit in Gold	10 Stück
• Medaille für Internationale Zusammenarbeit in Silber	37 Stück



Ackermann stellte den Verbandsmitgliedern das Arbeitsmaterial, bestehend aus Handbuch, Plakat und Faltblatt, vor.

Daß die arbeitsreiche Tagung konstruktiv und zur Zufriedenheit der Teilnehmer verlief, war nicht zuletzt ein Verdienst des Landesfeuerwehrverbandes Bayern und der Feuerwehr Bad Reichenhall, deren Mitglieder für einen reibungslosen Ablauf des Tagungswochenendes sorgten.

## DFV vereinbart Zusammenarbeit mit polnischem Feuerwehrverband

Der Deutsche Feuerwehrverband hat einen weiteren wichtige Schritt zur Intensivierung ausländischer Kontakte getan: Im Rahmen eines mehrtägigen Arbeitsbesuchs bei der Hauptverwaltung des Freiwilligen Feuerwehrverbandes der Republik Polen (OSP), Ende Januar 1999 in Warschau, unterzeichneten DFV-Präsident Gerald Schäuble und OSP-Präsident Waldemar Pawlak eine Vereinbarung zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit.

Kernpunkte der Vereinbarung sind die Abstimmung auf den Gebieten

- Organisation und Ausbildungsprogramme für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren,
- Organisation und Ausbildungsprogramme für die in der Freiwilligen Feuerwehr mitwirkende Jugend,
- Entwicklungseinrichtungen von Feuerlöschgeräten und der Mittel des persönlichen Schutzes der Feuerwehrleute,
- wissenschaftlich-technische Lösungen und Fachliteratur in der Brandverhütung und Organisation von Rettungsmaßnahmen,
- Kultur-Aufklärungsmaßnahmen im Feuerwehrkreis,
- Feuerwehrsport.



### Bundeskanzler beim Deutschen Feuerwehrtag 2000

Die Organisatoren des 27. Deutschen Feuerwehrtages in Augsburg dürfen sich auf einen prominenten Teilnehmer freuen: In einem Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Gerald Schäuble, stellte Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Teilnahme an dem Großereignis im Juni 2000 in Aussicht. Schröder brachte seine Anerkennung für die Leistungen der Männer und Frauen in den Feuerwehren zum Ausdruck: „Die Angehörigen der deutschen Feuerwehren“, so der Bundeskanzler, „leisten in unserem Staate Vorbildliches. Sie haben dabei die Unterstützung der Bundesregierung.“

Die Zusammenarbeit umfaßt den Austausch von Feuerwehr- und Jugendgruppen sowie die Organisation gemeinsamer Kultur- und Sportveranstaltungen. Für die Realisierung der Vereinbarung ist ein jährliches Treffen von Vertretern beider Verbände vorgesehen.

Neben Präsident Schäuble waren die Vizepräsidenten Rolf Schomann

und Ralf Ackermann sowie Bundesgeschäftsführer Herbert Becker auf Einladung der OSP nach Warschau gereist. Dem Besuch war ein erstes Treffen zwischen Vertretern von DFV und OSP im Oktober 1998 in Fulda vorausgegangen. Schäuble zeigte sich mit dem Verlauf der Gespräche sehr zufrieden und rief die DFV-Mitglieder zur Unterstützung bei der Umsetzung der Vereinbarung auf.



## Ein „Wintermärchen“

Wolfgang Uhrmann

### 10. Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-Meister

Toller Erfolg im dritten Anlauf und ein „Erlebnis Wintermärchen“ im niederbayerischen Breitenberg/Landkreis Passau: 226 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet gingen Ende Januar bei den 10. Deutschen Skilanglauf-Meisterschaften an den Start - bei idealen Wetter- und Loipenbedingungen.

Zweimal vorher hatten die Breitenberger Organisatoren mit Bürgermeister Helmut Rühl an der Spitze diesen traditionsreichen DFV-Wintersport-Wettbewerb wegen Schneemangels absagen müssen. Dafür wurden Akteure, Schlachtenbummler und Zaungäste jetzt mehr als belohnt. DFV-Präsident Gerald Schäuble und sein für Wettbewerbe zuständiger Vizepräsident Fritz Meyer brachten es kurz und knackig auf den Punkt: „Einfach traumhaft!“

Deutscher Skilanglauf-Meister der Feuerwehren wurde der 30-jährige Wolfgang Uhrmann von der Freiwilligen Feuerwehr Gegenbach (Gemeinde Breitenberg). Er schaffte die 12-km-Strecke in 36:58,4 Minuten, gut eine Minute schneller als sein Verfolger Alois Kaspar von der FF Winkelbrunn. Kräftig „abgesahnt“ bei der Pokalübergabe haben auch die Freiwilligen Feuerwehren Niedernhall/Baden-Württemberg und Altenau (Oberharz)/Niedersachsen.

Die Breitenberger Veranstaltung hat einmal mehr gezeigt, daß die DFV-Skimeisterschaften nicht nur sportliche, sondern auch kameradschaftsfördernde und gesellschaftspolitische Aspekte haben. Das wurde deutlich nicht nur beim offiziellen Gemeindeempfang mit Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und der Feuerwehrorganisation auf Landkreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Der Vorstand des Landesfeuerwehrverbands Bayern mit Karl Binai an der Spitze war we-

gen einer zeitgleich stattfindenden Sitzung vollzählig vor Ort.

DFV-Präsident Schäuble nannte das Verhältnis zwischen Politik und Feuerwehr in Breitenberg „beispielhaft“ und überreichte Landrat Hans Dorfner als Erinnerung ein Feuerwehr-Jahrbuch.

Landesverbandsvorsitzender Binai erinnerte an den olympischen Gedanken der Skimeisterschaften und dankte der Gemeinde Breitenberg und ihrer Feuerwehr für die Ausrichtung. Eigentlich hätten die 10. Meisterschaften schon im Vorjahr stattfinden sollen, als die FF Breitenberg ihr 125jähriges Bestehen feierte. Dazu hatte Bürgermeister Helmut Rühl eine beachtenswerte Festschrift verfaßt, die er - so das Vorwort - „als Zeichen der Wertschätzung und des Dankes den Mitgliedern der Breitenberger Feuerwehr“ gewidmet hatte. Der gute Geist des Miteinanders von Politik, Verwaltung und Feuerwehr wurde auch deutlich beim zünftigen Kameradschaftsabend vor dem Wettkampf mit allen Gästen und Teilnehmern.

Mitten im Dorf, vor der Kirche stand schließlich am Sonntagnachmittag nach Auswertung aller Ergebnisse das Siegertreppchen. Nacheinander standen dort mit anhaltendem Applaus:

- Michaela Riesen, FF Altenau/Oberharz als Junioren-Meisterin der Damen über 6 km;
- Sascha Hartmann von der FF Niedernhall als Schüler-Meister über 6 km;
- Jann Hoppstock von der FF Altenau als Deutscher Feuerwehr-Jugendmeister über 6 km;
- außerdem Thomas Lehrer, FF Wetzdorf, Andreas und Thomas Bau-

er von der FF Niedernhall in der Klasse Männliche Jugend (16) über 6 km;

sowie als Mannschaftsmeister:

- in der Frauengruppe die FF Altenau mit Michaela Riesen, Marlies Riesen und Monika Trenke;
- in der Jugendwertung die FF Niedernhall I mit Sascha Hartmann, Andreas Bauer, Steffen Koosch, Thomas Bauer;
- in der Wertung Herren (21-61) die örtliche FF Gegenbach (Breitenberg) mit Wolfgang Uhrmann, Alfred, Thomas und Johann Gintenreiter.

## Ausschreibung für „Die Brandschutz 1“

Die Versandhaus GmbH und Medien GmbH des Deutschen Feuerwehrverbandes stiften 1999 für eine vorbildliche Initiative in der Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung den mit 2.000 Mark dotierten Förderpreis „Die Brandschutz 1“.

Die Verleihung erfolgt durch den Präsidenten des DFV und einen Vertreter der Versandhaus GmbH/Medien GmbH am Samstag, dem 18. September 1999 in Königswinter anlässlich der 46. Delegiertenversammlung des DFV. Träger der Veranstaltung ist der DFV und die Versandhaus GmbH/Medien GmbH.

Die Vorbereitung und Durchführung liegt beim Deutschen Feuerwehrverband. Die Verleihung des Förderpreises wird nach den Richtlinien für die Beantragung und Verleihung des Förderpreises durchgeführt. Eine Teilnehmerbegrenzung besteht nicht. Die Bewertung der eingegangenen Vorschläge erfolgt durch eine Jury.

Vorschläge bitte bis zum 31. Juli 1999 an die DFV-Bundesgeschäftsstelle, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn einreichen.





## Jedes Jahr im Januar

### DRK auf der größten Wassersportmesse der Welt

Großen Andrang bei Wassersport und Wasserrettung verzeichnete die 30. Düsseldorfer „boot“. Auf der weltgrößten Messe ihrer Art trifft auch das DRK alljährlich mit seinen Wasserpartnern zusammen.

„Bundesweit hat die Wasserwacht des DRK schon 120.000 Mitglieder und sie holt weiter kräftig auf.“ Mit dieser Prognose verdeutlichte DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer dem Publikum der Wassersportmesse, welche Entwicklungschancen im Ehrenamt stecken: „Die jungen Leute kommen dahin, wo wir attraktive Arbeit bieten.“ Sie kommen auch zur „boot“. Die größte Wassersportmesse der Welt hat in den jetzt 30 Jahren ihres Bestehens nichts an Attraktivität verloren. Wieder kamen 370.000 Besucher. So ist sie denn fast ebenso viele Jahre ein hervorragender Platz für das Rote Kreuz: Zehntausende Kontakte kommen bei täglichen Präsentationen in drei Messehallen auf dem Stand der Wasserwacht, in der Aktionshalle und im Tauchturm zustande.

„boot und Rotes Kreuz passen gut zusammen“, betonte der Präsident des Landesverbandes Nordrhein, Dr. Norbert Fischer. Sei die Messe die weltweite Nummer Eins im Wassersport, so sei das Rote Kreuz die Nummer Eins, wenn es rund um die Welt um Hilfe gehe. Der weiter wachsende Freizeitmarkt und die steigende Beliebtheit des Wassersports ließen ahnen, wohin die Reise gehe. Die Anforderungen an die Wasserwacht würden wachsen, sei es in Naherholungsgebieten oder in der Schwimmausbildung, die bei Eltern und Kindern hoch im Kurs stehe.

Jedes Jahr im Januar trifft das DRK auf der Düsseldorfer Messe mit all seinen Wasserpartnern zusammen. Jedes Jahr gibt die „boot“ den neuen „Kick“ für die Wasserrettung, für Partnerschaftsprojekte, etwa mit den Seglern, für neue Technologien ebenso wie für Ausbildungsinhalte.

Nicht von ungefähr präsentierte sich diesmal die Wasserwacht mit einer neuen Rettungstechnik auf der Basis von Jet-Skis. Das gibt es nicht nur bei „Baywatch“ im Fernsehen, sondern real auch von der Ostsee bis zum Mittelmeer. Doch nicht alles, was hier gerade an Technik entsteht, war schon auf dieser „boot“ zu sehen.

Erstmals ging die Wasserwacht mit Internetpräsentationen an Bord. Neue Ideen in der virtuellen Werbung waren beim Publikum ebenso gefragt wie herkömmliche Sicherheitstips und insbesondere Aktivitäten der Rettungstaucher aus Halle an der Saale.

Zu besonderen Ehren kam Elisabeth Grohmann, langjährige "Landesmutter" der Wasserwacht: Für 25jähriges Engagement in der Aktionshalle wurde sie von den Wassersport- und Rettungsorganisationen, die alle auf ihr Kommando hören, dem fast wahrhaftigen Meeresgott Neptun und der Bundesmarine als "Lady Action" gefeiert, und boot-Chef Abdul Adib zeichnete sie mit der seltenen Goldenen Ehrennadel der boot aus. Nach soviel Ehre heißt es: Warten auf 2000. Da wird die DRK-Wasserwacht Nordrhein 40 Jahre jung.

*Dieter Schneider-Bichel*



**Oben:**  
Dicht gedrängt verfolgen die Zuschauer die Vorführungen der Wasserwacht.

**Rechts:**  
„Ein Ertrinkender wird gerettet“ - die Wasserwacht zeigt ihr Können.



## Drei „rollende Arztpraxen“ für Vertriebene aus dem Kosovo

Angesichts der jüngsten Entwicklungen hat das Deutsche Rote Kreuz seine Hilfen für Vertriebene aus dem Kosovo verstärkt. Dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wurden drei „rollende Arztpraxen“ und drei LKW mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial im Wert von 2 Mio. Mark übergeben.

Die „rollenden Arztpraxen“ mit Untersuchungsliege, Kühlschrank, Herd, Medikamentenschränken, Arztkoffer, transportablem Ultraschall- und EKG-Gerät, Defibrillator, Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial sind speziell für den Einsatz im Kosovo konzipiert und durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert worden. Mobile Arzt-Schwesternteams stellen die rasche medizinische Betreuung und Versorgung der Vertriebenen sicher. (Red.: Siehe hierzu auch S. 17.)

## Das IKRK in Sierra Leone

Der Regen wäscht die Tränen der Angehörigen von den Wangen. Eine Band marschiert im Gleichschritt zu Gospelklängen, dahinter singt ein Frauenchor. Am Straßenrand stehen Passanten und beobachten ehrfürchtig die feierliche Beerdigungsprozession. Dann verschwindet der Zug hinter der nächsten Häuserreihe.

Für die Kriegstoten Sierra Leones gibt es selten eine Beerdigung mit Kapelle und Trauerchor. Die Toten landen meist in einem Erdloch. Allenfalls eine Holztafel erinnert, wer dort begraben liegt.

Ali Koroma ist diesem Schicksal nur knapp entronnen, doch der Krieg hat ihn für sein Leben gezeich-

### **Wieczorek-Zeul: „In der Entwicklungspolitik werden Vorhaben der Nicht-Regierungsorganisationen verstärkt gefördert“**

*In einem Interview mit dem Magazin „Rotes Kreuz“ kündigt die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Erweiterung der Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) im Rahmen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung an. Nach ihren Worten sind die NRO's unverzichtbare Partner in der Zusammenarbeit. Die neue Bundesregierung werde daher Vorhaben der NRO's verstärkt fördern.*

*„Besonders im Bereich der Not- und Flüchtlingshilfe ist eine staatliche Zusammenarbeit oft nicht möglich. Auch eröffnen die NRO's den Zugang zu benachteiligten Bevölkerungsschichten, die für die staatliche Entwicklungshilfe häufig nur schwer erreichbar sind. Sie tragen zudem durch ihre Informationsarbeit maßgeblich zur entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit bei“, erklärte die Ministerin.*

*Sie betonte die lange Tradition des Deutschen Roten Kreuzes in der Unterstützung Hilfsbedürftiger: „Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nutzt die besondere Erfahrung ... für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland. Im Jahre 1998 hat das BMZ alleine im Rahmen der Not- und Flüchtlingshilfe Projekte des DRK mit 7,3 Millionen Mark gefördert“.*

*Frau Wieczorek-Zeul sieht einen mehrschichtigen Ansatz für eine wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt der Armutsbekämpfung: „Hier ist sicher der Begriff ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ richtig. Ein besonderes Ziel, das ich verfolge, ist die Veränderung der Rahmenbedingungen zum Vorteil der Entwicklungsländer. Konkret bedeutet dies, daß ich z.B. für eine internationale Entschuldungsinitiative zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer eintrete ... Als Kriterien für die bilaterale Zusammenarbeit gilt: Entwicklungspolitik hat um so bessere Wirkungen, je mehr sie an Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungspolitik orientiert ist.“*

net. Blickt Koroma in den Spiegel, hat er Verzweiflung in den Augen. Dann sieht er einen Mann mit nur einem Ohr und zwei hautüberwachsenen Knochen, wo einst die rechte Hand war. Vor wenigen Monaten fielen die Kämpfer der „Revolutionary United Front“ (RUF) in sein Dorf ein und verstümmelten ihn.

Chirurgen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) haben den 34jährigen operiert, dabei eine fast vergessene Methode aus dem Ersten Weltkrieg angewandt. Der Chirurg Krukenberg trennte damals Ellenbogen- und Speichenknochen seiner Patienten so voneinander ab, daß die Amputierten diese später wie eine Art Zange benutzen konnten.

50 kriegsverletzte Patienten werden im Rot-Kreuz-Krankenhaus Netland in Freetown operiert bzw. physiotherapeutisch behandelt: Männer, Frauen, Kinder und Alte. Die Erfolge stellen sich ein: „Es geht bestens“, ruft stolz ein rund 60jähriger der IKRK-Delegierten Greta Andriassin zu. Zwischen Elle und Speiche hat er sich einen Naßrasierer geklemmt und streift damit vorsichtig seine Wange entlang. Der Mann hat die größten Teile seiner Unterarme verloren.

Viele der Patienten werden später in ein Rehabilitations-Zentrum des IKRK außerhalb der Stadt überwiesen. „The Lakka Cotton Club“ heißt der ehemalige Ferienclub für betuchte Touristen. Bunt blühen exoti-



# Deutsches Rotes Kreuz



**Das Unglück trifft alt und jung gleichermaßen.**



**Mit der Verteilung von Lebensmitteln und Saatgut hilft das IKRK der notleidenden Bevölkerung.**



**Auch die Versorgung mit dem lebensnotwendigen Trinkwasser muß sichergestellt werden.**

sche Blumen, Palmen spenden Schatten. Eine friedliche Idylle, die über das Leiden der Bewohner hinwegtäuscht. In den Bungalows sind insgesamt 42 Patienten untergebracht.

Marianne Atarrah ist die Seele des Reha-Zentrums. Die Leiterin bringt mit ihrem Team den Versehrten bei, ihren geschundenen Körper wieder so gut wie möglich zu nutzen, die Reste der amputierten Gliedmaßen zu kontrollieren. Doch eines Tages, das weiß sie, müssen die Patienten wieder zurück in den harten Überlebenskampf Sierra Leones. Und wie ein Bauer mit zwei Armstümpfen ein Feld bestellen kann, nein, das kann auch sie nicht sagen.

Das Land ist ausgeblutet. Seit über sieben Jahren herrscht ein Bürgerkrieg um Macht, die reichlich vorhandenen Bodenschätze und Diamanten. Mitte 1997 putschte das Militär und verbündete sich mit den verfeindeten Rebellen der RUF. Im Februar 1998 trieben die von Nigeria dominierten Ecomog-Truppen zusammen mit den einheimischen Kamajor-Jägern die Militärjunta aus Freetown. Große Teile der geschlagenen Armee streckten die Waffen, andere Soldaten zogen sich mit den Rebellen in den Busch zurück. Hinter sich ließen sie eine Blutspur. Die anhaltenden Kämpfe, Plünderungen und grausamen Überfälle vertrieben die Bewohner ganzer Landstriche. Das Internationale Komitee vom Ro-

ten Kreuz und andere Hilfsorganisationen retteten durch Lebensmittel- und Saatgutverteilung Zehntausenden das Leben.

Im März 1998 kehrte der zivile Präsident Ahmed Tejan Kabbah nach Freetown zurück. Zu Beginn 1999 starteten die Rebellen eine neue Offensive.

Abu Bhakar hält nichts von Säbelschlagen. Männer mit Waffen bringen immer Unglück, das hat ihn das Leben gelehrt. Er ist Bauer, will endlich wie vor seiner Vertreibung seine Felder bestellen. „Zuhause ist der Boden gut, ich hatte 30 Hühner und meine Frau immer etwas im Kochtopf, so der 38jährige. Vor einigen Monaten floh er vor den Kämpfen. Jetzt lebt er mit 4.000 anderen Flüchtlingen in einem Camp am Stadtrand von Kenema.

Sobald es in seinem Dorf wieder sicher ist, will er mit seiner Frau und den vier Kinder zurückkehren. Doch für einen baldigen Frieden gibt es wenig Hoffnung.

Im vom Roten Kreuz unterstützten Krankenhaus von Kenema sind Patienten mit Schußwunden längst zum Alltag geworden. Die deutsche IKRK-Delegierte Gertraud Ebert hat solche Bilder schon zu oft in den vergangenen Monaten gesehen. In Freetown arbeitet sie zusammen mit der einheimischen Kollegin Betty Sam im Princess Christian Maternity Hospital. Das IKRK hat bereits eine vollständige Abteilung des Mutter-Kind-Krankenhauses renoviert und will sicherstellen, daß dort die Ärmsten kostenlos aufgenommen werden.

Oft sind es Flüchtlinge wie Fanta Bangua, die dort behandelt werden. Die 28jährige mußte mit ansehen, wie Rebellen zuerst ihren Mann erschossen und dann ihre achtjährige Tochter verschleppten. Die traumatischen Erlebnisse lassen die junge Frau keine Nacht durchschlafen. Meist sitzt die werdende Mutter still auf ihrem Bett, blickt durch die milchige Fensterscheibe auf die überfüllten Straßen von Freetown. Daß sie einmal gelacht hat, daran kann sich niemand erinnern. Nur an die Tränen von Fanta Bangua haben sich alle gewöhnt.

# Johanniter feiern neugestaltete Bundesgeschäftsstelle

Staatssekretär Staudacher würdigt JUH-Präsidenten zum 70. Geburtstag

Mit einem Tag der offenen Tür am 18. Februar 1999 feierte der Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. die Fertigstellung der neuen Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Seit rund einem Jahr arbeiten die Mitarbeiter schon in dem Haus in der Lützowstraße 94 im Stadtbezirk Tiergarten. Als erste Hilfsorganisation hatte die JUH bereits 1998 ihre Bundeszentrale nach Berlin verlegt.

Verbunden mit einem Empfang zum 70. Geburtstag des Präsidenten der JUH, Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanefeld, besuchten über 200 Vertreter aus Politik, Kultur und Gesellschaft das neue Johanniterhaus. In einer Ausstellung präsentierten sich alle JUH-Landesverbände mit ihrem breiten Angebotsspektrum in den Bereichen Soziale Dienste, Rettungsdienst, Ausbildung, Jugend und Auslandsarbeit.

Das um die Jahrhundertwende erbaute Gebäude wurde innen und außen renoviert und mit einer täuschend echt aufgemalten Gründerzeitfassade zu einem Schmuckstück für den Berliner Stadtbezirk gestaltet. Berlin habe nun wieder ein „Johanniterhaus“ nahe dem Potsdamer Platz, sagte Wilhelm Staudacher, Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes, anlässlich seiner Laudatio auf Graf Schwerin. Am Platz stand bis zur Zerstörung Potsdamer Straße 134 c das alte „Johanniter Haus“ des Ordens, in dem Theodor Fontane wohnte und vor 100 Jahren starb.

### Johanniter ehren ihren Präsidenten

Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanefeld, der am 7. Februar 1999 seinen 70. Geburtstag feiern konnte, galt der feierliche Empfang



Das neue Domizil der Johanniter kann sich wahrlich sehen lassen.

in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle.

Staatssekretär Staudacher würdigte die herausragenden Verdienste Graf Schwerins um die Förderung des sozialen ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. Er stellte fest: „Damit ist unter Ihrer Präsidenschaft die Johanniter-Unfall-Hilfe zu einer der größten deutschen Hilfsorganisationen geworden.“

Die Entwicklung der Johanniter-Unfall-Hilfe seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 ist die Geschichte eines beispiellosen Erfolges: Von rund 550.000 Mitgliedern im Jahre 1989 wuchs die Hilfsorga-

nisation in nur sieben Jahren auf 1,2 Millionen Mitglieder und über 200 Verbände an. Mehr als die Hälfte der rund 8.000 hauptamtlichen Mitarbeiter der Johanniter arbeitet heute in den östlichen Bundesländern.

### Die Entwicklung geprägt

Ein Mann hat diese Entwicklung maßgeblich geprägt und bestimmt: Präsident Wilhelm Graf v. Schwerin. Seit 1980 leitet er ehrenamtlich die Geschichte der evangelischen Hilfsorganisation, die 1952 als ein Werk des Johanniterordens ins Leben gerufen wurde. Graf Schwerin gehört dem Orden seit 1954 an, ist seit 1992 dessen Statthalter und damit der



# Johanniter-Unfall-Hilfe



Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanenfeld.

Vertreter des Herrenmeisters. Darüber hinaus ist er Ehrenkommendator des Johanniterordens. Bereits 1968 trat Graf Schwerin der noch jungen JUH als Mitglied bei.

Graf Schwerin ist gelernter Landwirt und leitete von 1952 bis 1956 landwirtschaftliche Betriebe in Südafrika. Von 1961 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1994 war er für den amerikanischen Land- und Baumaschinenhersteller John Deere in Mannheim tätig, davon 23 Jahre als Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und Mitglied der Deere & Company Bereichsleitung für Europa, Afrika, Mittel- und Nahost.

Die frühen Lebenserfahrungen mögen Graf Schwerins Entscheidung zur Übernahme von zugleich religiös und sozial motiviertem Engagement für die Allgemeinheit geprägt haben. Schon sein Vater, Ulrich-Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanenfeld, war Mitglied des Johanniterordens und wurde als Angehöriger des deutschen Widerstandes wegen Beteiligung an dem Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichtet. Mit seiner Familie wurde der damals 15-jährige in Sippenhaft genommen und mußte den Heimatort der Familie, Göhren bei Woldegk in Mecklenburg, verlassen - erst 1994 konnte Graf Schwerin dorthin zurückkehren.

Es mag die Verbindung zu seinem Geburtsort sein, die Graf Schwerin stets die Entwicklung in den östlichen Ländern Deutschlands mit be-

sonderem Interesse verfolgen ließ. Konsequenter förderte er nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands den Aufbau der JUH in den östlichen Bundesländern. Einen besonderen Schwerpunkt legte der Präsident dabei unter anderem auf den Ausbau des Rettungsdienstes und der Sozialen Bereiche.

Ebenso konsequent verfolgte Graf Schwerin den Umzug der Bundesgeschäftsstelle der JUH von Bonn in die Bundeshauptstadt Berlin, um

die Interessen der Johanniter am Sitz des Parlamentes und der Regierung auch in Zukunft entsprechend vertreten zu können.

Im September 1998 wurde Graf Schwerin für seine Verdienste mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

## „Bilder vom Helfen“ - ein eindrucksvoller Bildband über die Arbeit der Johanniter

„Man sieht nur mit dem Herzen gut.“ Dieses Zitat des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Expery stellt Johanniter-Bundesvorstand Andreas von Block-Schlesier an den Beginn seines Vorwortes für den Bildband „Bilder vom Helfen - eine Fotodokumentation“. Der Band wurde anlässlich des 70. Geburtstages des Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanenfeld, herausgegeben und ihm gewidmet.

Auf 124 Seiten wird die tägliche Arbeit der Mitarbeiter der JUH dargestellt. Der junge Berliner Fotograf Stefan Trappe war dafür im Auftrag des Bundesvorstandes im Herbst 1998 unterwegs, um die vielfältige Arbeit der JUH zu beobachten. Bundesvorstand von Block-Schlesier bescheinigt ihm, daß er wohl mit dem Herzen durch das Objektiv geblickt habe. Die Herausgabe des zweisprachigen Bildbandes (deutsch/englisch) wurde durch großzügige Spenden ermöglicht.

Der Bildband ist zum Preis von 37,- DM zzgl. Porto und Verpackung zu beziehen bei:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Bereich Marketing und Kommunikation  
Postfach 30 41 40  
10724 Berlin

## Menschen in Not zur Seite stehen.

*Eine Aufgabe der Johanniter.  
Unterstützen Sie uns.  
Ihre Spende lindert Not.*

Spendenkonto: **43 43 43 43**  
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

# DIE JOHANNITER



# Wie gelingt das Zusammenwirken von Fachleuten und Laien?

## Selbsthilfepotentiale zwischen Kompetenzen und Zuständigkeiten

Die Mobilisierung der Selbsthilfebereitschaft in der Katastrophenvorsorge stand im Mittelpunkt mehrerer Diskussionskreise von Experten und Bürgern anlässlich der vom 20. bis 22. November 1998 vom Deutschen IDNDR-Komitee gemeinsam mit der Evangelischen Akademie in Loccum veranstalteten Tagung „Katastrophenvorsorge als Sache der Bürger“.

Mit Pastor Matthias Stalman, Koordinierungsstelle für Einsatznachsorge (Celle) und Wolfgang Künkler-Storath, Freiwilligen-Agentur (Bremen), moderiert vom ARKAT-Bundesvorsitzenden Klaus-Dieter Kühn (Braunschweig), diskutierten Regina Zingiser, Koordinierungsstelle Einsatznachsorge Celle, Peer Rechenbach, Leitender Branddirektor Feuerwehr Hamburg, Rainer Feit, 1. Beigeordneter des Landkreises Rügen, Oberstleutnant Herbert Preisig, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, Hinrich Paulsen, Geographie-Student, Bonn, und Andreas Seelemeyer, Beauftragter Notfallseelsorge, Diepholz.

Bei Unglücksfällen und Katastrophen ist die Selbsthilfe der Betroffenen der erste und entscheidende Schritt in der gesamten Hilfeleistungskette. Sie rettet häufig Menschenleben, bevor institutionalisierte öffentliche oder gemeinnützige Hilfeleistung wirksam werden kann.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe setzen Informationen, Kenntnisse und Fähigkeiten zur Hilfeleistung voraus. Die Verantwortung für deren Vermittlung liegt bei den Gemeinden.

Selbstschutz ist als Aufgabe lediglich in der Bundeszuständigkeit für den Zivilschutz gesetzlich geregelt. Danach konzentriert sich die Bundesgesetzgebung im Selbstschutz auf

- Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung sowie

- Förderung des Selbstschutzes der Behörden und Betriebe gegen die besonderen Gefahren, die im Verteidigungsfall drohen.

Für die Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung sowie in den sonstigen Angelegenheiten des Selbstschutzes können die Gemeinden sich der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen bedienen.

Die Maßnahmen der kreisangehörigen Gemeinden werden durch die Behörden der allgemeinen Verwaltung auf Kreisebene unterstützt.

Die Ausbildung der Bevölkerung ist nach dem 1997 verabschiedeten Zivilschutzneuordnungsgesetz in die Selbstschutzzinhalte einbezogen werden sollen. Die Bundesregierung hat hierzu am 15. 11. 1995 mit den privaten Hilfsorganisationen entsprechende Verträge abgeschlossen. Danach bezuschußt der Bund die Erweiterung der Breitenausbildung der Hilfsorganisationen um Selbstschutzzinhalte mit jährlich 15,7 Mio DM.

Grundsätzlich muß das Aufgabenspektrum der Selbsthilfe durch Wirtschaft (Betriebe), öffentliche Verwaltung (Behörden) und Privathaushalte (Bürger) jedoch in einem erheblich erweiterten Rahmen gesehen werden. Zum Beispiel in der Unterstützung von Betreuungs- und Versorgungsleistungen für die von einer Notlage betroffene Bevölkerung oder auch die Wahrnehmung von Beobachtungs- und Meldfunktionen sowie die Einbindung in Evakuierungsmaßnahmen und psychosoziale Betreuungsaufgaben.

Selbsthilfe ist immer noch ein Begriff, dessen Inhalte nicht bzw. nur unzureichend bestimmt sind.

Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet vor allem

- Kenntnis der Gefahren, die durch Katastrophen und Unglücksfälle drohen können,

- Kenntnis des öffentlichen Hilfeleistungssystems und Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftliche Selbsthilfe hierin zu integrieren,

- Bewußtseinsbildung in Staat und Gesellschaft für die Notwendigkeit der Eigenvorsorge,

- Wissen um das richtige Verhalten in Notfallsituationen,

- Aneignung von praktischen Fertigkeiten der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Nachdem der Bund im Zuge der „Neukonzeption“ des in seinem Zuständigkeitsbereich zu organisierenden Zivilschutzes den Bundesverband für den Selbstschutz 1996 aufgelöst hatte, standen dessen über 800 hauptamtliche sowie rund 2.000 ehrenamtliche Mitarbeiter für die Selbstschutzausbildung der Bevölkerung und der Betriebe nicht mehr zur Verfügung.

Das derzeit in Deutschland ausgebildete bürgerschaftliche Selbsthilfepotential wird von den Hilfsorganisationen auf rd. 1.872.500 Personen geschätzt. Dabei handelt es sich primär um die von den privaten Hilfsorganisationen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen, Erste-Hilfe-Lehrgängen und sonstigen Sanitätslehrgängen ausgebildeten Laienhelferinnen/helfer. Hinzu kommen vereinzelt regional aufgebaute Selbsthilfegruppen, wie z. B. die Bürgerinitia-





tive Hochwasser in Köln, sowie derzeit rd. 80 Freiwilligeninitiativen (-agenturen). Weiterhin stehen aus den Kirchengemeinden und caritativen Vereinigungen nicht unerhebliche personelle Ressourcen bereit. Eine institutionalisierte Einbindung dieser Selbsthilfepotentiale existiert bislang jedoch nicht. Es wird deshalb künftig weiter zu diskutieren sein, wie diese Selbsthilfepotentiale sinnvoll in Netzwerke des örtlichen Gefahrenmanagements integriert werden können. Denkbar wäre es, örtliche Freiwilligen-Agenturen im Katastrophenfall als Anlauf- und Sammelstelle für Selbsthilfeangebote aus der Bevölkerung bzw. der Wirtschaft zu nutzen, um Kräfte, Ma-

terial und Gerät dort dezentral abrufen und unter Einweisung organisierter Hilfeleistungsträger einsetzen zu können. Damit gelänge es, die Einsatzleitungen und -stäbe von zeitraubenden Tätigkeitsfeldern außerhalb des eigentlichen Gefahrenmanagements zu entlasten.

Die Selbsthilfe als originärer Auftrag von Kirchengemeinden wurde am Beispiel des ICE-Zugunglückes von Eschede diskutiert. Die Selbsthilfe ist zunächst Spontanhilfe, die integrativ aufgebaut und mit professionellen Hilfeleistungskomponenten von Anbeginn verzahnt sein muß, erläuterte Pastor Stalman. Kirchengemeinden seien auf Aufga-

ben im Katastrophenschutz naturgemäß nicht von vornherein vorbereitet. In Eschede leisteten Gemeindeglieder als Helfer der Helfer für die Einsatzkräfte ebenso Unterstützung wie für die von dem Unglück selbst Betroffenen. Diese Unterstützungsleistungen reichten von der Verpflegung, Material- und Verbrauchsgüterversorgung, Quartierbereitstellung bis hin zur psychosozialen und notfallseelsorgerischen Betreuung für Helfer und Betroffene sowohl an der Unglücksstelle selbst, als auch an den Leichen- und Angehörigen-Sammelstellen.

Erlebnisse wie die Ereignisse in Eschede sind für alle Betroffenen

## Strukturwandel des Ehrenamtes

Merkmale	„Altes“ Ehrenamt	„Neues“ Ehrenamt
<b>Einbindung in traditionelle Sozialmilieus</b>	stark	schwach
<b>Motive</b>	traditionelle Pflicht- und Akzeptanzwerte, hohe Bereitschaft zur Anpassung und Unterordnung	Selbstverwirklichung, Partizipation, Betroffenheit, Selbstgestaltung
<b>Organisatorische Rahmung / Einbindung</b>	standardisierte Einsatzbedingungen, starre Hierarchie, hoher Formalisierungsgrad der Regeln, festgefügte Formen der Kooperation mit Hauptamtlichen	weitgehend selbstbestimmte, autonome und gering formalisierte Organisationsstrukturen



nachhaltig. Ihre Verarbeitung erfordert für Einsatzkräfte eine primär präventive Betreuung. Der Pastor könne sich hierbei in unterschiedlicher Weise einbringen, müsse seine Tätigkeit zugleich als Einsatzkraft und Betreuer von Einsatzkräften be greifen. Wirkungsvolle Notfallseelsorge bedeute für die betroffenen Einsatzkräfte vor allem, im Hintergrund zu arbeiten, sich dabei nicht in gruppenspezifische Prozesse ungefragt einmischen zu versuchen. Notfallseelsorge dürfe nicht aufge drängt werden, sondern sollte quasi auf individuelle Nachfrage erfolgen, gab Leitender Branddirektor Rechenbach zu bedenken.

Zu fordern sei zudem eine Ko operation von Psychologen und Not fallseelsorgern, um so eine langfristi ge Nachbetreuung posttraumatischer Belastungsstörungen sicher zustellen. Notfallvorsorge sei ureigene Aufgabe von Kirche, die interreligiös und überkonfessionell zu leisten sei. Zweifelsfrei könne die bestehende Infrastruktur in Kirchengemeinden hinsichtlich Betreuung, Verpflegung und Unterkunft einen wirkungsvollen Beitrag im Rahmen der Notfallvorsorge leisten, faßte Pastor Stalman zusammen.

Zum Perspektivwechsel professioneller Hilfeleistung und verändertem Verständnis von Ehrenamt und freiwilligem Engagement führte Wolfgang Künkler-Storath aus, daß es heute nicht mehr so sehr um den eindeutig zu definierenden „Profi“ oder „Laien“ ginge. Vielmehr würden sich diese immer mehr wechselseitig bedingen, unterstützen und ergänzen müssen. Die Arbeit mit Freiwilligen/Ehrenamtlichen erfordere ein verändertes Grundverständnis (zum Strukturwandel des Ehrenamtes vgl. nebenstehende Tabelle).

Grundsätzlich böten die Aufgaben im Katastrophenschutz von ihrem ehrenamtlichen Ansatz und dem Selbstverständnis der mitwirkenden Organisationen her offene Strukturen zur Nutzung von Ressourcen und Potentialen engagierter Menschen. Das Verständnis der „Profis“, stellvertretend für die Betroffenen zu handeln, sei jedoch zu erweitern in Richtung einer Akzeptanz und Partizipation aller

Beteiligten. Professionelle Aufgaben sind zunehmend fokussiert auf die Anleitung, Vermittlung und Moderation in einem sich dynamisch wandelnden Gefahrenmanagement in immer komplexer werdenden Netzwerken. Für bürgerschaftliche Hilfe und Selbsthilfegruppen ergäben sich hierin neue Aufgabenfelder und Formen der Kooperation. Gleichzeitig würde aber auf verbandlicher Ebene die Fähigkeit sinken, ehrenamtliche Mitarbeiter längerfristig zu binden. Mitverantwortlich hierfür sei häufig eine Überbürokratisierung in diesen Verbänden, in die sich eigenverantwortlich engagementbereite Menschen hierarchisch weit unten eingeordnet sehen. Der neue Typus des Ehrenamtlichen sei im Vergleich zu früher wesentlich zwangloser, vielseitiger interessiert, beweglicher; allerdings zeitlich und sachlich eingegrenzter, so Künkler-Storath. Als Anlaufstellen für engagementbereite Menschen haben sich mittlerweile örtlich zahlreiche Freiwilligen-Agenturen etabliert, die sie über Möglichkeiten des Engagements informieren.

In seinen Anmerkungen zum Thema „Fähigkeit des Bürgers zur Selbsthilfe in öffentlichen und gesellschaftlichen Notlagen“ wies der frühere Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Ehrenpräsident des Schutzforums, Dr. Paul Wilhelm Kolb (Bonn), ebenfalls auf die Notwendigkeit in Staat und Gesellschaft hin, daß dem Bürger laufend vermittelt werden muß, in welcher Weise er einen Beitrag zur Vorbeugung und Abwehr von Gemeingefahren leisten kann, ja muß. Sicherheitsarchitekturen moderner Zivilgesellschaften basieren auf der Erkenntnis, daß Gefahren fast jeder Genese dann besonders erfolgreich abgewendet bzw. verringert werden können, wenn die unmittelbar Betroffenen befähigt sind, sich in der ersten Phase einer Bedrohung selbst zu schützen. Es ist deshalb ein gesamtgesellschaftliches Anliegen von erster Ordnung, das Wissen über die Notwendigkeit und Chancen der Selbsthilfe und des Selbstschutzes der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Gleichzeitig müsse sichtbar gemacht werden, welche Rollen Einzelpersonen, Selbsthilfegruppen, staatlichen Einrichtungen und ge-

sellschaftlichen Verbänden in einem modernen, subsidiär verfaßten Sicherheitssystem zugewiesen sind.

Kolb fordert, um Antworten auf folgende Fragen bemüht zu sein:

- Wie müssen Selbsthilfe- und Selbstschutzkonzeptionen künftig beschaffen sein, um den Bürger für sie zu gewinnen bzw. zur Mitwirkung zu veranlassen?

- In welche Gesamtkonzeption öffentlicher oder privater Vorsorge kann strukturierte Selbsthilfe organisiert und sinnstiftend integriert werden?

- Welche der aufgrund Gesetz oder freier Entscheidung entstandenen Selbstschutzstrukturen in privaten, öffentlichen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Bereichen sind auch in Zukunft notwendig?

- Wie ist die Rolle der staatlichen Ebenen im Blick auf die Einbindung von Selbstschutzleistungen in die öffentliche Gefahrenabwehr zu gewichten?

- Ist die Zuordnung von elementaren Hilfeleistungsaufgaben an private und öffentliche Träger noch so wie bisher sozial und ökonomisch verträglich oder muß hier nachhaltig umgesteuert werden?

- Was kann getan werden, um privates und öffentliches Engagement für Vorsorge und Abwehr von Gemeingefahren im öffentlichen und sozialen Ansehen bedeutungsgerecht aufzuwerten?

Die Akteure zur Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen seien vielfältig, waren sich die Diskutanten einig. Von der Familie, Kindergärten, Schule, Berufsbildung, Universitäten und Hochschulen, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, Medien, Versicherungen, Vereinen und Verbänden, Kirchengemeinden und Jugendarbeit reiche das Spektrum, welches zu einer breitenwirksamen Information und personellen, materiellen und baulichen Selbsthilfe beitragen könne, resümierten die Teilnehmer.



# Eröffnung in Nairobi

### THW weiht Logistikzentrum für Ost- und Zentralafrika ein

Kein so großer Schritt für die Welt, ein Riesenschritt aber für das THW war die Eröffnung seines Logistikzentrums im Januar in Nairobi. Das THW erlangte damit eine ganz neue Qualität als Partner in der humanitären Soforthilfe in Afrika.

Das THW-Logistikzentrum soll bei künftigen Einsätzen in der Region die Schnelligkeit und Effizienz technisch-humanitärer Soforthilfe der Bundesregierung steigern. Auch künftig ist in Ost- und Zentralafrika mit humanitären Katastrophen, ausgelöst durch Naturereignisse oder bewaffnete Konflikte, zu rechnen. Dann soll möglichst schnell und effizient geholfen werden können.

In seinem Logistikzentrum hält das THW auf 1800 qm moderne Spezialtechnik und vorrangig benötigte Bau- und Installationsmaterialien für Notfälle bereit. So ist der schnelle Einsatz leistungsfähiger und zuverlässiger Ausstattung ohne teuren Lufttransport aus Europa möglich. Während Einsätze andauern, kann von hier aus ständig Nachschub geliefert werden, vorzugsweise von anpaßter Technologie.

#### Keimzelle für Afrikahilfe

Neben der Lagerkapazität bilden Büroräume mit moderner EDV-Ausstattung im Vorfeld von Einsätzen den Ausgangspunkt für schnellere Ermittlung eines umfassenden, realistischen Lagebildes sowie für die Steuerung der Logistik für THW-Einsätze. Angesichts der „Erkundung“ für den Goma-Einsatz des THW, die zu einem großen Teil durch Auswertung von Fernsehnachrichten geschehen mußte, wird der Nutzen der ständigen Präsenz in Afrika bei der Planung und der darauffolgenden Anlaufphase von Einsätzen klar. Im THW-Logistikzentrum sind ständig zwei lokale Mitarbeiter beschäftigt. THW-Spezialisten aus Deutschland verstärken diese regelmäßig.



Blick in den Lagerbereich des THW-Logistikzentrums in Nairobi.

(Foto: THW)

Der Stellvertretende Direktor des THW, Dietrich Löpke, unterstrich bei der feierlichen Eröffnung das Entgegenkommen Kenias durch die offizielle Akkreditierung des THW als Hilfsorganisation. Damit wurden für das THW bürokratische Hemmnisse insbesondere bei der Ein- und Ausfuhr von Material und Gerät minimiert. Das Logistikzentrum Nairobi stärkte die Absicht der Bundesregierung, das THW als Bestandteil der humanitären Politik zu festigen. Das THW wolle außerdem Partner der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in der internationalen humanitären Hilfe sowie betroffener Länder in bilateraler Zusammenarbeit sein.

Botschafter Michael Gerdts sagte, er sei stolz, daß das weltweit einzigartige THW jetzt ein Hauptquartier in Afrika habe und nach allen Arten von Katastrophen helfen könne. Dieses sei in Kenia, einer der Säulen der Stabilität in Afrika, perfekt gelegen. Gerdts bot den afrikanischen Staaten - mehrere afrikanische Botschafter waren zugegen - die Hilfe Deutschlands an. „Das THW ist bereit, den Rufen zu folgen!“

„You're most welcome!“

Der afrikanische Kontinent leide schon lang unter natürlichen und

vom Menschen geschaffenen Katastrophen und deren Konsequenzen, entgegnete der kenianische Außenminister Godana. Kenia und Deutschland erfreuten sich aber schon lange warmer bilateraler Beziehungen. Zuletzt hätten deutsche Helfer in einer noblen Geste 200 Kilometer Straßen repariert und damit die Verbindung zu vielen Menschen wiederhergestellt. „You're most welcome“ hieß Godana die THW-Helfer in Nairobi willkommen.

Bei einem Rundgang durch das Logistikzentrum zeigten viele erstaunte Bemerkungen der Gäste, daß mancher Kooperationspartner sich über das Leistungsvermögen des THW nicht im klaren gewesen war. Ehrenamtliche Helfer klärten über Spezialgerät und die Qualifikation der THW-Helfer auf und knüpften so vielleicht schon manchen wertvollen Kontakt für künftige Zusammenarbeit. Zur Zeit arbeiten THW-Helfer an Wasserversorgungsprojekten in Somaliland und im Sudan mit. In Tunesien unterstützt das THW partnerschaftlich den Aufbau einer auf Ehrenamtliche gestützten Katastrophenschutzstruktur.

Alexander Glass

## Katastrophenreiches Jahr 1998

1998 kamen bei Naturkatastrophen in aller Welt über 50.000 (1997: 13.000) Menschen ums Leben - die viert-höchste Zahl in den letzten Jahrzehnten. Es entstanden volkswirtschaftliche Schäden von über 90 (1997: 30) Mrd. US-Dollar - der bisher zweit-höchste Wert nach 1995 (180 Mrd. US-Dollar wegen Erdbeben Kobe).

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft registrierte entsprechend ihren kontinuierlich angewandten Erfassungskriterien 1998 über 700 größere Schadenereignisse. In den letzten Jahren schwankte die Zahl zwischen 530 und 600. Am häufigsten waren Stürme (240) und Überschwemmungen (170), die zusammen für 85 % der volkswirtschaftlichen und für sogar 90 % der versicherten Katastrophenschäden verantwortlich waren. Weniger häufig und auch in diesem Jahr deutlich weniger schadenträchtig waren Erdbeben und Vulkanausbrüche (110) und andere Ereignisse (190) wie Waldbrände, Dürren, Hitze- und Kälte-wellen sowie Erdrutsche und Lawinen. Allerdings trugen die schweren Erdbeben Anfang Februar und Ende Mai in Afghanistan mit über 9.000 Toten erheblich zur Schreckensbilanz des Jahres bei.

Während zu Beginn der 90er Jahre vor allem große Erdbeben- und Sturmkatastrophen (Winterstürme 1990 in Europa, Hurrikan Andrew 1992 in Florida, Erdbeben 1994 in Kalifornien und 1995 in Japan) für Schlagzeilen gesorgt hatten, waren unter den herausragenden Ereignissen 1998 wie in den beiden Vorjahren wieder mehrere Überschwemmungen: So hielten die katastrophalen Überschwemmungen in China die Weltöffentlichkeit über viele Wochen in Atem. Sie kosteten insgesamt über 3.600 Men-

schen das Leben und waren mit volkswirtschaftlichen Schäden von umgerechnet rund 30 Mrd. US-Dollar das teuerste Schadenereignis des Jahres. Ganz Südostasien erlebte nach dem „El-Nino“-Jahr 1997 mit seiner extremen Trockenheit und den zahllosen Waldbränden jetzt das genaue Gegenteil und ertrank als Folge einer ausgeprägten „La-Nina“-Situation schier in außergewöhnlich ergiebigen Monsunniederschlägen.

Schwere Überschwemmungen und Sturmfluten traten auch im Gefolge von tropischen Wirbelstürmen auf, z. B. im Juni in der westindischen Provinz Gujarat (Zyklon 03 A mit mehr als 10.000 Toten) und im Oktober in Mittelamerika. Hurrikan Mitch, eine der tragischsten Katastrophen der letzten Jahre, kostete Ende Oktober über 9.000 Menschen das Leben, vor allem in Honduras und Nicaragua. Tropische Wirbelstürme richteten 1998 überhaupt sehr große Schäden in vielen Regionen der Erde an, so der Hurrikan Georges in der Karibik und im Golf von Mexiko und der Tai-fun Vicki in Japan.

Die außergewöhnlich große Zahl von tropischen Wirbelstürmen und anderen Wetterextremen, z. B. die Hitzewelle, die Waldbrände und die Unwetter in den USA, aber auch der Eissturm im Südosten Kanadas Anfang des Jahres läßt sich teilweise durch die natürlichen Klimaschwankungen El Nino und La Nina erklären. Eine wesentliche Rolle dürfte aber auch gespielt haben, daß 1998 das im globalen Mittel mit Abstand wärmste Jahr seit Beginn weltweiter Messungen vor rund 150 Jahren war und eine weitere Rekordmarke auf den in den letzten zwei Jahrzehnten beobachteten globalen Erwärmungstrend setzte. Die auffällige Häufung atmosphärischer Extremereignisse kann hier als Indiz dafür gelten, daß die globale Erwärmung zu einer erheblichen Verschärfung der Naturkatastrophengefahr in vielen Re-

gionen der Erde führt. In Europa zeigen die letzten Jahre: Je wärmer die Winter, desto häufiger und stärker die Stürme.

Dr. Gerhard Berz, der Leiter der Forschungsgruppe Geowissenschaften der Münchener Rück, betont: „Ein weiteres Fortschreiten der durch den Menschen verursachten Klimaveränderung wird uns fast zwangsläufig immer extremere Naturereignisse und infolgedessen auch immer größere Katastrophenschäden bringen. Die beim vierten ‚Klimagipfel‘ in Buenos Aires Anfang November erzielten Fortschritte reichen nicht aus, um die globale Erwärmung wenigstens aufzuhalten und das Weltklima langfristig zu stabilisieren.“

Allerdings können auch einschneidende Umweltschutzmaßnahmen nicht verhindern, daß sich weltweit immer mehr und immer teurere Naturkatastrophen ereignen: So ist nach den Feststellungen der Münchener Rück im Vergleich der letzten zehn Jahre mit den 60er Jahren die Anzahl großer Naturkatastrophen auf das dreifache gestiegen, die volkswirtschaftlichen Schäden - schon inflationsbereinigt - haben sich auf das neunfache erhöht. Für diesen dramatischen Anstieg sind in erster Linie die Konzentration der Bevölkerung in immer mehr und immer größeren Städten, die häufig in Hochrisikogebieten liegen, die erhöhte Katastrophenanfälligkeit moderner Industriegesellschaften und die beschleunigte Verschlechterung natürlicher Umweltbedingungen verantwortlich zu machen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht.

## Bautechnische Schließung eingeleitet

Im Juni 1998 startete die Bundesvermögensverwaltung mit einer öffentlichen Aus-

schreibung den Verkauf des ehemaligen Regierungsbunkers. Die daraufhin eingegangenen Kaufpreisangebote sind zwischenzeitlich ausgewertet. Der Leiter der zuständigen Oberfinanzdirektion Koblenz, Oberfinanzpräsident Konrad Laube, erklärte dazu folgendes:

„Nach der Entscheidung der Verfassungsorgane des Bundes, ihren bisherigen Ausweichsitz in Marienthal aufzugeben, hat die Bundesvermögensverwaltung die Liegenschaft öffentlich in der überregionalen Presse zum Verkauf ausgeschrieben. Zugleich wurden aus den verschiedensten Bereichen von Wirtschaft und Forschung weit über 100 staatliche, wissenschaftliche und privatwirtschaftliche Einrichtungen, Organisationen und Verbände im In- und Ausland direkt angesprochen und auf die Anlage aufmerksam gemacht. Auch im Internet wurde für den Regierungsbunker geworben. Nationale und internationale Medien berichteten in vielfältiger Weise über diese besondere Verkaufsaktion.“

Der Bundesvermögensverwaltung liegen 16 Angebote vor. Neben zehn Anfragen nach außerhalb gelegenen Teilflächen bezogen sich lediglich sechs Angebote auf die Bunkeranlage selbst. Nach eingehender Prüfung und ausführlichen Gesprächen mit den Anbietern ist die Oberfinanzdirektion Koblenz in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen zu der Überzeugung gelangt, daß diese sechs Angebote nicht zu dem angestrebten Ziel einer zukunftsträchtigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Anschlußnutzung führen.

Eine erneute öffentliche Ausschreibung erscheint angesichts der bislang erzielten Ergebnisse nicht erfolgversprechend. Daher sieht der Bund aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur die Möglichkeit, den ehemaligen Regierungsbunker zurückzubauen und zu verschließen

Die Vorbereitungen zur bautechnischen Schließung der Anlage sind angelaufen. Sollten noch Interessenten von sich aus auf den Bund zukommen, werden deren Angebote selbstverständlich sorgfältig unter den genannten Entscheidungskriterien geprüft.“

## Schweiz: 117.329 Tage Einsatz

Die Betreuung von schutzsuchenden Menschen und die Hilfeleistung nach Schadenergebnissen prägen die Einsatzstatistik 1998 des Schweizer Zivilschutzes.

Insgesamt 37.404 Angehörige des Zivilschutzes leisteten 1998 bei 1.561 Einsätzen 117.329 Tage zugunsten der Allgemeinheit. Das sind rund 7.000 Einsatztage mehr als noch im Jahr zuvor oder 2.000 Tage mehr als im bisherigen Spitzenjahr 1993.

Die Einsätze können in vier Kategorien aufgeteilt werden. Einsätze im Pflegebereich (Alters- und Pflegeheime, rund 18.000 Tage), im Betreuungsbereich (Betreuung von Asylbewerberinnen und -bewerber, rund 6.000 Tage) sowie Noteinsätze und Einsätze bei der Wiederherstellung nach Schadenfällen (Unwetter, andere Schadenereignisse, rund 17.000 Tage).

Auffällig war 1998 mit fast der Hälfte der Dienstage die hohe Zahl von Einsätzen des Zivilschutzes im Rahmen kommunaler Infrastrukturaufgaben. Von den Gemeinden wird der Zivilschutz immer häufiger für Schutzvorkehrungen wie die Reinigung von Bachläufen, die Instandhaltung von Lawinenverbauungen, die Erstellung von Hangsicherungen und vieles mehr eingesetzt.

Für den Zivilschutz stellen die Einsätze zugunsten der Gemeinschaft oft wertvolle Gelegenheiten dar, um Gelerntes umzusetzen und Material sowie die Organisation zu testen. Die Helfer werden bei solchen Einsätzen mit Tätigkeiten konfrontiert, die sie in ähnlicher Form auch bei Ernstfalleinsätzen zu erbringen haben.

## „Fit für künftige Aufgaben“

Der Hessische Innen- und Landwirtschaftsminister Gerhard Bökel (SPD) hat in Kassel den Erweiterungsbau der Landesfeuerwehrschule seiner Bestimmung übergeben. Damit ist die Zahl der Lehrgangplätze von bislang 120 auf 240 verdoppelt worden. „Eine gute Ausbildung ist das A und O für effektiven Brandschutz. Mit der erweiterten Landesfeu-



Nach der Erweiterung ist die Hessische Landesfeuerwehrschule für ihre Aufgaben bestens gerüstet. (Foto: Claes)

erwehrschnle machen wir Hessens Feuerwehren fit für ihre künftigen Aufgaben“, sagte Bökel. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht von unseren Feuerwehren kompetente und effektive Hilfe. Diese kann nur sichergestellt werden, wenn die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, der Berufsfeuerwehren und der Werkfeuerwehren gut ausgebildet werden.“

Der Minister sagte, die für die Erweiterung investierten rund 42 Millionen DM seien gut angelegtes Geld. „Damit fördern wir ganz praktisch und konkret das Ehrenamt in Hessen, denn es war auf Dauer nicht vertretbar, daß viele Feuerwehrleute befürchtet haben, keine ausreichende Ausbildung wahrnehmen zu können“, sagte Bökel. „Wir wollen das Ehrenamt fördern und nicht die Ehrenamtlichen demotivieren, auch unter diesem Aspekt war die Kapazitätserweiterung dringend erforderlich.“ Die in der Vergangenheit immer wieder kritisierten langen Wartezeiten und vielfältigen Absagen würden dadurch weitgehend beseitigt.

## Mehr Arbeit für Seenotretter

Ein arbeitsreiches Jahr zeichnet die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in ihrer Bilanz für das zurückliegende Jahr 1998. Mit insgesamt 2.442 Einsatzfahrten in Nord- und Ostsee konnte ein deutlicher Anstieg gegenüber 1997 (2.164) festgestellt werden.

Von den Besatzungen der Seenotkreuzer und -rettungsboote wurden 445 Personen aus Seenot gerettet und weitere 1.355 aus kritischen Gefahrensituationen befreit. In 419 Fällen wurden Kranke oder Verletzte von Inseln, Halligen oder Schiffen zum Festland transportiert. 122 mal wurden Schiffe und Boote vor dem Totalverlust bewahrt. 909 mal



Die „Hermann Rudolf Meyer“, ein Seenotkreuzer neuester Bauart, ist eine von 56 Rettungseinheiten, die in Nord- und Ostsee zur Hilfeleistung bereitstehen.

wurde die DGzRS zu technischen Hilfeleistungen auf See gerufen.

Zahlreiche Einsätze konnten dank der guten Zusammenarbeit mit den fliegenden Einheiten der Marine - Hubschrauber und Flugzeuge - erfolgreich abgeschlossen werden.

Seit der Gründung der DGzRS 1865 sind 64.140 Menschen aus Seenot gerettet oder aus lebensbedrohender Gefahr befreit worden. Das entspricht etwa der Einwohnerzahl von Städten wie Kempten (Allgäu), Weimar, Stralsund, Greifswald, Fulda, Lüneburg, Schwäbisch Gmünd oder Rüsselsheim.

Insgesamt setzt die DGzRS 56 Rettungseinheiten ein, auf denen rund 700 freiwillige sowie 185 festangestellte Besatzungsmitglieder ihren Dienst tun. Allein die 21 Seenotkreuzer legten im vergangenen Jahr 74.096 Seemeilen (ca. 137.000 Kilometer) in Nord- und Ostsee zurück.

## Neue Arbeitsgemeinschaft

Im Oktober 1998 wurde in Karlsruhe die Arbeitsgemeinschaft Schnelleinsatzgruppen und Bereitschaften (ARGE SEG & Bereitschaften) vorgestellt. Unter dem Dach der ARGE sind Schnelleinsatzgruppen und Bereitschaften von Arbeiter-Samariter-Bund, Deutschem Roten Kreuz und Malteser-Hilfsdienst vereinigt.

Es gibt viele SEG in Deutschland, das ist nichts Neues. Doch bei Großschadensereignissen ist es für die Leitstelle oft schwierig zu erkennen, wer welches Material hat und über welche Helfer die einzelne Organisation verfügt. Um dem vorzubeugen, hat sich die ARGE gegründet, welche die Schnelleinsatzgruppen und Bereitschaften in Karlsruhe unter einem Dach zusammenführt.

Die Führung und das Personal der Schnelleinsatzgruppen

und Bereitschaften sowie das gesamte Material unter dem Dach der ARGE zu vereinigen, ohne die notwendige Selbständigkeit aufzugeben und im Erstfalle unter einer gemeinsamen Führung zusammenzuarbeiten, ist nach Meinung der ARGE ein bundesweit richtungweisendes Modell.

Im Großschadensfall stößt der reguläre Rettungsdienst schnell an seine Grenzen, da allein aus Kostengründen nicht immer für den Maximalfall Fahrzeuge und Personal vorgehalten werden können. So wurden bei den Sanitätsorganisationen Schnelleinsatzgruppen aufgebaut, die darauf gerichtet sind, diese Lücke zu schließen. Die SEG bzw. Bereitschaften sind unterschiedlich ausgerüstet.

Vom Anfang an waren sich die Führungen der drei an der ARGE beteiligten Rettungsorganisationen einig, daß das gemeinsame Ziel in den Mittelpunkt gestellt wird. Und das ist und bleibt die Hilfe für den Hilfebedürftigen. Gleichgültig, ob der Helfer dem ASB, DRK oder MHD angehört. Die ARGE-Initiatoren Günter Haimich, Stadtbeauftragter des Malteser-Hilfsdienstes, Markus Rabold (stellv. Kreisbereitschaftsführer DRK) und Jürgen Leipold (Sanitätsfachdienstleiter beim ASB) hatten die Vorstellung, daß es möglich sein muß, die unterschiedlichen SEG und Bereitschaften und deren Interessen zusammenzufassen, ohne die eigene Organisation in den Vordergrund zu stellen.

Bereits in kurzer Zeit war man sich einig. Am 1. Oktober 1997 wurde die ARGE ins Leben gerufen. Das bedeutet in der Praxis, daß die Leitstelle nur eine Schleife alarmiert und der jeweils diensthabende Org-Leiter, der von ASB, DRK und MHD für jeweils einen Monat gestellt wird, meldet sich bei der Leitstelle, um dann zu entscheiden, welche SEG bzw. Bereitschaft sinnvollerweise alarmiert wird. Er ist weisungsbefugt für alle eingesetzten Kräfte. Zwischenzeitlich hat auch

## Neue Technik für die ABC-Erkundung



Die elektronische Meßeinheit ist das Herzstück des neuen Einsatzfahrzeugs. (Foto: Krapf)

Ein neues Einsatzfahrzeug befindet sich derzeit in der Beschaffung durch das Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Das neue Fahrzeug wird bei A-, B- oder C-Gefahrenlagen großräumig eingesetzt. Zu seinen Aufgaben zählt das Messen, Spüren und Melden radioaktiver oder chemischer Kontamination sowie das Erkennen und Melden biologischer Kontamination. Auch für die Entnahme von festen, flüssigen oder gasförmigen chemisch bzw. radioaktiv kontaminierten Proben ist das Fahrzeug konzipiert. Darüberhinaus dient es zur Kennzeichnung und meßtechnischen Überwachung kontaminierter Flächen sowie dem Erfassen und Melden von örtlichen Wetterdaten.

Bei dem Einsatzfahrzeug ABC-Erkundung handelt es sich um einen Lkw, Besatzung: 4 + 4, 3,5 t zulässiges Gesamtgewicht, geschlossen mit Allradantrieb, wodurch eine hohe Beweglichkeit auch in unwegsamem Gelände gewährleistet ist.

Die radiologischen bzw. chemischen Meßdaten werden von kontinuierlich arbeitenden Meßsystemen erfaßt und EDV-gestützt mit Orts- und Zeitdaten (GPS) verknüpft. Eine weitgehend automatisierte Datenfernübertragung ermöglicht die verzugslose Übermittlung zur Auswertestelle.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben ist die Besatzung mit Atem- und Körperschutzausrüstung ausgestattet. Zusätzlich stehen zwei Chemikalienschutzanzüge mit umgebungsluftunabhängiger Atemschutzgeräteausstattung zur Verfügung.

Es befinden sich insgesamt 344 Erkundungsfahrzeuge in der Beschaffung. Die Auslieferung soll 2001 abgeschlossen sein. Das Fahrzeug wird in der nächsten Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ detailliert vorgestellt.

das Umweltamt die neue Struktur in den Fachdienstplan für die Einheiten übernommen.

In die ARGE können weitere Organisationen aufgenom-

men werden. Die ARGE ist auch bestrebt, Ansprechpartner für Veranstalter zu sein, wenn es darum geht, bei Großveranstaltungen Sanitätspersonal zu stellen.

### **Der Verbandplatz**

Von Hanno Peter und Johann Wilhelm Weidringer  
Stumpf & Kossendey GmbH,  
Postfach 1361,  
26183 Edeweicht

Seit den 70er Jahren hat sich der Rettungsdienst vom Samariter- und Transportdienst zur präklinischen Intensivmedizin gewandelt. Der Sanitätsdienst im Katastrophenschutz hingegen stützte sich bis vor kurzem auf Konzepte, die ihre Grundlage in den 40er und 50er Jahren hatten.

Der vorliegende SEGmente-Band zeichnet diese Entwicklung nach, um die gewachsenen Strukturen des Verbandplatzes verständlich zu machen. Er befaßt sich mit dem modernen Ablauf eines Sanitätseinsatzes, mit praktischen Erwägungen wie dem Platzbedarf und den Anforderungen an Personal und Material.

### **Brandlehre**

Von Gisbert Rodewald  
Verlag W. Kohlhammer  
GmbH, 70549 Stuttgart

Aufgabe der Brandlehre ist die Beschreibung der stofflichen Umwandlungen, die sich bei der Verbrennung vollziehen. Es handelt sich um chemische Vorgänge, nämlich die Oxidation im Sinne einer Verbindung eines Stoffes mit Sauerstoff und ihre elektronentheoretische Deutung. Weiterhin wird die Chemie der Brandstoffe, des Sauerstoffs und der Sauerstoffträger sowie der Verbrennungsprodukte beschrieben.

Der mit der Verbrennung einhergehende Energieaustausch berührt die Thermodynamik und gehört damit in den Bereich der Physik. Die physikalischen Gesetzmäßigkeiten sind in der Brandlehre so weit zu behandeln, wie es zum Verständnis der Einleitung und des Fortschreitens einer Verbrennung sowie der Wirkungen und Ausbreitungs-

möglichkeiten der Wärme notwendig ist.

Die eigentliche Verbrennung als chemisch/physikalischer Vorgang wird durch die Beschreibung der Zündung, der Ausbreitungs- und Verbrennungsgeschwindigkeit sowie der sicherheitstechnischen Daten erläutert. Gleichso werden die brennbaren Stoffe, ihr unterschiedliches Brandverhalten und ihre besonderen Gefahren und Eigenschaften im Hinblick auf die Brandbekämpfung beschrieben.

### **Tauchen lernen III**

Verlag W. Kohlhammer  
GmbH, 70549 Stuttgart

Als Fortsetzung und fachliche Abrundung zu den Büchern „Tauchen lernen - Das Tauchsportabzeichen“ und „Tauchen lernen II - Spezialkurse zum Tauchsportabzeichen“ liegt hier eine umfassende Lehrunterlage für fortgeschrittene Taucher und solche, die sich zum Tauchlehrer ausbilden lassen wollen, vor. Das Werk beinhaltet alle wesentlichen Lehrstoffe für die Ausbildung und gibt insbesondere nützliche Hilfen für die Gestaltung von Unterrichtseinheiten für fortgeschrittene Taucher.

Der Verband Deutscher Tauchlehrer e.V. legt besonders großes Interesse auf eine Ausbildung von Tauchlehrern „aus der Praxis für die Praxis“ mit einem hohen Anspruch an das soziale Verständnis und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Taucher. Daraus ergibt sich die Zusammenstellung der Fachgebiete dieses Lehrbuches: Gewässerbiologie und Umwelt, Bootsführung, Tauchmedizin, Tauchen und Psyche, Sportpädagogische Aspekte, Tauchtechnik, Tauchphysik und nicht zuletzt Rechnungswesen.

Dem angehenden Tauchlehrer wird damit das zur Führung des eigenen Tauchbetriebes erforderliche Wissen vermittelt. Die meisten Auto-

ren sind erfahrene Tauchlehrer.

### **Rechtsfragen im Rettungswesen**

Risiken im Einsatz  
Von Patrick M. Lissel  
Richard Boorberg Verlag,  
Scharstr. 2, 70563 Stuttgart

Das Praktikerwerk stellt die rechtlichen Probleme des im Rettungswesen tätigen nicht-ärztlichen Personals prägnant und übersichtlich dar. Aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung werden besonders berücksichtigt. Der Leitfaden orientiert sich eng am Gesetz, um möglichst genau auf die einzelnen Probleme eingehen zu können. Durch die leicht verständliche Darstellungsweise ist das Buch gerade für juristische Laien gut geeignet.

Der Schwerpunkt des Buches liegt bei der strafrechtlichen Verantwortung, einschließlich der Schweigepflicht, sowie der zivilrechtlichen Haftung der Rettungsassistenten, Rettungsassistenten und -helfer.

Eine Einführung gibt zunächst einen Überblick über die verschiedenen Rechtsgebiete und führt den Leser zu den komplexen Normen im Straf- und Zivilrecht. Diese Regelungen werden im folgenden detailliert erläutert. Außerdem erklärt der Band weitere relevante Vorschriften, etwa des Straßenverkehrsrechts und des Arzneimittelrechts. Landesgesetzliche Normen stellt der Autor im Rahmen übereinstimmender Grundstrukturen dar.

### **Handbuch Baukunde**

Von Alfons Rempe  
und Lutz Holtermann  
Verlag W. Kohlhammer  
GmbH, 70549 Stuttgart

Ausgehend von der Erfahrung, daß sich der weitaus größte Teil aller Brände in Gebäuden, seien es Wohnhäuser, Lager- oder Fabrikationsgebäude, Bürohäuser oder Werkstät-

ten, ereignet, ist es eine zwingende Notwendigkeit, daß der Feuerwehrmann, auch wenn er nicht Bauhandwerker oder Bauingenieur ist, das Wesentliche des Bauwesens kennt. Der Feuerwehrmann braucht dieses Wissen sowohl im Abwehrenden als auch im Vorbeugenden Brandschutz.

Die Autoren haben es sich zur Aufgabe gemacht, zunächst die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen zu erläutern und die wichtigen Begriffe zu erklären. Danach werden die Baustoffe und Bauteile sowie ihre Eigenschaften und Verwendungsmöglichkeiten beschrieben. Essentiell sind die Abschnitte über Standfestigkeit, Einsturzgefahren und Hilfeleistungen an Gebäuden.

Die Einsatzgeräte für Hilfeleistungen an Gebäuden, ihre Einsatzmöglichkeiten und ihre technischen und taktischen Anwendungen werden ebenso dargestellt wie die taktischen Einsatzgrundregeln.

Den Abschluß bildet die Erläuterung der wichtigen bautechnischen Normen, soweit sie den Brandschutz tangieren. Das Buch soll vorrangig der Ausbildung der jungen Feuerwehrmänner dienen, kann darüber hinaus sicherlich auch manchem erfahrenen Brandschützer als Handbuch willkommen sein.

### **Das Taktikschema**

*Grundlagen*

*der Einsatzführung*

*4., überarb. Auflage*

*Von Heinrich Schläfer (Hrsg.)*

*Verlag W. Kohlhammer  
GmbH, 70549 Stuttgart*

Die 4. Auflage ist mit neugestalteten Schautafeln ausgestattet. Sie sind das Ergebnis der Beratungen einer Arbeitsgruppe, in der Führungskräfte der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes zusammenwirken.

Die Landesfeuerweherschulen haben die Schautafeln - ergänzend zur Feuerwehr-Dienstvorschrift 12/1 - als

Lehrmittel bei der Taktik-Ausbildung eingeführt und damit einen weiteren Schritt zur Vereinfachung der Feuerwehrausbildung in Deutschland getan.

Die Ergänzung hierzu ist der Foliensatz „Führung im Einsatz“, bestehend aus 15 mehrfarbigen Projektionsfolien im Format A 4 zur Einsatzlehre.

### **Psychische und physische Arbeitsbelastungen im Rettungsdienst**

*Band 20 der Schriftenreihe  
zum Rettungswesen*

*Von J. Bengel, G. Bordel und  
C. Carl*

*Institut für Rettungsdienst,  
Auf dem Steinbüchel 22,  
53340 Meckenheim*

In den letzten Jahren wird den spezifischen Arbeitsbelastungen besonders auch in helfenden Berufen vermehrt Bedeutung beigemessen. Mittlerweile gilt als belegt, daß infolge der täglichen Arbeitsanforderungen und Belastungen psychische und körperliche Beschwerden auftreten können, denen u. U. ein Störungs- oder Krankheitswert zukommt.

Eine geringe Arbeitszufriedenheit beim Personal und die sich daraus ergebende Fluktuation bzw. frühzeitiges Ausscheiden aus dem Rettungsdienst, vermehrte Erkrankungen sowie Probleme in der Organisation sind häufige Folgen dieser unzureichend berücksichtigten Belastungen. Dementsprechend ist es notwendig, die Einsatzkräfte auf ihre Tätigkeit - z. B. auf Belastungen im Arbeitsalltag und bei Großschadensereignissen - auch psychologisch - vorzubereiten.

Der vorliegende Band 20 der Schriftenreihe zum Rettungswesen bietet einen Überblick über bisherige Erkenntnisse in diesem Bereich. Darüber hinaus werden psychologische Hilfen für das Rettungsdienstpersonal auf der Ebene der Organisation, der Patientenbetreuung und der

Personalbetreuung vorgestellt. Diese sollten bei der Weiterentwicklung des Rettungswesens einen wichtigen Stellenwert einnehmen und tragen gleichzeitig zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung bei.

### **Der Einfluß von Erdnubutter auf die Erdrotation**

*Forschungen, die die Welt  
nicht braucht*

*Von Marc Abrahams (Hrsg.)*

*Birkhäuser Verlag AG,  
Viaduktstraße 40-44,  
CH - 4051 Basel*

Wußten Sie schon, daß ein direkter Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Tornados in den USA und der Häufigkeit von Wohnmobilen einerseits sowie dem Absatz von Camcordern andererseits besteht? Diese epochenmachende Erkenntnis verdanken wir Frank Wu von der Universität von Wisconsin. Können Sie sich ausmalen, wieviel an wissenschaftlicher Phantasie notwendig ist, um einen Versuchsaufbau zu installieren, mit dessen Hilfe ein Schweizer Raclette automatisch und gleichmäßig mit Pfeffer bestreut werden kann, so daß die lästige Injektion per Hand zukünftig entfällt? Diese revolutionäre Neuerung ist das Werk von drei Wissenschaftlern der ETH Lausanne.

So wie die eben erwähnten "Arbeiten" sind alle in dem Band enthaltenen Artikel nicht ganz ernst gemeint. Hier versammeln sich unfreiwillig komisch oder bewußt als Parodie geschriebene Artikel aus allen Bereichen der Naturwissenschaft mit dem gezielten Versuch, den Wissenschaftsbetrieb zu verulken. Sie alle entstammen der real existierenden US-Zeitschrift "Annals of Improbable Research", die ausschließlich Arbeiten der beschriebenen Qualität abdruckt und sich in der Wissenschafts-Community großer Beliebtheit erfreut. Wer neben dem Interesse an Naturwissenschaft auch über etwas Humor ver-



fügt, wird diese Sammlung nicht aus der Hand legen, bevor er nicht auch den letzten Artikel zu Ende gelesen hat.

### **Jahresbericht 1998 der Strahlenschutzkommission** *Gustav Fischer Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm*

Mit Heft 20 ihrer Berichte legt die Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1998 vor. Der Jahresbericht enthält die wesentlichen Beratungsschwerpunkte sowie eine Übersicht über die Publikationen und die Tätigkeit der Geschäftsstelle.

Im Berichtsjahr 1998 befaßten sich die SSK, ihre Ausschüsse und Arbeitsgruppen in 118 Sitzungen mit einer Vielzahl von Themen, von denen 25 Beratungsschwerpunkte in diesem Jahresbericht kurz vorgestellt werden.

Einen wesentlichen Teil der Beratungen nahmen im Jahr 1998 Themen aus dem Bereich der nichtionisierenden Strahlung ein. Die SSK faßte in einer ausführlichen Stellungnahme den internationalen Kenntnisstand epidemiologischer Untersuchungen zum Auftreten des schwarzen Hautkrebses (malignes Melanom) nach vorausgegangener Exposition durch ultraviolette (UV) Strahlung zusammen. Mit dem Schutz vor UV-Bestrahlungen aus kosmetischen Gründen befaßte sich eine weitere Empfehlung, die ebenfalls im Jahr 1998 veröffentlicht wurde. Zum Schutz vor Laserstrahlung wurde eine Empfehlung zur Verwendung von sogenannten Laserpointern herausgegeben, in Vorbereitung sind Empfehlungen zur Laseranwendung am Menschen durch medizinische Laien. Im Jahr 1998 befaßte sich die SSK auch intensiv mit dem Schutz der Bevölkerung bei Exposition durch elektromagnetische Felder. Dieses Thema war einerseits u.a. Gegenstand der

Klausurtagung am 14./15. Mai 1998 in Weimar. Andererseits wurde hierzu im Dezember auch die konkrete Empfehlung abgegeben, das von der internationalen Kommission zum Schutz von nichtionisierenden Strahlen (ICNIRP) empfohlene Grenzwertkonzept zu übernehmen.

Im Bereich des medizinischen Strahlenschutzes standen im Jahr 1998 verschiedene Themen zur Beratung an. Die SSK verabschiedete Empfehlungen zur Nachsorge von Patienten nach Strahlenbehandlung und zur Strahlenexposition durch nuklearmedizinisch untersuchte Patienten sowie eine Stellungnahme zur Therapie mit Ra-224-Radiumchlorid.

Auf dem Gebiet der Strahlenschutztechnik wurde die Berechnungsgrundlage für die Ermittlung von Körperdosen bei äußerer Strahlenexposition überarbeitet, und verabschiedet. Auf dem Gebiet des Notfallschutzes erfolgten Beratungen der sogenannten „Radiologischen Grundlagen für Entscheidungen über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei unfallbedingten Freisetzungen von Radionukliden“ sowie der „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“. Die SSK befaßte sich mit dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Auftrag gegebenen Forschungsvorhaben zum Einsatz des meteorologischen Präprozessors für SODAR-Daten in Verbindung mit dem Modell der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) und empfahl, diesen Präprozessor zur Aufbereitung von SODAR-Meßdaten als Eingabe für das DFK-Modell zu benutzen.

Wesentliches Beratungsthema auf dem Gebiet der Radioökologie waren die Berechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Strahlenexposition infolge bergbaubedingter Um-

weltradioaktivität. Sie sind für die Nutzung, Sanierung, Stilllegung und Folgenutzung bergbaulicher Altlasten von großer Bedeutung. Ähnliches gilt für die Freigabe von Materialien, Gebäuden und Bodenflächen mit geringfügiger Radioaktivität aus anzeige- oder genehmigungspflichtigem Umgang. Hierzu formulierte eine Arbeitsgruppe des Ausschusses „Strahlenschutz bei radioaktiven Abfällen und Reststoffen“ eine Empfehlung.

Aufgrund der Berichte über erhöhte radioaktive Kontaminationen bei Transporten abgebrannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken zur französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague hat die SSK die Strahlenexposition von Begleitpersonal und Bevölkerung im Hinblick auf mögliche gesundheitliche Gefährdungen bewertet und hierzu eine Stellungnahme sowie Erläuterungen für Einsatzkräfte veröffentlicht.

### **Feuerwehr-Jahrbuch 1998/99**

*Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbands, Postfach 24 01 25, 53154 Bonn*

Das Feuerwehr-Jahrbuch 1998/99 ist erschienen. Die Jahresdokumentation des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) informiert auf über 300 Seiten aktuell über die Arbeit und Organisation des DFV.

Die neue Ausgabe steht unter dem Leitthema „Feuerwehr ist Gemeinschaft, Technik und Kultur“. Damit wird verdeutlicht, daß Feuerwehr mehr ist als Gefahrenabwehr und Notfallhilfe und durchaus auch wichtige Komponenten in der Gesellschaftspolitik, in Kultur und Jugendarbeit darstellt. Weitere redaktionelle Themen-schwerpunkte: Der Jahresrückblick auf das Feuerwehr-geschehen in Schlaglichtern sowie die Berichte über die Arbeit in den DFV-Fachausschüssen, den Landesverbänden und Bundesgruppen.

## Termine

**30. Mai - 2. Juni 1999:** Jahresfachtagung der vfd  
Ort: Saarbrücken  
Info: Amt für Brand- und Katastrophenschutz, Hessenweg 7, 66104 Saarbrücken

**3.-6. Juni 1999:** XIII. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt  
Ort: Region Wörther See (A)  
Info: Sternfahrt-Büro, Moosburger Straße 9, A-9201 Krumpendorf

**11.-13. Juni 1999:** 19. Bundeskongress Rettungsdienst  
Ort: Nürnberg  
Info: Kuratorium zur Förderung der präklinischen Notfallmedizin, Geschäftsstelle, Postfach 13 61, 26183 Edewecht

**26.-27. Juni 1999:** 6. Museumsfest  
Ort: Fulda  
Info: Deutsches Feuerwehrmuseum, St.-Laurentius-Straße 3, 36041 Fulda

**4. Juli 1999:** Feuerwehr-Oldtimer-Ausstellung  
Ort: Memmingen (Allgäu)  
Info: Interessengemeinschaft alter Memminger Feuerwehrfahrzeuge e.V., Marquardstraße 12, 87700 Memmingen

**14.-16. Oktober 1999:** Fachmesse „Florian 99“  
Ort: Dresden  
Info: Ortec Messe Dresden GmbH, Bertold-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden

**16. Oktober 1999:** Gemeinsame Fachtagung des Sozialministeriums Baden-Württemberg und der Deutschen Rettungsflugwacht e.V. „Experten zum Thema Gefahrgutunfälle“  
Ort: Stuttgart  
Info: Tagungsbüro, Echterdinger Straße 89, 70794 Filderstadt

**19.-22. Oktober 1999 (Terminänderung):** Messe für Sicherheitstechnik „Security“  
Ort: Amsterdam (NL)  
Info: Royal Dutch Jaarbeurs, Jaarbeursplein, NL-3521 Utrecht

**5.-7. Mai 2000:** 125 Jahre Berufsfeuerwehr Nürnberg  
Info: Stadt Nürnberg, Feuerwehr, Regenstraße 4, 90317 Nürnberg

**16.-18. Juni 2000:** Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren  
Ort: Augsburg  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**20.-25. Juni 2000:** Interschutz / 27. Deutscher Feuerwehrtag  
Ort: Augsburg  
Info: Organisationsbüro, Berliner Allee 30, 86153 Augsburg

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Auergesellschaft GmbH, Postfach 620, 12006 Berlin:** Das Lehrgangsprogramm zu den Lehrgängen und Seminaren 1999 kann angefordert werden.

**Brandschutz- und Katastrophenschutzschule, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:** Die Lehrgangspläne für das 1. Halbjahr 1999 für die Feuerwehrausbildung sowie die Lehrgänge des Bildungszentrums Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt und der ASB-Landesrettungsschule können angefordert werden.

**Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V., Info: Sekretariat der Unfallchirurgischen Klinik Westend, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin:** 10. Jahrestagung am 23.-24.10.1999.

**Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh:** 27.-29.9., 8.-10.10.: Brandschutz-Seminare.

**mic information center, Postfach 1752, 86887 Landsberg:** 7.-8. Juni 1999: 10. Internationale Binnenschiffahrts-Gefahrgut-Tage in Straßburg.

**Technische Akademie Wuppertal e.V., 42097 Wuppertal:** 20.10. Seminar Brandschutz in Gemeinden.

**Total Feuerschutz GmbH; Industriestraße 13, 68526 Ladenburg:** Der Lehrgangsplan für die Brandschutz-Ausbildung kann angefordert werden.

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postfach 20 03 51  
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:  
Bundesamt für Zivilschutz  
Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:  
Hans-Walter Roth  
Telefon (02 28) 940 - 1100  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:  
Paul Claes  
Telefon (02 28) 940 - 1164  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
Werbedruck GmbH  
Horst Schreckhase  
Postfach 1233  
34283 Spangenberg  
Telefon (0 56 63) 94 94  
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50  
Abonnement jährlich DM 14,-  
zzgl. Porto und Versandkosten.  
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

TERMINE

## Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

**Heute:  
Lastkraftwagen Fachgruppe  
Brückenbau (FGr BrB),  
THW**

Nach der Neuorganisation des Technischen Hilfswerks (THW) verfügt die Bundesorganisation nunmehr über eine Reihe neuer Einsatzfahrzeuge, die auch für den Modellbauer von Interesse sind. So handelt es sich bei dem Lastkraftwagen der Fachgruppe Brückenbau um ein ehemaliges Bundeswehr-Fahrzeug der geländegängigen 7-t-Klasse. Fahrzeuge dieser Art wurden vom THW zum Teil unverändert, zum Teil geringfügig verändert übernommen. Das hier vorgestellte Fahrzeug entspricht unverändert der Bundeswehr-Version.

Die Fachgruppe Brückenbau (FGr BrB) errichtet im Rahmen von Großschadensfällen und Katastrophen Übergänge und Brücken und repariert zerstörte Brückenteile für die Bevölkerung oder zur Aufrechterhaltung von Nachschub und Versorgung. Die FGr BrB verfügt neben speziellem Gerät über einen geländegängigen Lkw, einen Anhänger, einen Mannschafts-Lastwagen (MLW) sowie über einen Kranwagen. Der hier gezeigte Lkw kann auch mit Spriegel/Plane versehen sein.

### Das Modell

Die Firma Roco liefert unter der Best.-Nr. 1629 einen dreiachsigen MAN-Lkw in THW-Ausführung, der dem Vorbild des BrB-Lkw weitgehend entspricht. Damit sind die „Umbauarbeiten“ relativ einfach und beschränken sich auf De-



Von der Bundeswehr zum THW: Vorbildfahrzeug des THW-Ortsverbands Böblingen.

(Foto: Wiedemann)

tailveränderungen bzw. -ergänzungen. Zunächst wird die Fahrerkabine vom Chassis getrennt.

In THW-Blau (RAL 5002) erfolgt die Lackierung der Kabine sowie des Pritschenaufbaus. Das Chassis selbst einschließlich der Anbauten erhält einen schwarzen Anstrich. In weiß abgesetzt wird die Stoßstange, die Radumrahmungen vorn sowie die Kotflügel hinter den Hinterrädern.

Die Plane, die bei diesem Modell nicht beigefügt ist (siehe Bundeswehr-Modell von Roco), bleibt in beige-brauner Grundfarbe (matt, ggf. Roco-Militärfaben). Details zur

Lackierung: Fensterausschnitte (schwarz-matt, Silber), Scheibenwischer, Stoßkanten vorn und Blaulichtsockel (alle schwarz-matt), Blinker (orange), Rückleuchten (rot). THW-Beschriftungen liegen von verschiedenen Herstellern vor.

Wichtig: Die Spurbreite des Roco-Modells ist zu gering. Hier müssen Achsen anderer Modelle mit einer Länge von maximal 2,7 mm verwendet werden. Um die Reifen bündig mit der Kabinenbreite bzw. mit der Pritschenbreite zu halten, werden Abstandshalter (z.B. Blaulichtsockel, 3 mm Röhrchen) auf die Achsen gesetzt.



Das Modell der Firma Roco wurde dem Vorbild entsprechend verändert.

(Foto: Jendsch)